



# Wortprotokoll

Der 278. Sitzung vom 10. Dezember 1982

## Resoconto integrale

della seduta n. 278 del 10 dicembre 1982

VIII. Legislatur  
VIII Legislatura  
1978 - 1983



CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE  
SÜDTIROLER LANDTAG

SEDUTA 278. SITZUNG  
10.12.1982

INDICE

**Disegno di legge provinciale n.200/82:** "Disposizioni per la formazione del bilancio per la Provincia per l'anno finanziario 1983 (legge finanziaria 1983)" e

**Disegno di legge provinciale n.201/82:** "Bilancio di previsione della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 1983 e bilancio pluriennale 1983-1985"

INHALTSANGABE

**Landesgesetzentwurf Nr.200/82:** "Bestimmungen über das Erstellen des Haushaltes des Landes für das Finanzjahr 1983 (Finanzgesetz 1983)" und

**Landesgesetzentwurf Nr.201/82:** "Haushaltsvoranschlag der autonomen Provinz Bozen für das Finanzjahr 1983 und mehbjähriger Haushalt 1983-1985".

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

GIUSEPPE SFONDRINI

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ORE 9.52 UHR

(Appello nominale - Namensaufruf)

**PRESIDENTE:** La seduta é aperta.

Hanno giustificato la loro assenza i consiglieri Kaserer, Lunger e Müller.

Proseguiamo con la trattazione del disegno di legge provinciale n.200/82: "Disposizioni per la formazione del bilancio per la Provincia per l'anno finanziario 1983 (legge finanziaria 1983)" e disegno di legge provinciale n.201/82: "Bilancio di previsione della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 1983 e bilancio pluriennale 1983-1985".

Landesgesetzentwurf Nr.200/82: "Bestimmungen über das Erstellen des Haushaltes des Landes für das Finanzjahr 1983 (Finanzgesetz 1983)" und Landesgesetzentwurf Nr.201/82: "Haushaltsvoranschlag der autonomen Provinz Bozen für das Finanzjahr 1983 und mehrjähriger Haushalt 1983-1985".

Ha chiesto la parola il consigliere Stecher. Ne ha facoltá.

**STECHER (KPI):** Geehrter Herr Präsident, geehrte Abgeordneten! Ich möchte gleich vorausschicken, daß einige unserer grundsätzlichen politischen Einschätzungen und Erklärungen zum Haushaltsbericht, sowie die notwendige Rückschau dieser Legislaturperiode - wir befinden uns bei der Verhandlung des letzten Haushaltsplanes - mein Gruppensprecher D'Ambrosio machen wird. Ich werde mich deshalb auf einige Detailbetrachtungen beschränken. Wie schon in den letzten Jahren, so findet die Haushaltsdebatte auch im heurigen Jahr leider wieder in einer sehr ernsthaften politischen, wirtschaftlichen und sozialen Situation statt. In mancher Hinsicht ist diese noch dramatischer geworden. Wer gewillt ist, der Wahrheit die Ehre zu geben, der wird zugeben müssen, daß wir von Jahr zu Jahr tiefer in die Krise hineingeglitten sind, daß aber andererseits die führenden und politisch verantwortlichen Kräfte im Staat weder gewillt noch imstande waren, dieser verhängnisvollen Entwicklung tatkräftig entgegenzuarbeiten. Auch die beiden Regierungen Spadolini haben es nicht geschafft, die wirtschaftliche Rezession und die inflationäre Entwicklung zu stoppen und die Arbeitslosigkeit in erträglichen Grenzen zu halten.

Vor Tagen ist SVP-Landesrat Oberhauser anlässlich der Haushaltsdebatte im Regionalrat mit den diversen Zentralregierungen scharf ins Gericht gegangen. Die Argumente, die er gegen die Regierungspraxis derselben ins Feld führte, politische aber auch so recht eigentlich moralische Argumente, könnten wir mehr als nur in einer Hinsicht durchaus teilen. Nur hat es der

Herr Landesrat peinlichst vermieden, auf einen bestimmten sehr wesentlichen Umstand hinzuweisen, nämlich darauf, daß seine Partei nahezu sämtliche italienische Regierungen in den letzten Jahren unterstützt, ihnen das Vertrauen ausgesprochen hat, bestensfalls hat sie Stimmenthaltung geübt. Zum ersten Mal haben wir gestern abend vernehmen können, daß der Kammerabgeordnete Riz in einer Pressekonferenz die Drohung machte, wenn die Regierung Fanfani nicht die Kontinuität in der Südtirolfrage der Spadoliniregierung weiterbringen wird, dann sehe sich anscheinend die Volkspartei gezwungen, der Regierung die Stimme zu verweigern. Obwohl noch in dieser Beziehung zu sagen ist, daß man sich absolut nur auf die Südtirolfrage beschränkt hat, die Alltagsprobleme, die Rezession und alle diese anderen Probleme anscheinend gehen den Abgeordneten der Volkspartei wenig an und es ist gleich, wie dann der Staat, wie das Leben im Staat vorangehen wird.

In diesem Zusammenhang erlauben Sie mir, noch eine Bemerkung zu machen und in Erinnerung zu rufen, wie haben denn doch so manche politische Persönlichkeiten der SVP reagiert, vor vier fünf Jahren, als man in Italien von einer Regierung sprach, der Solidarität, der sozialen und demokratischen Solidarität. Mit allen möglichen "sauren" Argumenten und sogar mit Drohungen. In der SVP ist es in erster Stelle immer darum gegangen, Bündnisse mit Parteien einzugehen, welche mit ihrer eigenen politischen Ausrichtung geformt sind und gingen. Dies hat sie übrigens einmal mehr auch mit ihrem Beitritt zum Bund der europäischen christlich-sozialen Volksparteien unterstrichen. Ein Schritt, dessen Tragweite auf die Dauer auch in unserem Volk nicht hat verborgen bleiben können.

Für uns ist es in diesem Moment auch nicht verwunderlich, wenn der Landesrat Ferretti, wie gestern, ein ganz besonderes Loblied gegenüber dem Landeshauptmann und der Volkspartei mehr oder weniger angestimmt hat. Man weiß, daß dieses Loblied gepfeffert ist mit allen möglichen Dingen, vor allem, wenn man die Person, die politische Ausrichtung, die politischen Haltungen dieses Mannes der letzten Jahre genau kennt. Heute ist es mehr denn je und dringend, wenn nicht weiteres Unheil geschehen soll, geboten, die demokratischen Institutionen zu stärken und auszubauen, vor allem aber die Voraussetzung für grundlegende Änderungen in sozialwirtschaftlicher Hinsicht zu schaffen. Eine Situation, die unsere gegenwärtige, in der fast ausschließlich eine bestimmte soziale Schicht, die der Arbeiter und Werktätigen, die gesamten finanziellen Lasten zu tragen hat, während sich auf der anderen Seite Schieberspekulanten mit dem Segen von oben um ihre Steuerzahlungspflicht herumdrücken und enorme Reichtümer weiterhin anhäufen können. Eine solche Situation ist nicht mehr länger tragbar. Was geschieht aber in Rom? Statt eine wahrhaft neue Regierungsphase einzuleiten, schreitet man unbeirrt auf den einmal eingeschlagenen Weg weiterhin fort. Das beste Beispiel liefert uns dafür jetzt neuerdings die neue Regierung Fanfani. Diese hat sich vorgenommen, schickt sich an, drastische Maßnahmen zu treffen um die leeren Staatskassen auszufüllen und die Leidtragenden sind dabei einmal mehr die Lohnabhängigen, vor allem aber die wirtschaftlich schwächste Bevölkerungsschicht, die Rentner. Den Lohnabhängigen sollen neue Abgaben aufgehalst werden, um dem besorgniserregenden Defizit des INPS abzuhelpen. Den Rentnern hingegen droht man mit der Streichung eines Teiles ihrer ohnehin

schon kargen Pension. Man trägt sich mit dem Gedanken, weitere Tickets einzuführen, man will die Zahl der kostenlosen Medikamente verringern, die Reihe könnte noch beliebig im breiteren Maße fortgesetzt werden. Dabei ist noch hinzuzufügen, daß für die auf besagte Weise eingetriebenen Gelder keinerlei vernünftige Verwendung vorgesehen ist, und so kommt zum Aspekt der sozialen Ungerechtigkeit zu allem Überdruß noch derjenige der wirtschaftlichen Sinnlosigkeit dazu. Ich habe absichtlich etwas weiter ausgeholt, weil wir von der Notwendigkeit überzeugt sind, den ganzen lokalen Fragenkomplex, gleich ob politischer oder sozialwirtschaftlicher Natur, in einen breiteren Horizont zu sehen und aus dieser Sicht die notwendigen Schlüsse zu ziehen, anders, als wie es der Landeshauptmann leider in mangelhafter Weise gemacht hat.

Nun zum zweiten Spar- und Krisenhaushalt, wie man ihn schon im Vorjahr genannt hat. Wir erleben ihn ja nun bereits in zweiter Auflage. Bei seiner Geburt ist es nicht ohne Wehen abgegangen, ganz wie im Vorjahr, wo sich bei seiner Verabschiedung im Landesausschuß der zuständige Landesrat auch der Stimme enthielt. Die Tendenz ist natürlich auch heuer wieder dieselbe, wie seit eh und je. Es soll die alte Ausgangspolitik fortgesetzt werden, ohne daß die veränderte Lage in ihrer Gesamtheit berücksichtigt wird und eventuelle Prioritäten eingeräumt werden. Es fehlt nach wie vor an der nötigen Einsicht, noch mehr aber am politischen Willen, dazu in der Ausgabenpolitik grundlegende Umschichtungsmaßnahmen zu ergreifen und vom bisherigen System der Verteilung der Geldmittel an die Allgemeinheit abzugehen. Das hat mehr oder weniger gestern selbst der Landesrat Ferretti zugeben müssen, daß es notwendig ist, wenn er nämlich von Rationalisierungen und von all diesen Fragen gesprochen hat. Der neue Haushalt verteilt die dem Land zur Verfügung stehenden Summen keineswegs sozialgerecht auf sämtliche Bevölkerungsschichten. Es ist folglich sozial nicht ausgewogen. Es wäre an der Zeit, dem Rat namhafter Wirtschaftsfachleute zu folgen. Ratschläge, die vor allem in der letzten Zeit gemacht worden sind, z.B. bei der Erstellung von Haushalten unserer Körperschaft vom üblichen Aufstreckungssystem Abstand zu nehmen und dabei ex novo zu beginnen. Auch müßte die Beschäftigungsgrundlage, Gesundheit und Sozialbereich, sowie sozialer Wohnbau endlich gebührend berücksichtigt werden. Wir sind aber noch weit davon entfernt. Zwar erkennen die Regierungsparteien heute an, daß ein gewisser Wandel geschaffen werden muß, wenigstens zum Teil geben sie es zu, sie tun aber praktisch nicht das Notwendigste, ergreifen nicht die erforderlichen Maßnahmen und mit schönen Worten ist es wahrlich nicht getan. Diese bleiben eben was sie immer schon waren, schöne Worte und nichts mehr. Derart ist es um die längst fälligen Sparmaßnahmen bestellt, von denen man so viel spricht. Denn auch hier ist es wieder dasselbe Lied, die Landesregierung ist, wenn auch mit großer Verspätung zur Einsicht gekommen oder auch gezwungen worden, daß gespart werden muß, weil der Umfang unseres Haushaltes, so bedeutend er sich auch ausnehmen mag, aufgrund der Inflation einerseits und der auf uns übergangenen Befugnisse und Verpflichtungen andererseits nicht mehr mit denen der vergangenen Jahre verglichen werden kann. Man weiß also, daß gespart werden muß, aber es bleibt beim Vorsatz, denn es fehlt die praktische Durchführung. Wir haben nunmehr an die 6.000 Landesbedien-

stete und die Besoldung dieses gewaltigen Heeres wirkt sich immer schwerwiegender auf den Landeshaushalt aus. Dabei sind wir der Meinung, daß bei der Zuweisung des erforderlichen Personals an die einzelnen Sektoren nach wie vor schwere Mißgriffe unterlaufen, von einer sparsamen und ausgewogenen Stellenbesetzung kann nicht die Rede sein und wir können absolut nicht die Meinung teilen, die gemachten Äußerungen des Landesrates Ferretti, der gestern von einer ausgewogenen Stellenbesetzung gesprochen hat. Enorm und zum Großteil wenig rationell eingesetzt ist der Kraftwagen- und Maschinenpark des Landes, der nunmehr die 1000-Grenze erreicht hat. Die Kosten eines solchen großen Maschinen- und Autoparks, einzig die Erhaltung all dieser Fahrzeuge und Maschinen, kann sich jeder selber vorstellen, was nämlich das dem Lande, unserer autonomen Einrichtung kostet. Und ich glaube, gerade in dieser Hinsicht ist der Bogen schon längst überspannt worden, und hier sind nicht die Ansätze, daß man beginnt, auf diesem Gebiete Sparmaßnahmen einzuleiten. Man geht sogar so weit, diesen enormen Park noch weiter auszubauen. Auch werden ständig Bauvorhaben verwirklicht, deren Sinn und Zweck mehr als zweifelhaft sind. In dieser Hinsicht ist zu sagen, im Landtag ist es schon mehrmals erwähnt worden, daß bei unseren Landesbauämtern so manches nicht funktioniert. Dies hat, wie uns bekannt ist, schon des öfteren auch, als es darum ging, Rechnungen anzuerkennen, der Rechnungshof deutlich zu verstehen gegeben. Auch ist es eine Tatsache und sollte als solche nicht verheimlicht werden, daß es dem Landesvermögensamt aus verschiedenen Gründen nicht möglich war, in besagten Bauämtern die längst fälligen Bestandsaufnahmen und Inventuren vorzunehmen. Ein Umstand, für den man schwerlich eine plausible Erklärung finden dürfte. Und hier geht es nicht mehr um Millionen, hier geht es um Milliarden. Und wenn man das verhindern will und wenn man das nicht will, dann kann man auch verstehen, daß nicht die ehrlichen Absichten sind, in gewissen Bereichen eine ernsthafte Sparaktion durchzuführen.

Zu bemerken ist außerdem, daß man stets weitere Vorstraßen baut und heute bestimmt nicht in dieser Situation es berechtigt wäre, diese Berg- und Waldstraßen zu bauen, die sehr oft die ökologischen Gleichgewichte usw. zerstören und nicht entsprechend der heutigen Situation die Priorität und die Wichtigkeit haben. Wie wenig sparsam man mit den Steuergeldern umgeht, mag ein weiteres Beispiel zeigen. Vor drei bis vier Monaten hat die Landesregierung in der sogenannten Wasserfallgend in Auer ein total verschuldetes Gasthaus aufgekauft, um dort die landwirtschaftliche Schule unterzubringen. Die eineinhalb Milliarden Lire, welche der Pleitegeier dafür bekommen hat, und die aus den Säcken der ehrlichen Steuerzahler kommen, wohl-gemerkt, waren alles eher als vernünftig ausgegeben, denn das Gebäude kann, wie es steht, seinen neuen Zweck natürlich nicht erfüllen, es bedarf noch des entsprechenden Innenausbaus, der alles eher als billig kommen dürfte. Aber nicht genug damit: auch der Standort der künftigen Schule und Unterkunft ist alles eher als glücklich gewählt. Als landwirtschaftliche Oberschule muss sie im Sinne der entsprechenderen allgemeinen Oberschulreform, mit anderen Oberschulreformen und Schulen gesehen werden. Jedenfalls hat dieser seltsame Ankauf so manchem einfachen aber ehrlichen Bürger zu denken gegeben.

Wir haben einen Brief, weil wir den Sachen näher nachgehen wollten,

dem Streitfragenamt des Landes zugeschickt, damit wir als Abgeordnete, die Kollegin Barbiero und ich, eine Abschrift des Kaufvertrages bekommen. Ich glaube, das ist nicht zuviel verlangt, das müßte doch jedem Landtagsabgeordneten gewährt werden, abgesehen davon, daß man uns einige andere Restriktionen macht. Gestern haben wir einen Brief erhalten, unterzeichnet von Giovanni Salghetti, in dem er uns mitteilt, wenn wir diese Kopien haben wollen, dann müssen wir 113.000 Lire zahlen, und wenn wir sie in einfacher Weise haben wollen, 39.000 Lire.

Ich glaube, darauf hin gewiesen zu haben, daß es den Landtagsabgeordneten nicht in Einzelfällen, aber in mehreren Fällen unmöglich ist, zu arbeiten, usw. Ich kann Ihnen dann auch eine Kopie dieses Briefes geben. Wir werden uns mit dieser Beantwortung selbstverständlich nicht zufriedengeben, wir werden dementsprechend auch noch weitere Schritte unternehmen.

In diesem Zusammenhang noch etwas. Ich habe schon in der Vergangenheit darauf hingewiesen, daß das Versuchszentrum Laimburg bereits über die Grenzen seiner Zweckdienlichkeit hinausgewachsen ist und ich habe meiner Befürchtung Ausdruck verliehen, daß wir es hier mehr und mehr mit einer Anhäufung zweckfremder Liegenschaften, mit einer Kommassation im negativen Sinne des Wortes zu tun haben und dabei letztlich ein schwerer überschaubares Gebilde entstehen könnte. Eine Einrichtung, die sich mit der Zeit jeder vernünftigen und berechtigten Kontrolle entzieht. Es gibt heute schon einige Zweigstellen zu diesem Zentrum und weitere Liegenschaften sollen, wie man hört, angekauft werden, angekauft um sehr beträchtliche Summen öffentlicher Gelder. Nun müssen zweifellos alle möglichen Voraussetzungen gegeben sein, wenn ein Versuchszentrum seinen Zweck erfüllen soll, doch ließe sich andererseits manches auch im Einvernehmen und in Zusammenarbeit mit unseren Bauern und Produzenten erreichen.

Der Landeshauptmann hat in seinem Bericht versprochen, daß für das Versuchszentrum Laimburg ein neues Gesetz vorgelegt werden soll. Dies ist an und für sich gut und schön, nun können wir uns aber auf keinen Fall mit dem Gesetz zufrieden erklären, das eventuell nur die Personalfragen in dieser Angelegenheit regelt. Soviel einige Beispiele über die Sparmaßnahmen des Landes oder vielmehr über die Mißgriffe des letzteren auf dem Gebiet der Sparsamkeit.

Nun zu einer weiteren Frage, die nunmehr neben derjenigen des friedlichen Zusammenlebens der Volksgruppen und derjenigen der Autonomie erst-rangige Bedeutung angenommen hat. Zur Beschäftigungslage hierzulande. Nicht nur von ungefähr hat der Landeshauptmann Magnago diese wahrhaft brisante Frage gleich an den Anfang seiner Ausführungen gestellt. Er beschränkt sich allerdings zu einem wesentlichen Teil darauf, statistische Daten aufzuzählen und wir hätten uns, da seit dem letzten Bericht schließlich Begegnungen zwischen der Landesregierung und den Arbeitnehmervertretungen und Organisationen stattgefunden haben, mehr erwartet. So z.B. daß man uns etwa über die mutmaßliche künftige Entwicklung mehr aussagt, daß man sich zu entsprechenden Maßnahmen verpflichtet usw. Davon leider nichts. Aber auch mit den Daten, die man uns vorlegt, können wir uns nicht einverstanden erklären. Sie stimmen ganz einfach nicht mit der Realität überein. Da soll etwa die Zahl der Arbeitslosen im September 4.617 betragen haben. Es werden Ver-

gleiche mit unseren Nachbarn angestellt, bei denen es, wie man uns stolz versichert, viel schlimmer aussehe. Eine nette Taktik, die wir nun kennen. Nur überzeugt man uns damit nicht. Haben doch die Gewerkschaften und die Wirtschaftsverbände eine ganz andere Arbeitslosenzahl angegeben. Keine bloße 4.617, sondern daß es zwischen Arbeitslosen und Teilzeitbeschäftigungen usw. an die runde 5.000 gibt. Auch ist die Zahl der Jugendlichen, welche eine ernste erste Beschäftigung suchen, wesentlich höher als man im Bericht aussagt. Sehr verwunderlich ist in diesem Zusammenhang, daß die sonst so erwähnten Zahlen der Volkszählung nicht herbeigezogen werden und nicht angegeben werden. Ich verstehe, sie sind noch nicht ganz offiziell, aber man kennt sie in den wesentlichen Zügen, daß man sich nicht dieses Aufschlusses, des Datenmaterials bedient, dann hätte man ganz sicher ein anderes Bild.

Zur Zeit gibt es in Südtirol über 100 Krisenbetriebe. Bei 40 handelt es sich um eine ernsthafte Krise, zudem spricht der sprunghafte Anstieg der von der ordentlichen und außerordentlichen Lohnausgleichskasse ausbezahlten Beträge eine beredte Sprache. Der Herr Landeshauptmann hat in seinem Bericht erklärt, die Landesregierung trage keinerlei Verantwortung für die einstige Ansiedelung der großen Betriebe in der Industriezone und folglich auch nicht für die Schwierigkeiten, mit denen diese Betriebe nun zu kämpfen haben. Diese Bemerkung, glaube ich, hätte man sich ersparen können. Sie war zumindestens nicht politisch opportun. Mit gewissen Dingen wird man sich abfinden müssen, will man oder will man nicht. Jene Ansiedlung geschah vor rund 50 Jahren und außerdem arbeiten heute längst Südtiroler, eine beträchtliche Zahl Südtiroler in diesen damals errichteten Betrieben. So glaube ich darauf hinzuweisen in diesem Zusammenhang, daß sich die Südtiroler Volkspartei seinerzeit in den 50er Jahren strikt gegen eine Industrialisierungspolitik in Südtirol ausgesprochen hat und dadurch die Auswanderung Tausender Südtiroler aus ihrer Heimat mitverschuldet hat. Wir könnten auch, wenn wir schon zurückgreifen, auch zu diesen Fragen etwas sagen. Leute, die eben hier keine Arbeit fanden. Ich kann mich noch gut erinnern, wie ich im Malsner Gemeinderat war, daß namhafte Persönlichkeiten, gerade der Südtiroler Volkspartei, erklärt haben, wir wollen keine Industrialisierung, weil uns nichts daran gelegen ist, Proletarier zu züchten. Zum Glück hat man sich in den Jahren danach, und wir sehen das, eines Besseren belehren müssen. Ich hätte diese Frage vorhin nicht aufgerollt, wenn nicht die andere Frage aufgerollt worden wäre, die vorherige. Aber wenn die Südtiroler Volkspartei die Dinge heute auch anders sieht, so ist sie noch weit davon entfernt, alles zu tun, was auf einem derartigen Gebiete erforderlich wäre.

Wir sind im Gegensatz zu anderen der Meinung, daß die Landesregierung, sowohl in programmatischer als auch in finanzieller Hinsicht einen entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung der Dinge nehmen könnte, wenn sie die verfügbaren Mittel wirklich gerecht und natürlich auch rasch einsetzen würde, vor allem aber das Industrieförderungsgesetz endlich zur Anwendung brächte, wie es die Situation unbedingt verlangt. Es müßten dann natürlich auch noch weitere Maßnahmen folgen. Die Ausstattung des Industrieassessorates mit einer hinreichenden Zahl von Fachleuten, eine wirksa-



me Einflußnahme bei den Südtiroler Geldinstituten, damit diese vor allem den kleinen und mittelgroßen Betrieben die nötigen Geldmittel zur Verfügung stellen. Die Nutzung der Lohnausgleiche zur beruflichen Umschulung und Weiterbildung, die Inanspruchnahme des europäischen Sozialfonds, der Einsatz der in die Lohnausgleichskasse überstellten Arbeitskräfte für wichtige soziale Arbeiten. Die Koordinierung öffentlicher Körperschaften in den verschiedenen Bereichen der Wirtschaft durch ein entsprechendes Landesgesetz, um wirklichkeitsgetreue Entwicklungsprognosen zu ermöglichen. So könnte ich weiterfahren. Von entscheidender Bedeutung ist eine rasche und eingehende Überarbeitung des Landesentwicklungsplanes, der den jetzigen tatsächlichen Verhältnissen, vor allem aber den Erfordernissen einer angemessenen künftigen Entwicklung in keiner Weise mehr gerecht wird.

Nun, daß der Landesentwicklungsplan einer Abänderung bedarf, das hat man seitens der Landesregierung glücklich eingesehen. Aber der Herr Landeshauptmann erklärt zugleich auch kategorisch, die Zielsetzungen des bisherigen LEP müßten bleiben, wie sie seien. Interessant, aber hätte es nicht zu den erklärten Zielen des alten LEP gezählt, das allzu stürmische Wirtschaftswachstum zu bremsen, wobei man nicht so sehr an die Industrie dachte, als vielmehr an den Fremdenverkehr. Was ist aber in der Zwischenzeit geschehen? Hat die Landesregierung nicht für lange Zeit die bereits vorhandenen Gelder für die Unstrukturierung in die Industrie brachliegen lassen? Erst in jüngster Zeit ist man darangegangen, sie einzusetzen. Wenn ich noch vom Landesentwicklungsplan spreche, von den Arbeitnehmerverbänden, es wurde im Oktober versprochen, daß alle Anstrengungen getroffen werden, diesen Plan noch innerhalb dieses Jahres in den Landtag zu bringen, so wie auch andere Gesetze. Wenn es nach diesen Schritten weitergeht, vielleicht vor Ende der Legislatur des nächsten Jahres, dann kann es schon möglich sein, daß wir noch diesen Plan erhalten. Das ist eine grundsätzliche Voraussetzung, um der wirtschaftlichen Situation einen anderen Inhalt zu geben, daß dieser Plan schnellstens in den Landtag kommen muß. Eines der Hauptinstrumente zur Verwirklichung der LEP-Ziele wäre, neben der Gesetzgebungsbefugnis des Landes, der gerechte Einsatz der öffentlichen Gelder seitens des letzteren. Dadurch können nicht nur die nötigen Dienstleistungen und Infrastrukturen den Erfordernissen entsprechend ausgebaut und verbessert, sondern auch die Investitionen im privaten und genossenschaftlichen Bereich entscheidend beeinflußt werden. Leider ist aber im neuen Landeshaushalt das nicht genügend berücksichtigt worden.

Ein weiteres Problem von grundlegender Bedeutung ist nach wie vor die Beschaffung der für die Bevölkerung nötigen Wohnungen, aber auf diesem Gebiet hat die bekannte Benedikterausrichtung nicht nur nicht segensreich gewirkt, sondern, im Gegenteil, die Situation noch verschlechtert. Unerlässlich wäre auf diesem wichtigen Gebiet eine radikale Umgestaltung in der Haltung des Landes. Solange sich der Schwerpunkt von dessen Wohnbaupolitik nicht eigentlich auf den Sozialwohnbau verlagert, wird man kaum mit einer Besserung der Situation rechnen können. Heute ist das Land so weit, daß es Wohnungen anmietet, nicht nur in der Stadt, sondern - nur ein Beispiel - auch in Auer, wo das Land 408.000 Lire den Privaten für eine Wohnung bietet. Wenn wir von Preistreiberei sprechen usw. ist wohl nicht das Land an

erster Stelle. Jawohl, 408.000 Lire hat man einer Besitzerin in Auer geboten, damit sie die Wohnung zur Verfügung stellt. Wir wissen, diesen Betrag zahlt natürlich nicht nur das Land allein, aber einen beträchtlichen Teil zahlt das Land. Daß hier rießige Gelder nicht immer produktiv sind, das kann sich jeder selber ausmalen.

Da wir uns in Zeiten der Inflation und zunehmender Arbeitslosigkeit befinden, rückt die Frage der Sozialfürsorge automatisch in den Vordergrund. Das wissen wir alle. Auf diesem Gebiet hat das Land eine ganze Reihe gesetzgeberischer Möglichkeiten, doch sind diese noch nicht in dem Maße genutzt, wie sie genutzt werden sollten, um die nötige Erneuerung herbeizuführen. Es gibt gewisse Fürsorgeeinrichtungen, doch erfassen und betreuen diese bei weitem nicht alle notleidenden und bedürftigen Menschen. Arg ist es z.B. um die Altenbetreuung bestellt. Hier ist eigentlich noch gar nichts oder wenig getan worden, außer in ein oder zwei Gemeinden. Andererseits gibt es gewisse Landesfürsorgekonsortien und ich meine natürlich in dieser Hinsicht nicht alle, ich will nicht alle in einen Topf schmeißen. Und die Beispiele weisen darauf hin, daß deren Arbeit noch allzu bürokratisch ausgerichtet ist.

Auf die Behindertenfrage möchte ich gar nicht eingehen. Ich begnüge mich zu sagen, daß hier der Bogen entschieden überspannt worden ist und zwar schon seit geraumer Zeit. Wie lange wird es noch dauern, bis sich die Landesregierung aufrafft, das Behindertengesetz in seiner Abänderung in der Kommission und im Landtag vorzulegen?

Ich will auch darauf verzichten, eine Reihe von weiteren Problemen aufzuwerfen, so z.B. jenes, welches den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz betrifft.

Was die legislative Tätigkeit des Landes betrifft, so haben wir bereits des öfteren auf die enormen Verspätungen hingewiesen, mit denen die einzelnen Gesetze erlassen werden. Dabei geht es mitunter um sehr wichtige Dinge, so z.B. um den Landesgesundheitsplan, um das Arbeitsschutzgesetz, und hier ist anscheinend auch das Jugendförderungsgesetz versprochen worden, wie man aus den Zeitungen entnehmen konnte, noch innerhalb dieses Jahres in den Landtag zu bringen. So fehlt es auch an einem Energiesparmaßnahmengesetz, usw. Eine Reihe von Gesetzen, die ausstehend sind, die von grundlegender Bedeutung sind und deren Erlaß in enormer Verspätung kommt. Arg liegen die Dinge auch auf dem Gebiete des Gesundheitswesens. Abgesehen davon, daß von den bestehenden Sanitätseinheiten einige reichlich schwerfällige Institutionen geworden sind, zeigt sich immer deutlicher, daß es noch eine weitere braucht. Auch hier ist ein Mangel an nötigen Mitteln zu verzeichnen. Jene, welche zur Verfügung gestellt werden, gehen ja, wie wir alle zu lesen bekommen haben, zu 70% in Personalkosten auf. Wer hat gestern die Möglichkeit gehabt, im deutschsprachigen Fernsehen die Sendung über unser Landeskrankenhaus? Sicher, es sind einige Dinge, die dort sehr gut gehen, worüber wir auch stolz sein können usw., aber in einigen Bereichen fehlt es gewaltig. Und solange hier nicht mehr investiert wird, solange dort nicht mehr gemacht wird, wird es nicht möglich sein, diese großen Mängel zu beheben. Nach wie vor ist ferner der Zentralismus der Landesregierung zu beklagen, durch den Lokalkörperschaften weiterhin, ihre Autonomie,

in Grenzen gehalten werden.

Abschließend nur noch einige Bemerkungen zu den wohl bedeutendsten unter den Problemen, die es hierzulande gibt, zu dem der Autonomie und des friedlichen Zusammenlebens der Volksgruppen. Wir Kommunisten sind und waren stets für eine rasche, gerechte und vor allem demokratische Lösung der Südtiroler Frage einschließlich einiger weiterer damit zusammenhängender Grundprobleme, auf die ich hier nicht eingehen möchte. Für eine Lösung, die allen Volksgruppen gerecht werde und vor allem darauf abziele, keine neuen Klüfte aufzureißen. Wir können nicht umhin aufzuzeigen, daß sich in der Öffentlichkeit weiterhin Unsicherheit bemerkbar macht und das Vertrauen in die Einrichtungen der Autonomie so oftmals schwindet, nationalistische Kreise und unverantwortungslose Politiker aller Sprachgruppen nehmen diesen Umstand leider oft zum Anlaß, Zwietracht und Haß zu säen. Der Heimatbund ist erst unlängst gebührend in die Schranken gewiesen worden. Und auch gewisse andere Erklärungen italienischer Politiker usw., selbst auch die Erklärungen des Parteisekretärs der Democrazia Cristiana, der versucht hat in einigen Erklärungen grundlegende Probleme zu vermischen, haben in der Bevölkerung eine gewisse Enttäuschung erzeugt. Man kann nicht eine sprachliche nationale Minderheit mit sprachlichen territorialen Minderheiten vergleichen, die im Nationalgebiet die Mehrzahl darstellt. Das sind grundlegende Fragen, mit denen man die Situation vergiften und verfälschen will. Es ist daher die erste und wichtigste Aufgabe, die Autonomie heute noch effizienter zu machen und so zu stärken. Ob dies gelingt, wird davon abhängen, inwieweit man imstande ist, das gegenseitige Mißtrauen unter den Sprachgruppen abzubauen, ein Klima besseren Verständnisses zu schaffen und damit die Voraussetzung für engere Zusammenarbeit und Mitentscheidung auch zu schaffen. Aber wir glauben, wenn man vom Volk und von den Sprachgruppen das verlangt, und wir müssen das erwirken, dann muß man auch den Bevölkerungsgruppen und den Sprachgruppen mehr Mitentscheidungsrecht einräumen.

Ist dies angestrebt, dann wird es auch möglich sein allen Brunnenvergiftungen in und außerhalb Südtirol die Stirn zu bieten und denen das Handwerk zu legen, welche versuchen, die Autonomie in Frage zu stellen. Dazu wird es allerdings einen Wandel in der derzeitigen Regierungspraxis hierzulande und anderswo grundlegend brauchen. Die Autonomie kann und darf nicht ein Gegenstand der Machtaufteilung sein, wie es in so manchem Fall passiert ist, und gestern haben wir in den Erklärungen von Landesrat Ferretti sehr verschleierte Hinweise bekommen: "Wären wir nicht gewesen,..." Eine Art und Weise, die bestimmt nicht beitragen wird, ein neues Klima zu schaffen und von gewissen Machtaufteilungen abzugehen. Vergessen wir nicht, daß die Zukunft Südtirols und das Zusammenleben zwischen den Volksgruppen nicht nur durch die Machenschaften jener Kreise gefährdet sind, welche ich vorhin erwähnt habe, sondern auch durch manches andere, nicht zuletzt durch die fragwürdigen Vorstellungen, welche der Mehrheit im Südtiroler Landtag eigen sind, Vorstellungen, die ebenso fragwürdige Entscheidungen nach sich ziehen.

Es wird natürlich Aufgabe sein, in dieser Zeit und die Zeit wird nicht gleich sein, alle demokratischen Kräfte zu sammeln, abzugehen von einigen Voreingenommenheiten, im Bunde, um diese Ziele zu erkämpfen.

Damit nehme ich an, hinlänglich erklärt zu haben, warum wir dem neuen Haushaltsplan sehr kritisch gegenüberstehen.

**ERSCHBAUMER (SPS):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, werte Kolleginnen und Kollegen! Für die kommenden Jahre sagen die Wirtschaftsforscher eine anhaltende Rezession voraus. Zukunftsoptimismus wird immer seltener, Angst und Unsicherheit dominieren. Die weltpolitische Lage hat sich innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit, ich meine hier Jahre, verschlechtert. Steigende Arbeitslosenzahlen in aller Welt sind festzustellen. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen in den westlichen Industrieländern beträgt zirka 30 Millionen aufgrund der offiziellen Angaben. In der europäischen Gemeinschaft über 11 Millionen, die letzten Daten sagen 11,5. Es gibt viele Millionen junger Menschen, Jugendliche, die arbeitslos sind. Es müssen, meiner Meinung nach, neue Modelle entwickelt und neue Wege beschritten werden. Die ganzen Mühen der italienischen Regierung, die Inflation bereits im Jahre 1982 in den Griff zu bekommen, sind fehlgeschlagen. Man rechnet für das Jahr 1982 mit einer Inflation von 17,6%, im Jahre 1983 möchte man sie auf 13% reduzieren. Die Regierung hofft darüberhinaus, und hier meine ich natürlich bis zum heutigen Datum, denn heute gibt es ja eine neue Regierungserklärung und dann muß man erst abwarten, was diese neue Erklärung in sich hat, die Regierung hofft, daß das Bruttoinlandprodukt 1983 auf 1% gesetzt werden kann. Es wäre mindestens zu hoffen, es ist aber, glaube ich, kaum glaubhaft. Die Energievertéuerung und Energieverknappung wurden in den letzten Jahren zur Schicksalsfrage, ja zur Überlebensfrage aller Industriestaaten, Industrienationen.

Der Hunger in der Welt greift immer mehr um sich. Alle diese Fakten zeigen auf und zeigen deutlich, daß unser Wirtschaftssystem krank ist. Ich habe vor zwei Jahren hier im Südtiroler Landtag Vergleiche angestellt zwischen dem westlichen Wirtschaftssystem und dem Staathandelssystemen des Ostens. Die Rezession hat unsere Industrien in den Würgegriff bekommen. Der Strukturwandel und die Einführung aller Technologien lassen zwar unvermeidlich die Produktivität steigen, führen jedoch gleichzeitig zu einer Verminderung der verfügbaren Arbeitsplätze in den traditionellen Industriebereichen. Das bedeutet, daß eine vermehrte Produktion nicht unbedingt mehr Arbeitsplätze bedeutet, aber gleichzeitig müssen wir feststellen, daß es immer Jugendliche gibt, die einen Arbeitsplatz brauchen, die einen Arbeitsplatz suchen. Gerade auch noch für die nächsten Jahre, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in den Arbeitsprozeß hineinkommen. Wie kann die Zeitbombe Arbeitslosigkeit unschädlich gemacht werden? Dazu erlaube ich mir eine Äußerung eines Mitgliedes der sogenannten Brandtkommission zu bringen. Ich zitiere: Solange es Hunderte Millionen Menschen ohne ausreichende Nahrung, Kleidung und Obdach gibt, besteht kein Grund für Arbeitslosigkeit. Wir brauchen die Einsicht und den Willen, global ein Vollbeschäftigungsprogramm zu starten. In der Tat, in diesen wenigen Sätzen wäre alles gesagt. In Wirklichkeit geht es aber um die Verteilung und die Unverteilung. Dort glaube ich, liegt der Schlüssel und liegen die Schwierigkeiten.

Bei der Aufstellung und Ausarbeitung von politischen Programmen muß die Arbeitslosigkeit, die Beziehung zu ihren weitreichenden Implikationen

gesehen werden. Man muß sich der Tatsache wohl bewußt sein, daß Arbeitslosigkeit für den einzelnen zerstörerisch und für die Gesellschaft schädigend wirkt, wirtschaftlich betrachtet eine Verschwendung und politisch eine Gefahr darstellt. Wir alle wissen aus einer leidvollen Erfahrung, aus den 30er Jahren, daß die Existenzangst der Menschen, die Angst vor dem Verlust der Arbeitsplätze und des Einkommens zum Schlimmsten gehört, und daß Arbeitslosigkeit noch viel schlimmere Folgen herbeiführen kann.

Wir Sozialdemokraten sagen, dies darf nie mehr wieder geschehen. Die Sozialdemokraten sind einmal die 6.000 Wähler, die mir vor vier Jahren die Stimme gegeben haben bzw. ich hatte 44% von diesen Wählern und ich glaube, es gibt wohl keinen Abgeordneten im Südtiroler Landtag, der 44% der Gesamtliste auf sich buchen konnte. Es sind aber auch meine Freunde, die jahrelang für die Sozialdemokratie gearbeitet haben. Sicherlich sind es nicht diejenigen, die 26 Millionen auf Privatkontos anstatt des Vereins gesetzt haben, es sind aber auch nicht die sogenannten Verfassungsfeinde, die vorschreiben möchten, was der Abgeordnete im Landtag sagt. Die meinte ich natürlich nicht, wenn ich sage, die Sozialdemokraten. Aber ich bin sicher, es gibt im Südtirol mehr Sozialdemokraten wie man auf Anhieb glauben möchte.

Nun hoffe ich, daß ich diese Zwischenfrage beantworten konnte.

Bereits in den Herbstmonaten des Jahre 1980 haben sich auch in Südtirol erste Anzeichen einer Konjunkturabschwächung kundgetan. Vor über zwei Jahren hatten wir in Südtirol eine beinahe Vollbeschäftigung verzeichnen können. Heute stehen wir vor der Tatsache, daß uns die Auswirkungen der weltweiten Krise und Rezession voll getroffen haben. Eine Überbeanspruchung der Lohnausgleichskasse, Personalreduzierungen in den Betrieben, Betriebs-schließungen und eine allgemeine soziale und wirtschaftliche Verunsicherung sind die Folgen, mit denen wir uns auch in Südtirol auseinandersetzen haben.

Mein Vorredner hat bereits auch erwähnt, es gibt über hundert Industriebetriebe, die in Krise sind. Die derzeitige Entwicklung in Südtirol zeigt noch keine Tendenzen einer Belebung, stellen Begutachter der Universität Innsbruck fest. Die konjunkturellen Impulse aus dem Südtiroler Landeshaushalt, die in den vergangenen Jahren erheblich waren, das muß zugegeben werden, denn die Haushaltsmittel sind ja schneller gestiegen als das Sozialprodukt, werden in den nächsten Jahren sicherlich abnehmen. Wir haben diesmal erstmals in Prozenten ausgedrückt, mehr Pflichtausgaben als Investitionsausgaben im Haushaltsentwurf festgeschrieben. Erstmals gibt es größere Einbußen bei den öffentlichen Mitteln für Investitionsausgaben, die Arbeitslosigkeit wird in Südtirol wohl weiterhin ein Hauptanliegen der Wirtschaftspolitik bleiben. Wie ich bereits erwähnt habe, die Arbeitslosigkeit hat vor allem seit dem Jahre 1981 stark zugenommen. Von den rund 175.000 Beschäftigten dürften derzeit zwischen 4 und 5%, also rund 6.000 ohne Arbeit sein. Hier, glaube ich, sind wir bei einer Interpretationsfrage, die Aussagen im Bericht des Landeshauptmannes gehen von den Statistiken aus, die das Provinzarbeitsamt angegeben hat, dazu muß man natürlich rechnen, die nicht als Arbeitslose, sondern als Arbeitssuchende betrachtet werden, auch die Jugendlichen. Wenn ich hier 900 dazuzähle, dann bin ich natürlich sehr viel weiter als die offiziellen Daten des Arbeitsamtes. Wenn

ich aber die Daten des ISTAT hernehme, wobei natürlich auch für mich die Frage offenbleibt, ob diese so zu interpretieren sind, die sagen: Zwischen der aktiven Bevölkerung und zwischen der arbeitsfähigen Bevölkerung ist eine Differenz von 11.000 Personen. Somit würden also noch mehr, als jetzt beschäftigt sind, 11.000 eigentlich arbeitsfähige Bevölkerung sein. So gesehen werden wir natürlich, wenn eine solche Interpretation zulässig wäre, würden wir über 8% kommen.

Die Haushaltsdebatte läßt jedes Jahr auch grundsätzliche Aussagen zu. Daher, glaube ich, muß ich auch einige Gedanken bringen, welche Vorstellungen wir Sozialdemokraten haben. Die Verwirklichung der sozialen Demokratie beinhaltet die umfassende soziale Sicherheit, das Recht auf Arbeit, die Sorge um die Wohlfahrt der Menschen in allen Lebenslagen, das Recht auf eine humane Welt, auf umfassende Bildung und Ausbildung nach freier Wahl sowie auf Mitbestimmung und Mitverwaltung. In diesen Aussagen liegt auch ein Kern, denn Mitverantwortung ohne Mitbestimmung ist für mich nicht akzeptabel, aber wenn ich mitbestimmen will, muß ich natürlich auch mitverantworten. Auch das ist für mich klar.

Viele sozialdemokratische Grundwerte und Zielvorstellungen konnten bereits verwirklicht werden. Grundwerte wie Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität waren immer die Leitlinien des politischen Handelns der Südtiroler Sozialdemokraten und wohl auch meiner Arbeit in den letzten Jahren im Südtiroler Landtag. Andererseits ist aber auch bekannt, daß viele unserer Vorstellungen, viele unserer Anregungen noch nicht verwirklicht werden konnten, noch nicht realisiert wurden. Ich bin daher der Meinung, daß es gerade in Südtirol notwendig ist, ausgehend von einer kritischen Analyse der gesellschaftlichen Wirklichkeit, für eine Weiterentwicklung der Demokratie und für eine freie Entfaltungsmöglichkeit der Menschen zu sorgen. Auch in Südtirol sind die gesellschaftlichen Veränderungen trotz der starren Strukturen nicht vorbeigegangen. Die ständig sinkende Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten zeigt, daß besonders in diesem Bereich ein Strukturwandel zu verzeichnen ist. Der steigende Fremdenverkehr in den letzten Jahren hat einen nicht unbedeutenden Einfluß auf die gesellschaftlichen Strukturen unseres Landes gegeben. Auf den ersten Blick gesehen leben wir alles im allen in Sicherheit und in Frieden nach innen und nach außen, wir leben immer noch in einem, so möchte ich es nennen, ich möchte nicht sagen reichen, aber mindestens in einem mit relativem Wohlstand gesegneten Land, wenn auch dieser Reichtum, den es gibt, nicht gerecht verteilt ist. Ich glaube, gerade daran müßten wir ansetzen. Wir leben nicht zuletzt in einem schönen Land, es wäre töricht und undankbar, das nicht zu sehen und nicht anzuerkennen. Trotzdem, es gibt Schwierigkeiten in Wirtschaft und Politik, und diese Schwierigkeiten nehmen zu: Nervosität und eine nicht immer erfolgreiche Suche nach neuen Lösungen bei den politischen und wirtschaftlichen Führenden, Unruhe, Sorge und Kritik bei den Bürgern, vor allem bei Jugendlichen weiten sich aus.

Ist diese Unruhe berechtigt, ist sie unbegründet? Ich meine, wenn wir berücksichtigen, schrumpfendes Wachstum, Arbeitslosigkeit, steigende Preise, Löcher in den öffentlichen Haushalten, bei uns laut festgeschriebenen Zahlen noch nicht, also im Landeshaushalt, es könnte aber sein in den Sani-

tätseinheiten und es könnte sich auch vielleicht in anderen öffentlichen Einrichtungen auswirken. Die Unruhe bei der Jugend und vor allem die Angst vor der Bedrohung des Friedens. Wir werden morgen auch bei uns eine Friedensdemonstration erleben und in diesem Zusammenhang wäre es von Interesse, daß alle diese Teilnehmer tatsächlich von innerlicher Überzeugung ausgehen, daß sie Frieden wünschen, den inneren Frieden, den äußeren Frieden, den Weltfrieden, aber nicht den Frieden in eine Einbahn, sondern den Frieden der Völker. Es wäre ein Wunder, wenn wir in Südtirol von diesen von mir vorhin aufgezeigten Sorgen verschont geblieben wären und wir sind in der Tat nicht verschont geblieben. Es droht ein gefährlicher Kreislauf, die Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft werden wegen der unaufhaltsamen Rationalisierungen allmählich weniger, überdies drängen in den 80er Jahren die starken Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt und ich bin der Meinung, wenn nicht rechtzeitig gegengesteuert wird, wird die Arbeitslosigkeit noch größer werden. Die Arbeitsplätze in den Gemeinden können aufgrund der Gemeindegassen und auch aufgrund der Bestimmungen, die es gibt, nicht zunehmen, die können nicht ausgenutzt werden, eine Linderung, das ist erfreulich, ergibt sich durch die Staatsstellen. Wir stellen fest, daß bei einer der letzten Ausschreibungen ein vielfaches Mehr an Ansuchen war, als Stellen angeboten wurden.

Durch das Wirtschaftsprogramm für die Industrieförderung, das kürzlich vom Landesauschuß genehmigt wurde, übernimmt das Land Südtirol riesige Anstrengungen, um unsere Südtiroler Wirtschaft zu modernisieren, ihre Konkurrenzfähigkeit zu erhalten und zu steigern. Es werden viele Milliarden ausgegeben. Wie sieht aber die Förderung im einzelnen aus? Ob das Vertrauen auf Marktwirtschaft und Unternehmerinitiative allein weiterhilft, ist sehr fraglich. Denn durch die Investitionszulage, die das Land den Betrieben gewährt, müßte mindestens ein Effekt vom Zehnfachen an Investitionen erfolgen. In vielen Fällen werden aber die Investitionszulagen, die gewährt werden, kaum zusätzliche Investitionen anregen, sondern bereits beschlossene Kosten günstiger durchführen, und man nennt dies Mitnahmeeffekte. Weil es jetzt günstig ist, man bekommt jetzt diese Angebote. Einige, für einen späteren Zeitpunkt geplante Investitionen werden vorgezogen, man nennt dieses Vorzieheffekt, so daß nach Auflaufen der Zulagen ein Investitionsloch entstehen könnte. Wir müssen achtgeben, daß wir dann nicht in den Jahren 1984 und später wieder Investitionslöcher haben. Für Industriezonen von Landesinteresse werden im Wirtschaftsprogramm Sonderbeiträge von insgesamt 10 Milliarden Lire vorgesehen, laut diesem Programm. Es ist zu hoffen, daß mit diesen Beiträgen die seit Jahren geforderten Mensen für die Industriezonen endlich errichtet werden können. Erinnerunglich sind auch im Südtiroler Landtag in diesem Zusammenhang eine Reihe von Anfragen und Initiativen ergriffen worden, auch die Gewerkschaften haben auf Bezirksebene und auf Landesebene diese Forderung immer wieder hervorgehoben. Wenn auch die guten Jahre für Südtirols Wirtschaft vorbei sein werden, so gibt es aber noch positive Signale in der Fremdenverkehrswirtschaft, die im Jahre 1982 ein Rekordjahr zu verzeichnen hatte. Südtirols Anteil am Auslandstourismus Italiens beläuft sich auf 16%, insgesamt im Dienstleistungsbereich liegt der Beschäftigungsanteil in Südtirol mit 54% höher als im italienischen Durchschnitt.

Die Entwicklung im Fremdenverkehr ist in den letzten Jahren problematisch geworden, weil eine einseitige Abhängigkeit von einem einzigen Wirtschaftszweig eine erhöhte Krisenanfälligkeit mit sich bringt. Solange der Zubringerdienst und hier hauptsächlich die Bundesrepublik Deutschland von Krisen verschont bleibt, haben auch wir für diesen Wirtschaftsbereich wenig Sorgen zu haben. Sollte es aber dort, und das ist die Krisenanfälligkeit, Schwierigkeiten geben, werden wir es sofort zu spüren bekommen. Erfreulich ist aber auch in diesem Zusammenhang die Nachricht, daß sich auch der italienische Gast immer mehr wieder nach Südtirol begibt. Aber hier muß auch noch erwähnt werden, daß das Einkommen der Beschäftigten im Gastgewerbe nicht nur unbefriedigend ist, sondern ich bin der Meinung, daß auch die Arbeitsbedingungen wie die Arbeitszeit, saisonelle Abhängigkeit, Grad der Mitbestimmung lassen für den Arbeitnehmer das Gastgewerbe nicht als die attraktivste Zukunftsbranche erscheinen.

Nicht zur Kenntnis genommen wurden die Probleme von jenen, die die Wirtschaftspolitik des Landes zu gestalten haben. Ich möchte erinnern, daß wir vor über 10 Jahren schon aufmerksam gemacht haben, daß wir die Entwicklung rechtzeitig im Auge behalten müssen, anscheinend ist das nicht im genügenden Maße gelungen oder getan worden. Ich möchte diese Kritik, die ich damit angebracht habe, auch was die Mitbestimmung und dergleichen angeht, keineswegs allein gegen diese Betriebe errichten oder generell richten, sondern gegen die Mißstände in Fragen der Mitbestimmung und der Arbeitsbedingungen, die in diesen Betrieben häufiger auftreten als in den traditionellen Industriebetrieben.

Ich habe hier im Südtiroler Landtag die Forderung gestellt zur Errichtung eines Arbeitnehmerförderungsgesetzes. Diese Vorschläge wurden bisher konsequent abgelehnt. Meine gesellschaftspolitischen Zielsetzungen unterscheiden sich von anderen politischen Gruppierungen sehr deutlich. Wir Südtiroler Sozialdemokraten treten für eine menschengerechte Wirtschaft ein. Güter und Leistungen können nach unserer Auffassung nur dann effizient bereitgestellt werden, wenn der wirtschaftliche Prozeß durch die planende Gesellschaft demokratisch gelenkt wird. Denn Wirtschaftspolitik ist im höchsten Maße Gesellschaftspolitik und teilweise hat die Landesregierung mit ihrem Wirtschaftsprogramm, was ich vorhin erwähnt habe, auch in dieser Richtung operiert, man muß es aber auch langfristig im Auge behalten. Die Landesregierung sollte für eine beschäftigungsorientierte Finanzpolitik eintreten, die Landesregierung sollte sich daher stärker zur beschäftigungspolitischen Verantwortung ebenso dann bekennen, wenn es nicht nur um konkrete Einzelprojekte geht und damit sage ich, daß bei einzelnen Projekten, bei einzelnen Betrieben, wo es Schwierigkeiten gibt, die Landesregierung nach meinem Wissen immer da war mit den Gewerkschaften zu verhandeln, mit den Gewerkschaften zu diskutieren, um Lösungen zu suchen. Man muß aber darüberhinaus ein Gesamtkonzept im Auge behalten.

Wir Südtiroler Sozialdemokraten haben in den vergangenen Jahren drei wichtige Forderungen gestellt, nämlich die Arbeitsplätze in Südtirol zu erhalten und neue Arbeitsplätze zu schaffen, die regionalen Unterschiede der wirtschaftlichen Entwicklung auszugleichen, sowie eine weitgehende Arbeitnehmerförderung einzuführen. Die Lage der Südtiroler Arbeitnehmer ist durch



starke regionale Unterschiede in bezug auf Einkommen, Arbeitsplatzangebot, aber vor allem durch Pendeln gekennzeichnet. Bereits zwei Mal habe ich im Südtiroler Landtag den Antrag auf Erlaß eines Arbeitnehmerförderungs-gesetzes gestellt. Ein solches Gesetz sollte zum Ausgleich von Nachteilen und Belastungen erlassen werden, die sich durch die allgemeine Wirtschaftsstruktur oder, in besonderen Fällen, für die in Südtirol wohnhaften unselbstständigen Erwerbstätigen ergeben, weiters für Notstandshilfen für Arbeitnehmer. Hier möchte ich erwähnen, wir haben kürzlich ein Gesetz verabschiedet, wo wir für einen Bereich 50 Millionen Lire zur Verfügung stellen, die aufgrund einer besonderen wirtschaftlichen Situation in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind. Auch in Südtirol wird die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch entsprechende Betriebserweiterungen und Betriebsneugründungen durch den Einsatz eines umfassenden Instrumentariums möglich, bzw. notwendig sein. Einen weiteren wirtschaftspolitischen Antrag, den ich im Südtiroler Landtag gestellt habe, und zwar auf Gründung einer Betriebsberatungs- und Entwicklungsgesellschaft, wurde ebenfalls abgelehnt. Diese Gesellschaft sollte allen am Wirtschaftsleben Beteiligten ein Mitwirkungsrecht sichern, dieser Gesellschaft sollen folgende Aufgaben übertragen werden: Erarbeitung von Betriebsansiedlungskonzepten für unterentwickelte Gebiete unseres Landes, Beratung von Betrieben in allen mit Betriebsansiedlung oder -erweiterung zusammenhängende Fragen und im Bereich des Absatzes der Produkte. Und siehe da, nach meinen ersten Forderungen im Südtiroler Landtag haben dann auch die Gewerkschaften nachgezogen, die konföderierten Gewerkschaften haben das dann immer wieder verlangt, die Wirtschaftsverbände fordern das auch und ich glaube, früher oder später müssen wir hier zu einer globalen Lösung kommen.

Verbesserung der Mitspracherechte der Arbeitnehmer in Fragen der betrieblichen Investitionspolitik und bei allen die Belegschaft direkt oder indirekt betreffenden Maßnahmen auch im Zusammenhang der EG-Richtlinien. Ich bin der Meinung, daß wir mehr Information über die EG-Richtlinien unseren Arbeitnehmern zur Verfügung stellen sollen.

Wir müssen auch in diesem Jahr das überfällige Landesentwicklungsprogramm reklamieren. Wir sehen den Vorteil eines solchen umfassenden Programmes vor allem darin, einer beschäftigungsorientierten Finanzpolitik die notwendige Orientierung, z.B. hinsichtlich der personellen und materiellen Infrastruktur unseres Landes zu geben. Das Land und so weit wie möglich die Gemeinden sollten ihre Investitions- und Personalpolitik aufbauen, ein Landesentwicklungsprogramm so gestalten, daß der Südtiroler Arbeitsmarkt entlastet wird anstatt, wie in den letzten Jahren oder letzten zwei Jahren nachweislich geschehen, belastet worden ist. Die wichtigste Aufgabe der Landespolitik ist es, eine Wirtschafts- und Strukturpolitik zu entwickeln, die die knappen öffentlichen Mittel, also jetzt noch zur Verfügung stehenden Mittel für Investitionen, entsprechend den besonderen Bedingungen in Südtirol planmäßig und zielbewußt einsetzt, um die Wirtschaftskraft des Landes nachhaltig zu stärken. Auch hier wird es um die Anwendung gehen, immer in der Überlegung des sogenannten Verteilungskampfes. Das Landesentwicklungsprogramm soll nicht als ein mächtiges Instrument öffentlicher Gängelung, sondern als Orientierungshilfe für öffentliche und private Ent-

scheidungen dienen. Hier schlage ich wiederum vor, das Entwicklungsprogramm in Form eines Gesetzes zu verabschieden und nicht in Form eines Beschlusses. Im Rahmen einer solchen geplanten Politik muß insbesondere der Zusammenhang zwischen dem Verhalten der öffentlichen Hand, also dem Land und so weit wie möglich mit den Gemeinden, und der privaten Wirtschaft sichtbar werden. In einer elastischen und unbürokratischen Weise müssen alle anderen an der Entwicklung der Wirtschaft interessierten und beteiligten Kräfte, die Unternehmer, Belegschaften, Verbände, Gewerkschaften regelmäßig zusammenarbeiten, ihre Informationen austauschen und ihre Planungen aufeinander abstimmen.

Wir haben vor einigen Tagen im Südtiroler Landtag einen Beschlußantrag beschlossen, der vorsieht, daß eine Konferenz über die Situation der Industrie in Südtirol abgehalten werden soll. Aber meine Aussagen hier beziehen sich auch und gehen in eine Richtung, daß sich der Wirtschafts- und Sozialbeirat stärker mit diesen Fragen befassen soll, nicht nur allein mit den vorgelegten Gesetzentwürfen der Landesregierung, sondern darüberhinaus mit diesen Fragen, die jetzt in unserem Lande aktuell sind, sich umgehend damit befassen. Sicherlich wäre es wichtig und notwendig, wenn wir für den Bereich der Arbeitnehmer auch eine Arbeiterkammer zur Verfügung hätten, damit wir als Gleichgewicht zur Wirtschaftskammer Studien, Forschungen machen könnten, so wie wir sie von den Arbeiterkammern in Österreich, in Saarland, in Luxemburg oder in Bremen kennen. Ich meine, daß diese alle zusammen, die von mir Genannten, eigentlich die Wirtschaft sind. Sie alle zusammen sind die Wirtschaft, arbeiten gemeinsam und tragen gemeinsam die Verantwortung, auch das Risiko, das häufig vergessen wird. Sie müßten daher auch gemeinsam mitberaten und mitbestimmen. Ich habe bereits vorhin erwähnt, daß der Grundsatz gilt, keine Mitbestimmung ohne Mitverantwortung, und so gilt auch das Umgekehrte, keine Mitverantwortung ohne Mitbestimmung. Daher, diejenigen, die davon reden, wir sitzen alle im selben Boot, müssen sich dies vor Augen führen. Im selben Boot kann man nur sitzen, d.h. wir können nur mitverantworten, wenn wir auch mitbestimmen.

In der Wohnungsvorsorgung verschärfen sich die Probleme je nach sozialer Lage. Äußerst schwierig stellt sich die Situation insbesondere für kinderreiche und einkommensschwächere Familien dar. Obwohl der Wohnungsbestand der letzten Jahre weiter gewachsen ist, konnten bei den Problemgruppen kaum Verbesserungen erreicht werden. Gleichzeitig aber muß festgestellt werden, daß laut der Volkszählung im Oktober 1981 beinahe 18.000 Wohnungen in Südtirol leerstehen. Die angebotenen Wohnungen sind für einen Arbeitnehmer mit einem Durchschnittseinkommen nahezu unerschwinglich geworden. Ich habe bereits gestern in der Generaldebatte im Regionalrat darauf hingewiesen, daß es notwendig sein wird die Überlegung anzustellen, in welcher Form man leerstehende Wohnungen besteuern kann und soll. Zur Verbesserung der Wohnungssituation für Problemhaushalte kann der soziale Wohnungsbau kaum noch Beiträge leisten. Für die im Haushalt vorgesehenen Mittel müssen die Beiträge für die Programme der vergangenen Jahre reserviert bleiben, bzw. für die vergangenen Jahre ausgegeben werden, während einerseits der Kreis derjenigen ständig wächst, die anspruchsberechtigt aufgrund unserer Gesetze wären. Für das Jahr 1982 konnte also kein Termin errechnet werden, weil die

Mittel nicht vorhanden waren und so wie der Haushalt aussieht, können für das Jahr 1983 höchstens 30 Milliarden zur Verfügung gestellt werden, aber bis die Prozeduren ablaufen, also Ansuchen und Genehmigungen, werden wir sicherlich auch noch die Haushaltsmittel für das Jahr 1984 miteinbeziehen können. Die Finanzierungslücken im sozialen Wohnungsbau werden daher, wie ich gesagt habe, immer größer, weil wir sie zurückoperieren müssen. Trotzdem müssen wir uns überlegen, ob wir nicht für das Jahr 1983 ein Sonderprogramm beschließen sollten in Erwartung, daß weitere Mittel noch kommen werden und daß es eine Haushaltsänderung geben wird im Laufe des Jahres 1983 und daß wir diese Mittel für ein Sonderprogramm im Wohnbau einbauen.

Die Wirtschaftspolitik steht national wie international auch vor ökologischen Problemen. Umweltschutz ist heute nicht nur ein technisches und wirtschaftliches Problem, es ist auch ein politisches Problem geworden. Gedankenlosigkeit, Verschwendung und einseitiges Gewinnstreben drohen unsere natürlichen Umwelt, in der wir leben und von der wir leben, zu schädigen oder zu zerstören. Vor allem Jüngere, aber nicht nur sie, sehen ihre eigene Zukunft und die Zukunft ihrer Kinder und Enkel bedroht. Eines der Hauptanliegen für die Zukunft Südtirols muß daher in einer Verbesserung der Infrastruktur bestehen, um die Lebenschancen für die kommende Generation zu sichern. Dazu gehören auch die ökologischen Infrastrukturen, wie Maßnahmen für den Naturschutz und die Landschaftspflege, Maßnahmen der Wasserwirtschaft und Abwasserbeseitigung, Maßnahmen für Abfallbeseitigung, Maßnahmen im Erholungswesen, Maßnahmen für den Lärmschutz und für flächendeckende Verkehrsberuhigungen, aber auch, und das noch in verstärktem Maße, Fahrradwege oder Fahrradwegenetze. Wir haben zwar die von mir vorhin aufgezeigten Maßnahmen-Programme, wir haben Gesetze, aber die müssen eben stärker in Angriff genommen werden. Damit die Qualität des Lebens für unsere einheimische Bevölkerung besser wird und um der Bedeutung des Umweltschutzes und des Naturschutzes zu entsprechen, habe ich bereits vor einem Jahr, anlässlich der Haushaltsdebatte und in diesem Sommer noch einmal einen Antrag zur Errichtung eines Umweltausschusses im Schoß des Südtiroler Landtages beantragt. Eine politische Bereitschaft war leider bisher nicht festzustellen. Wenn sich die gegenwärtige Entwicklungstendenz fortsetzt, wird die Welt im Jahre 2000 noch überbevölkerter, verschmutzter, ökologisch noch weniger stabil und für Störungen anfälliger sein als die Welt, in der wir heute leben. Ich bin der Meinung, es ist Zeit zu handeln, in allen Bereichen, wo wir Kompetenzen haben. Bis zum Jahre 2000 wird sich die Weltbevölkerung um über 50% vermehrt haben, es leben dann wahrscheinlich 6,5 bis 7 Milliarden Menschen auf diesem Planeten. Bis zum Jahre 2000 werden 40% der heute vorhandenen Wälder verschwunden sein. Parallel dazu breiten sich die Wüstenflächen immer mehr aus, und zwar durch Versteppung, durch Versalzung und Erosionen. Bis zum Jahre 2000 werden zirka 5000 Tier- und Pflanzenarten vernichtet sein. Was wir Sozialdemokraten unter Umweltschutz verstehen, geht teilweise aus diesem von mir vorhin Gesagten hervor. Ich bin also der Meinung, es braucht in Südtirol keine neue Partei, die sich mit den Fragen des Umweltschutzes besonders befaßt, wir brauchen also keine grüne Partei, wir brauchen keine ökologische Partei, wir brauchen keine Umweltschutzpartei. Ich glaube, wir haben uns in den letzten Jahren durch unsere Initiati-

ven in vielerlei Art mit diesen Fragen auseinandergesetzt, wichtig scheint mir, daß wir die Probleme mit den Interessierten offener diskutieren und besprechen, das glaube ich, geschieht so weit wie möglich, ich spreche hier Landesrat Pasquali in erster Linie an, daß Bürgerinitiativen, die draußen irgendwo entstehen, daß die Umweltschutzorganisationen, daß die Dachverbände, die es bei uns gibt, den nötigen Rückhalt bekommen, daß man ihnen die nötige Bereitschaft gewährt mit ihnen zu diskutieren, die Fragen aufzuwerfen und dann auch zu behandeln.

In den letzten Jahren ist in verstärktem Maße die Diskussion über den Föderalismus geführt worden. Es hat Tagungen in Südtirol gegeben, es hat Tagungen in Salzburg, Seefeld usw. gegeben. Das eigentliche Anliegen des Föderalismus, nämlich Stärkung der Regionen und autonomen Provinzen gegenüber dem Staat, verschwindet zusehends, auch wenn wir die Gesetze 382 und das Dekret 616 haben, wir gehen in eine Richtung mehr Zentralstaat. Für Südtirol wirkt sich das besonders aus, wenn wir feststellen, daß immer wieder Gesetze, die wir im Landtag beschließen, rückverwiesen werden. Wir meinen unter Föderalismus aber auch, daß die Kompetenzen nicht beim Land bleiben dürfen, sondern daß man sie an die Gemeinden, an die Talschaften oder Bezirksgemeinschaften abgibt so weit wie möglich. Für die Sozialdemokraten ist Föderalismus untrennbar vom Bekenntnis zur Demokratie, denn Föderalismus stellt auch eine Form der Gewaltentrennung dar. Der Art. 18 des Autonomiestatutes sieht die Möglichkeit vor, einzelne Verwaltungsbefugnisse von der Provinz an öffentliche Körperschaften zu übertragen. Aufgrund der Aufgaben, die dem Land Südtirol zustehen und aufgrund der verschiedenartigen natürlichen Voraussetzungen der einzelnen Landesteile ist die Errichtung von Bezirkskörperschaften notwendig, die geeignet sind, für ihren Bezirk übertragene Verwaltungsaufgaben des Landes zu übernehmen. Der Selbstverwaltungswille der Bürger, so bin ich der Meinung, in den Bezirks- und Talgemeinschaften, verdeutlicht eine Form der politischen Willensbildung, die die existenzfreien Bürger mit unterschiedlichen Bedürfnissen und Wertvorstellungen respektiert. Daher sollen die Bürger unseres Landes das Recht erhalten, Bezirkskörperschaften zu wählen, die mit der Lösung der örtlichen Probleme und Fragen beauftragt werden sollen. Bei der Besprechung der Demokratie in Südtirol dürfen auch die Kontrollmöglichkeiten nicht vernachlässigt werden bzw. nicht außer Acht gelassen werden. So ist für die autonome Provinz Bozen noch immer nicht die Zuständigkeit des Verwaltungsgerichtshofes geschaffen worden. Weiter fehlt ein Petitionsausschuß. Die Kolleginnen und Kollegen wissen, aufgrund der Besuche, die wir in verschiedenen Ländern hatten, welche Funktion und Aufgaben Petitionsausschüsse für den einzelnen Bürger bedeuten. Auch die Errichtung des Volksanwaltes oder die Volksanwaltschaft wird von immer mehr Organisationen und Einzelpersonen verlangt. Einen diesbezüglichen Gesetzentwurf habe ich bereits vor vier Jahren im Südtiroler Landtag vorgelegt, der allerdings von der Mehrheit kein Wohlwollen gefunden hat. Die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung ist trotz Sanitätsreform und trotz Sanitätseinheit nicht befriedigend. Insbesondere bei der Zahnheilkunde gibt es für die Bevölkerung neue Betreuungsnotwendigkeiten und in diesem Zusammenhang erlaube ich mir getrennt in einem Schreiben an den zuständigen Landesrat Frau Gebert Deeg meine persönliche Meinung

noch einmal darzulegen, bzw. einen konkreten Fall aufzuzeigen.

Mein Vorredner hat bereits auch erwähnt die Diskussion, die erst gestern im lokalen Fernsehen der RAI Bozen wiedergegeben wurde, die großteils vom Vizepräsident der Sanitätseinheit Dr. Ferdinand Willeit aufgezeigt wurde, so daß ich hier nicht das wiederhole, was bereits gesagt wurde. Ich bin jedenfalls der Meinung, daß wir für die Finanzschwäche der Bevölkerungsschicht unbedingt etwas unternehmen müssen, so daß sie im Bereich der Zahnheilkunde die Möglichkeit bekommt, für ihre Zähne, für ihre Gesundheit in diesem Bereich etwas zu tun. Es ist einmal so, daß viele in ihrer Nähe keinen Zahnarzt haben, von manche Täler heraus muß man 30 km fahren und dann, wenn man eine längere Behandlung hat, müßte man das jeden Tag machen, dann ist damit viel Zeit und viele Kosten verbunden, aber ich bin auch der Meinung, daß es einfach zu teuer ist, es geht sofort in die Millionen. Ich glaube, das ist einfach kein Zustand, wir müssen hier etwas unternehmen. Ich sage also, es ist eine unerträgliche Situation.

Ohne sorgsame Vorausschau und langfristige Planung, ohne den Aufbau eines Netzes von bürgernahen ambulanten Dienststellen, ohne aktives Mitwirken gesellschaftlicher Gruppen und Initiativen und ohne die Zusammenarbeit aller Beteiligten werden diese Probleme nicht mehr allein gelöst werden können. Ich möchte in diesem Zusammenhang auch anerkennend hervorheben, daß in den letzten Wochen vom Assessorat für Gesundheitswesen, von Frau Landesrat Gebert-Deeg eine Reihe von Broschüren ausgegeben wurde, die zur Aufklärung der Bevölkerung beitragen. Sie können sich erinnern, daß ich vor vier Jahren, als Sie damals 80.000 Broschüren kurz vor den Landtagswahlen ausgegeben haben, kritisiert habe, aber ich sage, wir sind jetzt in einer Zeitspanne, wo man nicht von Wahlwerbung sprechen kann, wo ich aber anerkenne, daß diese Broschüren, die Sie ausgegeben haben, tatsächlich dazu beitragen, mehr Information unter die Bevölkerung zu bringen und ich würde mir wünschen, daß diese Broschüren, die ich in deutscher Sprache erhalten habe, auch für die italienische Bevölkerung und so weit wie möglich auch für die ladinische Bevölkerung in ihrer Sprache gemacht werden könnten, weil Aufklärung tut einfach Not. Ich möchte in diesem Zusammenhang aber auch noch eines sagen, daß die aufgezeigten Schwierigkeiten im Sanitätssektor bezüglich der Zuweisung der Geldmittel aufgrund des Schlüssels, den wir verlangen, 1,61, ich der Meinung bin, wir sollten unbedingt darauf bestehen und es wäre wünschenswert, wenn hier der gesamte Südtiroler Landtag das so sieht, auch wenn auf nationaler Ebene andere Beschlüsse und andere Entscheidungen getroffen werden, daß die sagen, pro Kopf geben wir so viel aus, aber wir haben einmal eine Autonomie und wir müssen dazu stehen und wir müssen diese Forderung aufrechterhalten. Es geht hier nicht allein um die Geldmittel, sondern es geht hier auch um den Grundsatz.

In diesem Zusammenhang, glaube ich, und gerade weil ich diese Broschüren erwähnt habe, die Entwicklung des Drogenproblems in Südtirol zeigt, daß immer wieder Todesfälle zu verzeichnen sind, aber auch hier vielleicht nicht nur diese harten Drogen, sondern auch der Alkohol oder vielmehr der Alkoholmißbrauch muß in unserem Lande viel mehr Berücksichtigung finden, denn wenn wir die Untersuchung, die von der Universität Innsbruck in Lüssen gemacht wurde, wenn wir diese Untersuchung für alle Gemeinden anstellen

würden, glaube ich, würde wir einen IST-Zustand vor Augen geführt bekommen, daß wir feststellen würden, daß die Situation schlimmer ist wie wir es angenommen haben. Und vielleicht könnte hier die Landesregierung Überlegungen anstellen, ob auch in anderen Talschaften Einzeluntersuchungen, so wie es in Lüssen gemacht wurde, angestrebt werden sollen, weil da ja ein Behelf als Unterlage für weitere Entscheidungen für die Landesregierung oder für die einzelnen Assessorate von Hilfe sein könnte, auch bei Ausarbeitungen von Programmen, bei Ausarbeitung des Gesundheitsplanes und bei anderen Konzepten.

Nun zu einem anderen Punkt. Unter Kulturpolitik wird oft Schul- und Hochschulpolitik, vielleicht noch Erwachsenenbildung verstanden. Aber es gibt einen Bereich der Kulturpolitik daneben, der mit den Stichworten Kunst, Musik, Film, Literatur, Theater bezeichnet wird. Dieser Bereich kommt in der Debatte über die kulturpolitischen Ziele bei uns im Südtiroler Landtag häufig zu kurz. Ein anderes Gebiet der Kulturpolitik taucht in der Diskussion manchmal gar nicht auf. Die persönlichen kulturellen Initiativen im Chor, wie es immer mehr in Südtirol gibt, in den Blasmusikkapellen, die Hausmusik mit Freunden, die Malerei, usw. Ich bin der Meinung, wäre es nicht besser, wenn in noch mehr Familien Hausmusik betrieben werden könnte, wenn noch mehr meinetwegen in den Schulen Schultheater gespielt werden könnte, mehr Leute Museen besuchen, Bilder kaufen, Zeichnen oder in einem Chor mitarbeiten oder mitsingen würden. Daher, und das habe ich auch in der Gesetzgebungskommission erwähnt, kommt dem Musikinstitut eine ganz besondere Bedeutung zu und ich habe mich bereits in der Kommission dafür ausgesprochen, daß die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, daß auch in Zeiten wie diesen, wo wir Einsparungen machen müssen, dort keine Einsparungen gemacht werden, im Gegenteil, daß wir genügend Mittel zur Verfügung stellen, daß ordnungsgemäß gearbeitet werden kann.

Uns Sozialdemokraten geht es eben auch in diesem Bereich darum, damit eben jeder Bürger die Möglichkeit hat, auch in diesem Bereich Politik zu betreiben. Wenn auch die konservative Kulturpolitik für den Außenstehenden, und das wird sehr oft geschrieben, den Schluß nahelegt, Südtirol wäre nur das Land der Blasmusikkapellen und der Schuhplattler, so darf nicht übersehen werden, daß viele Interessierte eine Musikschule besuchen, um das Spielen eines Instrumentes zu erlernen. Hier wäre manchmal notwendig, wenn solche Bilder über Südtirol, hauptsächlich auch in ausländischen Zeitschriften gegeben werden, daß man ihnen Daten liefert und sagt, wie sieht eigentlich das andere Südtirol aus. Ich bin der Meinung, am kulturellen Leben sollen möglichst viele Bürger teilhaben, am besten alle. Jeder soll die Chance haben, Begabungen und Fähigkeiten zu entfalten, geistige Selbständigkeit zu entwickeln. Bisher nahmen am öffentlichen geförderten kulturellen Leben nur wenige teil. Konzerte und Theater, Museen und Ausstellungen werden auch heute noch vor allem von Bürgern besucht, die, privilegiert durch Herkunft und Bildung, gelernt haben, mit Musik und Literatur und Bildern etwas anzufangen. Die Mehrzahl der Bürger hat das nicht lernen können. Die klassischen Stätten der Kultur sind aber für alle da. Sie sind nicht für eine bevorzugte Minderheit reserviert und müssen sich deshalb denen öffnen, die bislang draußen blieben.

Ich komme zum Abschluß. Landeshauptmann Dr. Silvius Magnago hat seine Versprechungen von März dieses Jahres, in seinen Bericht zum Haushaltsvoranschlag 1983 über die Arbeitsergebnisse der Arbeitsgemeinschaft der Alpenländer zu berichten nicht nur gehalten, sondern er hat diesem Bericht fast 10% des Gesamtberichtes gewidmet. Somit wurde erstmals von seiten der Südtiroler Landesregierung im Südtiroler Landtag offiziell über die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft der Alpenländer berichtet und ich bin froh darüber, daß meine langjährigen Bemühungen nun zum Erfolg geführt haben. Wir haben in den letzten Jahren Gelegenheit gehabt, zu einigen wichtigen Fragen, die das Autonomiestatut und die Durchführungsbestimmungen anbelangen, Stellung zu nehmen. So z.B. im Laufe der Diskussion im Südtiroler Landtag im Februar 1980, anlässlich der Diskussionen zur Volkszählung 1981, aber auch bei anderen Gelegenheiten, die es im Südtiroler Landtag gab. In den nächsten Monaten werden wir wieder eine Debatte abführen. Die jahrelange Verzögerung des Operationskalenders bzw. des Erlasses der Durchführungsbestimmungen zu unserem Autonomiestatut hat die Volksgruppen in Südtirol überaus stark verunsichert. Das Hinausschieben der Entscheidungen hat die politische Entwicklung in Südtirol gehemmt. Wenn auch diese Verzögerungen von einzelnen Gruppen mit Wohlwollen beobachtet werden, so muß gesagt werden, daß sie auch nach sozialdemokratischer Auffassung die Umsetzung sozialer Veränderung in Südtirol verhindert haben. Ich stimme daher mit dem Landeshauptmann in dem Punkte überein, wo er in seinem Bericht sagt, daß die steigende Arbeitslosigkeit in Südtirol Spannungen erzeugt, und daß diese Situation durch eine weitere Verzögerung beim Erlaß der Durchführungsbestimmungen zu unserem Autonomiestatut zusätzlich verschärft würde.

Hoffen wir, daß heute bei der Regierungserklärung Ministerpräsident Fanfani in Rom klare Aussagen zu diesen Fragen, für uns wichtige Fragen, trifft.

**COSTALBANO (NS-NL):** Signor Presidente, signori consiglieri, quanti si attendevano dalla relazione del Presidente della Giunta, Magnago, un'analisi molto precisa e dettagliata del quadro politico altoatesino e contemporaneamente un consuntivo politico-amministrativo di un bilancio di legislatura - com'è noto, questo Consiglio tratterà l'ultimo suo bilancio annuale - credo che sia rimasto deluso. In effetti, se vi fosse un campionato mondiale di slalom politico, la relazione di Magnago otterrebbe sicuramente la medaglia d'oro. Ancora una volta questo dimostra l'abilità tattica dell'uomo politico, che a mio avviso ha ritenuto più opportuno non impegnarsi in simili analisi e consuntivi attendendo prima la definizione della spinosa questione dell'approvazione delle ultime norme di attuazione dello Statuto. Detto per inciso, credo che il recente congresso della Volkspartei di Merano abbia ricalcato questa linea. Anche in quella sede, penso, con un accordo tattico con l'Haimatbund, si è cercato di evitare lo scontro per presentarsi invece compatti alla trattativa con il Presidente Fanfani. Da Merano, comunque, è venuta una riconferma che la vertenza altoatesina non si chiuderà nemmeno dopo l'accordo definitivo di tutte le norme di attuazione, particolarmente poi se il Governo non dovesse accettare la proposta della SVP, del bilinguismo in particolare, proposta che, implicando nella sostan-

za la negazione dei diritti fondamentali del cittadino, non sono a mio avviso accettabili.

Al di là quindi delle norme di attuazione, che auspico vengano varate al più presto, la questione altoatesina è destinata a prolungarsi nel tempo. Resta da sapere se questa apertura della vertenza sarà in funzione di mantenere intatta la forza della Sammelpartei, come è probabile, o come nuovo intendimento della gestione dell'autonomia in forma dinamica, come ritengo auspicabile. Solamente quest'ultima forma, infatti, consentirebbe quelle modifiche e quegli aggiustamenti che i mutamenti indotti dall'attuazione del Pacchetto stesso e dalla situazione economica, politica e culturale, potrebbero adeguare l'autonomia alle esigenze complessive della popolazione, ma anche, e contemporaneamente, alle esigenze nuove e diverse che si potrebbero manifestare all'interno stesso dei gruppi etnici.

Non è solo una mia impressione, ma è un riscontro di molti che in questi ultimi anni il rapporto fra i gruppi etnici si è aggravato. Penso che ciò sia causato dal consolidarsi di un modello altoatesino di stato autoritario con il consenso di massa, che ponendo a proprio fondamento l'egocentrismo genera la separazione etnica, e poi da una gestione corporativa, quando non clientelare, del potere, ma fundamentalmente della politica della SVP mira ad ottenere e a consolidare, attraverso il Pacchetto e le norme di attuazione e la loro gestione, quanto più è possibile, finalizzando il tutto esclusivamente in rapporto agli interessi del gruppo etnico.

E' questa la politica che maggiormente mette in crisi il rapporto fra i gruppi etnici di cui è un evidente sintomo a livello istituzionale il mancato accordo programmatico alla partecipazione della DC nella Giunta che viene fatto solo a titolo etnico, anche se politicamente risulta marginale.

Vorrei aprire una parentesi su questo "marginale": marginale perché non sempre l'accordo tacito che esiste all'interno della Giunta di una gestione dei vari Assessorati, che non può essere intaccata da altre volontà, in alcuni casi si è dimostrata, e particolarmente nei casi degli Assessori della DC, che basta un no di qualcuno perché alcune cose non vengano più fatte. Mi riferisco, per esempio, alla questione del bilinguismo precoce, per cui basta il no di Zelger per calmare tutte le velleità dell'Assessore Ferretti, oppure, ad esempio, un altro caso che è successo ultimamente, l'Assessore Pasqualin ha lavorato moltissimo, da quello che mi risulta, circa la sistemazione della zona commerciale di Bolzano-sud, ma poi è bastato il no di Benedikter per rimettere in gioco tutto quanto. Un caso diverso è quello dell'Assessore Pasquali, il quale come una formica ha cercato nel tempo di programmare un intervento, specialmente per quanto riguarda i collettori, e ha fatto tutto un lavoro che è stato programmato tecnicamente, dopodiché il lavoro di accantonamento della formica è stato completamente vanificato, tanto è vero che anche nella relazione di Magnago si dice, sempre riferendosi agli impianti di depurazione e smaltimento dei rifiuti solidi, che "queste difficoltà peraltro sono ancora presenti in parte, ma molte progettazioni sarebbero nelle condizioni di essere realizzate se avessimo adeguate disponibilità finanziarie".

Ecco come anche una volontà programmatica viene disattesa in un modo ignominioso. Non credo che ci siano delle ragioni che possano consentire un



fatto di questo genere.

Nel contesto della politica della SVP sopra delineata, significativa rilevanza assume la mancata attuazione dell'art.15 dello Statuto di autonomia, nella parte che prevede per la destinazione degli stanziamenti per il settore assistenziale, sociale e culturale, non solo il criterio della proporzionale, ma anche quello del fabbisogno. La mancata individuazione dei parametri che possano stabilire il fabbisogno e che siano recepiti nella normativa, fa in modo che nella realtà sia applicato solo il criterio della proporzionale con delle conseguenze spesso sufficientemente note.

Per la verità sono sorti dei dubbi circa anche l'applicazione corretta della proporzionale, ed è possibile pensare che il governo provinciale da questa norma abbia debordato, e ciò a favore del gruppo etnico tedesco; non credo verso altri gruppi. Questo sarebbe possibile stabilirlo se fosse la Giunta stessa a fornire i dati relativi in modo preciso e articolato come documentazione al riguardo. Meditiamo sull'intervento di Ferretti di ieri, il quale ha detto che per l'applicazione della proporzionale, ad esempio, sui posti di lavoro, fermo restando che l'impiego statale è soggetto alla proporzionale ecc., dovremmo andare a vedere come l'applicazione della proporzionale viene applicata nei comuni e in altri enti, perché qui si stabiliscono delle deroghe, si deborda da certe normative, per cui anche lo stesso concetto di applicazione della proporzionale così com'è inteso viene distaccato.

Indipendentemente però da questi problemi circa la corretta applicazione della proporzionale, che cosa significa la proporzionale ad esempio nei settori che ho indicato? Nell'assegnazione delle borse di studio, nell'edilizia abitativa agevolata, con il dramma della casa che colpisce prevalentemente la popolazione di lingua italiana, e poi la distribuzione di fondi per la cultura e lo sport? Il concetto di proporzionale, così come viene applicato, è assolutamente assurdo. E' possibile pensare che sport e cultura possano essere valutati in senso proporzionale, per cui una manifestazione culturale o una manifestazione sportiva devono costare un terzo in meno? O che i gruppi minoritari in Alto Adige, quello ladino o quello italiano, debbano fare un terzo di attività culturale in meno? Sono convinto che la consistenza del gruppo etnico tedesco sul piano numerico deve consentire una maggiore attività, però i costi culturali così come i costi per le manifestazioni sportive devono essere considerati seriamente e non possono essere valutati in base alla proporzionale, ma fondamentalmente in base al fabbisogno.

Lasciatemi citare un caso che è stato discusso in questo Consiglio - non voglio discuterlo come un caso emblematico, ma come assurdo - dove si è applicata la proporzionale anche nell'assegnazione di alloggi per le case agli anziani nel comune di Ora. Non credo che, dati questi termini, si possa chiamare il gruppo etnico italiano o anche quello ladino ad un maggior coinvolgimento nella gestione dell'autonomia, come riconosceva necessario un anno fa, se non erro, al congresso di Merano lo stesso Presidente Magnago, che in quella sede aveva avanzato un'esigenza politica di quel tipo, ma che poi sembra abbia dimenticato per strada.

Ferretti ieri ha steso un tappeto pieno di fiori nei confronti del

Presidente Magnago, però al di là delle enunciazioni politiche che erano già state fatte, credo che se volontà politiche devono essere espresse, devono trovare anche sostanzialità in atteggiamenti più precisi, ma anche in fatti più concreti. E se il Presidente Magnago riteneva giusto richiamare questo fatto, che cioè la popolazione italiana di fatto è tagliata fuori nella gestione dell'autonomia, non è coinvolta fino in fondo, si sente estranea, credo che le misure e le contromisure devono essere prese con una velocità e una consistenza adeguata a questo tipo di allontanamento che avviene.

Le forme di democrazia e di partecipazione non sono ancora decollate. Molti oggi constatano come sempre più è accentuato l'accentramento di potere all'interno della Giunta provinciale, che non consente certamente il più ampio sviluppo dell'autonomia dei comuni, e su questo vi sono state numerose proteste che a me sembra non siano state assopite, di funzioni decisionali della comunità di valle, la quale rimane un'ombra che non ha niente a che vedere con qualcosa di democratico e decisionale, che limita addirittura i comitati di quartiere, che fino adesso non sono stati attuati, ma se anche venissero attuati, nel modo in cui se ne è parlato, credo che avrebbero ben poca valenza. E poi lo stesso uso delle commissioni consultive, che a mio avviso poco hanno di consultivo già nella formazione delle consulte stesse, per cui il più delle volte nella formazione delle consulte - se ne è parlato più di una volta in questo Consiglio - già si prefigurano gli equilibri politici e non solo quelli etnici, che d'altra parte sono vincolanti. Direi che lo stesso rapporto nella stessa Amministrazione provinciale complessivamente nei confronti del cittadino viene ad essere in crisi, se è vero come è vero che il ricorso al Consiglio di Stato sembra diventare la via permanente nel regolare i rapporti fra cittadini e Giunta provinciale. Credo modestamente, per le mie possibilità, che la proposta che ho formulato in questo senso per la creazione di un difensore civico, sarebbe un momento di avvicinamento fra l'Amministrazione provinciale e il cittadino.

C'è anche un rapporto, che appare negativo e contraddittorio, che la Giunta ha con le forze sociali. Da una parte si favoriscono consultazioni e si accettano posizioni corporative con rappresentanti di diverse categorie, dagli agricoltori agli artigiani agli albergatori, mentre, ad esempio, nei confronti della categoria degli industriali si assume un altro atteggiamento, per cui questa si lamenta, e giustamente, perché le accuse di dirigismo anche in rapporto al LEP formulate a suo tempo dagli industriali mi sembrano fondate. Ma anche il rapporto con le stesse organizzazioni sindacali è difficile. Nei confronti di queste - non è un motivo marginale - c'è l'atteggiamento della Giunta che mantiene un rapporto privilegiato con la ASGB. Questo è uno dei motivi fondamentali di questo atteggiamento contraddittorio, per cui non solamente si opera a livello sindacale una spaccatura etnica, accentuando tutta la forma della separazione etnica che esiste in Alto Adige, ma mettendo in crisi sostanzialmente l'unità di intenti necessaria, affinché le organizzazioni sindacali in Alto Adige possano svolgere appieno la loro funzione.

Mi preme anche sottolineare in questa sede quanto è carente il rap-

porto fra il potere legislativo e quello esecutivo. Troppe volte questo Consiglio é semplicemente sede di ratifica e di decisioni della Giunta, e in ciò, oltre all'atteggiamento della Giunta stessa, concorrono altre cause: la scarsa partecipazione, ad esempio, degli Assessori ai lavori del Consiglio, che io posso anche capire e in parte giustificare; i ristretti margini di autonomia del gruppo consiliare della SVP, che si sente praticamente indentificato con le decisioni della Giunta; la mancanza di appoggio nel lavoro legislativo del Consiglio di adeguati servizi, quali ad esempio quello legislativo, che, a mio avviso, per l'attività di un organo legislativo sono fondamentali.

A questo proposito ho valutato positivamente un richiamo fatto dal Presidente Magnago nella sua relazione al miglioramento della normativa esistente, sia sotto il profilo del contenuto che del linguaggio, sperando che ciò consenta di attuare adeguati approfondimenti, affinché questo obiettivo sia raggiunto e che da parte mia modestamente ho indicato con una proposta all'Ufficio di Presidenza, per quanto concerne l'Ufficio legislativo.

Nella stessa discussione sul bilancio del Consiglio ho espresso dei dissensi circa la struttura dei servizi del Consiglio; ho riscontrato l'inadeguatezza di queste strutture e nella sostanza ho potuto valutare fino in fondo quanto il Consiglio sia una "Cenerentola", mentre invece dovrebbe avere una funzione primaria e fondamentale.

**CONSIGLIERE:** (interrompe - unterbricht)

**CONSTALBANO (NS-NL):** Se il Presidente Magnago si può permettere il silenzio sui problemi come quello del censimento, io non posso permetterme lo.

Non credo che bisogna essere fautori di una Mischkultur o della creazione di un quarto gruppo linguistico, sulla quale non sono mai stato d'accordo, per rendersi conto che il censimento ha operato per la trasformazione del diritto di appartenenza e di appartenere e di dichiararsi di un gruppo etnico, in obbligo di farlo anche per chi, per ragioni diverse, in un gruppo etnico non si identifica. Ma non sono solo queste le lacerazioni che sono passate attraverso migliaia di cittadini, perché se é vero che il fatto numerico dei non dichiaranti e del rifiuto della dichiarazione può essere considerato limitato, é certo però che la problematica ha investito decine di migliaia di persone in Alto Adige.

Vi é anche l'altro problema, che é quello delle conseguenze teoriche e pratiche del rifiuto della dichiarazione di appartenenza. A questo proposito voglio dire che il rifiuto della dichiarazione equivale ad avere subordinati fondamentali diritti del cittadino alla dichiarazione di appartenenza. Questa mi sembra una posizione incostituzionale. Anche se non sono ufficiali - credo che sia inspiegabile, ingiustificato e sospettoso il ritardo nella pubblicazione di dati ufficiali, tanto é vero che i dati ufficiali la SVP li viene a sapere dai suoi canali e tanto é vero che l'On. Riz non pochi giorni fa ha scritto sul Volksboten in merito ai dati relativi al censimento -, questi risultati comunque indicano la presenza di alcune ten-

denze involuttive nella società e nella situazione altoatesina. E' inconfutabilmente provato che il gruppo etnico tedesco non corre alcun pericolo di assimilazione o emarginazione sociale, culturale o politica, che non dipende da cause che nascono al proprio interno, che esiste una fascia di emarginazione, seppur ristretta numericamente, che è quella relativa al rifiuto della dichiarazione di appartenenza, che è in atto, particolarmente nella Bassa Atesina; un processo di assimilazione indotto da una parte dalla politica di separazione etnica e dall'altra dal vantaggio di appartenere al gruppo etnico di lingua tedesca. Infine, c'è una tendenza che porta i caratteri dell'irreversibilità di una diminuzione costante del gruppo etnico italiano.

A questo proposito vorrei aprire un inciso rispetto a quanto ha detto il collega Ferretti ieri. Se al collega Ferretti non interessa se gli italiani fanno la valigia e polemizza, ad esempio, contro il PSI, perché ritiene doveroso far presente questo fatto, padronissimo di farlo; credo, però, innanzitutto che dovrebbe essere coerente con il suo segretario Ravnani. Non capisco poi come l'Assessore Ferretti, in questo Consiglio o comunque nel contesto provinciale, possa farsi portavoce degli interessi del gruppo etnico italiano per poi dire che se se ne va qualcuno pazienza, tanto se ne devono andare, non prendendo atto ad, esempio, che la fuga da Bolzano ha una cadenza di un migliaio di persone all'anno, secondo tendenze che sono state riscontrate.

In questa mia prima parte di intervento ho cercato di enucleare i problemi fondamentali che sono presenti anche in modo drammatico nella vita politica e amministrativa della nostra provincia. Sono problemi inerenti alla politica della separazione etnica, all'aggravarsi delle tensioni fra i gruppi linguistici, al mancato decoro dell'autonomia come forma di democrazia e di autogoverno, ai problemi legislativi dello stato di diritto, ma più in generale al consolidarsi di un centralismo burocratico autoritario nel governo dell'autonomia come conseguenza, in parte, della natura stessa dello Statuto di autonomia e, poi, delle forme e dei modi della sua gestione.

Particolarmente in questi due anni si è verificato un fatto nuovo, fortemente negativo: la crisi economica ha investito, contrariamente a facili e forse strumentali previsioni, anche l'economia altoatesina con caratteristiche che non hanno solo aspetti congiunturali, bensì fondamentalmente strutturali. Questa crisi ha sconvolto e sta sconvolgendo sempre di più la fisionomia stessa della struttura produttiva dei servizi. Tale crisi è destinata ad avere ripercussioni non solamente sul terreno strettamente economico, ma forse anche ad incidere in modo decisivo sul rapporto qualitativo e quantitativo fra i gruppi etnici. Credo che ciò richieda un grosso sforzo di fantasia unito all'impegno civile e politico per lavorare nella prospettiva che l'inevitabile ristrutturazione, che dovrà passare a livello economico, pur nel rispetto delle leggi fondamentali che governano l'autonomia, sappia salvaguardare i diritti all'esistenza di tutti i gruppi etnici. Non può essere questo che uno sforzo di affrontare finalmente in modo serio e articolato i problemi connessi alla programmazione e quindi al ruolo, a mio avviso, fondamentale che la stessa Provincia è chiamata a svolgere.

re in questo campo.

Ci sono poi alcune cose che vanno dette rispetto al problema dell'economia e del LEP. I dati precedenti si riferiscono ai dati del triennio 1976-79 e dimostrano abbondantemente la debolezza della struttura economica in Alto Adige e facevano prevedere che in caso di cambiamento di congiuntura la situazione si sarebbe aggravata. Per quanto riguarda la struttura dell'occupazione, eravamo in presenza già nel 1968 di una disoccupazione del 2,94% per arrivare nel 1981 al 3,63%, certamente molto minore rispetto a quella nazionale. Ci sono altri dati che stanno ad indicare ad esempio come la politica economica precedente al LEP abbia influito negativamente nei rapporti fra i settori economici. In effetti la distribuzione della percentuale degli investimenti fissi lordi dimostrava alcune tendenze esplicite, e parlo di prezzi correnti. Nell'agricoltura si arrivava a 121,9 di aumento nel triennio, mentre nell'industria era solamente il 18; nei servizi destinati alla vendita era del 27; nelle comunicazioni e trasporti il 2; nel commercio e pubblici esercizi il 33 e nei servizi non destinati alla vendita il 77. Sono dati che già dimostrano un tipo di struttura.

Un altro dato deve andare analizzato in rapporto con quelli che sono alcuni principi di carattere economico. E' una tabella relativa al valore aggiunto, a prezzi costanti. Le variazioni dal 1976 al 1979 sono del 7,7% in più nell'agricoltura; del 20,8% nell'industria; nei servizi destinati alla vendita il 9,8%; nei servizi non destinati alla vendita lo 0,9%. Questa cifra è imponente per quanto riguarda la produttività di certi investimenti particolarmente dell'amministrazione pubblica. La stessa cosa avviene per quanto riguarda gli investimenti per occupati. Siamo in presenza di altrettanti dati che sono chiari ed espliciti. In agricoltura, sempre nel rapporto percentuale, dal 1976 al 1979 le variazioni sono le seguenti: 263,1% in più per l'agricoltura, 69,9% per l'industria e 172% per i servizi non vendibili. Risulta ancora più chiaro se procediamo ad un'analisi dei prezzi costanti, che sono più indicativi: il 133% per l'agricoltura, il 13% per l'industria, il 12% per i servizi vendibili, il -4% per il trasporto, per il commercio +16,3%, per i servizi di non vendita il 73,3%. Possiamo riscontrare questa analogia di dati in rapporto all'intervento economico effettuato dalla Provincia in questi anni.

Ma rifacendomi ancora al dato ultimo ufficiale del 1981, possiamo stabilire questi dati: che l'agricoltura ha avuto come fondi disposti dalla Provincia in campo economico e sociale il 69,2%, l'industria il 13%, l'artigianato il 6%, il commercio il 2%, il turismo e albergatori l'8,1%. Nella sostanza credo che questi dati dimostrino a sufficienza come il settore industriale da una parte sia stato completamente penalizzato, sia stato abbandonato a sé stesso, tanto è vero che i primi interventi di un certo rilievo stanno arrivando adesso, ma solo perché sono arrivate le leggi nazionali. E Ferretti ieri pomeriggio diceva che solo la DC era per i poli diffusi, ma è giusto invece dire che nessuno era favorevole ai grossi stabilimenti.

Io ho partecipato ai convegni fatti dalla Provincia sul piano economico nei primi anni del 1960 e ho seguito attentamente la situazione. E' giusto quindi fare riferimento a questo tipo di diffusione dell'industria,

peró é altrettanto vero che bisogna vedere a quali risultati ha portato, non in sé la forma con la quale si pensava di distribuire l'industria, ma come sono stati gestiti poi gli investimenti. Infatti, questa crisi sta cancellando tutta la fisionomia della struttura produttiva industriale e questo é dovuto anche in parte alla politica economica della Giunta provinciale, la quale ha aperto le porte a certe cose, con il risultato che le aziende, di fronte a certi incentivi, il capitale l'hanno investito, ma in modo precario nella previsione che appena finiti gli incentivi e al primo accenno di crisi se ne sarebbero andati; e questo é successo. Quindi, giusta la questione dei poli di sviluppo diffusi, però altrettanto ingiusta é stata la politica di intervento della Giunta in questo settore, che ha prodotto delle situazioni sbagliate, tanto é vero che sono saltate letteralmente anche per una serie di ragioni non solamente congiunturali, proprio per il tipo di struttura dell'investimento che ne veniva fatto.

C'è poi un altro problema che risulta da questi dati, e cioè che credo, sia pure dovendo giustificare come fatto positivo la considerazione del posto del lavoro, la possibilità della redditività dell'agricoltura, della tutela e difesa del suolo ai vari livelli, il risultato della politica economica é quello di aver operato nel senso di un eccessivo assistenzialismo in agricoltura. Questo dato emerge chiaramente dalle tabelle che ho fornito prima, ed é indiscutibile che preso sul piano economico diventa un'assurdità. E' chiaro che non voglio assumere i parametri economici come parametri fondamentali ai quali si deve adeguare la società; guai se fosse questo il problema; il problema é che si é andati molto al di là di quanto dovrebbe essere fatto a livello dell'agricoltura, per il numero dei fallimenti e delle situazioni fallimentari che si stanno sviluppando.

Un altro problema che volevo affrontare é quello che riguarda, a mio avviso, la situazione dell'industria in rapporto alle leggi nazionali recepite dalla Provincia. Ci sono dei gialli o almeno a me risultano tali, per cui attendo delucidazioni in merito. E' vero o non é vero che con i fondi della ristrutturazione si sono accantonati o spesi - non lo so bene, perché non é chiaro - 40 miliardi che sono stati destinati per l'acquisto di una rete di elettrificazione? Perché in questo caso ci sarebbe una sottrazione indebita di somme che sono vincolate al settore industriale. D'altra parte ci sono dei conti che non mi tornano. Ad esempio, per quanto riguarda il settore dell'industria, possiamo trovare questa situazione nella differenza fra entrate e uscite dal 1979 in poi: abbiamo nel 1979 39 miliardi di entrata e spesi 8 miliardi; nel 1980 30 miliardi di entrata e spesi 16 miliardi; nel 1981 67 miliardi di entrata e 18 spesi; nel 1982 22 miliardi di entrata e spesi 87. Nel 1983 gli stanziamenti previsti in modo esplicito sono 58 miliardi, per cui rimangono ancora 60 miliardi a disposizione, mentre sul piano triennale ci sono delle cifre che non quadrano, perché in entrata sono previste all'incirca 140 miliardi, e quindi più i 60 di questo fondo dovrebbero fare 200 miliardi. Questi soldi sul piano triennale non li vedo in uscita! Così un'altra volta nei confronti dell'industria si cerca un dirottamento di fondi, anche se vincolati, e destinarli ad altre funzioni.

Vorrei entrare brevemente nella questione del bilancio. Devo dare atto all'Assessore alle finanze di aver esposto alcuni termini in modo chiaro

e critico. Il primo elemento é che ci sono 600 miliardi di differenza fra il parametro 1,61 e 0,81 relativo al fondo nazionale, che a mio avviso non sono accertabili. Questo fa saltare la previsione di bilancio, perché non c'è possibilità di accertamento. Posso capire la richiesta che può essere stata fatta dalla Provincia nell'applicazione complessiva e globale dell'1,61, però sul fondo sanitario permettetemi di dire che non sono d'accordo. Non possiamo pretendere il privilegio di avere il doppio come pro-capite per abitante per quanto riguarda la sanità. E' un assurdo. Si dimostra poi che di questo fondo, previsto in entrata secondo il parametro 1,61, se ne destina poi solo lo 0,81 per il fondo sanitario provinciale. Come si fa a giustificare una cosa di questo genere? Ma poi ci sono questi 200 milioni che ad un certo punto vengono spartiti fra i vari Assessorati: non si capisce bene come. Rimane poi alla fine un capitolo con 81 miliardi, che é riferito ai provvedimenti nei settori socio-economici, ma mi chiedo con quale credibilità questo fondo possa essere sostenuto.

Un'altra cosa che riguarda l'Assessore alle finanze é la sua valutazione complessiva sul bilancio, che é quella dell'assoluta rigidità. Siamo di fronte a tre o quattro fattori che caratterizzano questa rigidità: 1. le restrizioni operate dallo Stato; 2. gli impegni pluriennali nei vari settori di intervento, che complessivamente rendono sempre meno agibile la possibilità di intervento; la crescita delle spese correnti e la diminuzione quindi delle cifre per l'investimento. Qui l'Assessore Molignoni introduce quello che io chiamo il criterio di gestione clientelare dei vari Assessorati, cioè nessun Assessorato ha voluto fare dei sacrifici, e così si sono distribuiti tra loro una parte di questi 200 miliardi.

Questa é la situazione, per cui si può dire che quando il bilancio presenta una rigidità di questo genere, é illusorio parlare di politica di programmazione per il futuro, perché cambiare una struttura del bilancio di questo livello é un'opera che prevede anni, quando invece la politica di intervento programmato ha bisogno di tempi brevi, veloci, di investimenti sicuri. Ma con la struttura di questo bilancio non é possibile farlo.

Chiudo perché la SVP ha bisogno di tenere una sua riunione. Credo che di fronte a quanto esposto, alle situazioni sulle quali mi sono basato nella mia esposizione, emerge sempre di più l'esigenza, così come avviene in campo nazionale, di un'alternativa complessiva, globale, che porti con sé nuovi valori di vita, nuovi modelli di comportamento e sostanzialmente nuovi parametri culturali rispetto al futuro. Oggi più che mai questa alternativa in Italia si presenta di grande interesse, sia pure con caratteristiche diverse, e questo problema dell'alternativa si pone anche a livello altoatesino. Non voglio fare campagna elettorale; dico però che su questo bilancio, sugli orientamenti politici che sono sottintesi, emerge la necessità che almeno quella parte più sensibile particolarmente della sinistra debba sentire l'esigenza di aprire quegli spazi culturali, sentire l'esigenza di confrontarsi con la crisi economica e occupazionale. Voglio dire per inciso che non é facendo l'operazione scorretta di Ferretti, nel dire: noi abbiamo salvato l'Alluminio Italia, che si cambiano le cose; l'Alluminio Italia si é salvata perché un consiglio di fabbrica ha saputo studiare fino in fondo tutte le conseguenze e tutti i problemi tecnici della ri-

strutturazione e su questo é stato possibile far partire e decollare un progetto che avesse fondamento.

Queste sono indicazioni valide per la creazione di un'alternativa anche in Alto Adige, che abbia non solamente delle prospettive velleitarie, ma fatte in modo da incidere profondamente nella struttura politica, amministrativa e culturale dell'Alto Adige.

**PRESIDENTE:** Sospendiamo ora la seduta fino alle ore 15. La seduta é sospesa.

ORE 12.30 UHR

-----

ORE 15.20 UHR

(Appello nominale - Namensaufruf)

**PRESIDENTE:** Riprendiamo la seduta.

Ha chiesto la parola il consigliere Buratti. Ne ha facoltá.

**BURATTI (SVP):** Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn meiner kurzen Ausführungen möchte ich es nicht versäumen, Ihnen, Herr Landeshauptmann, (er ist leider nicht anwesend) und Ihren Mitarbeitern, vor allem aber Landesrat Molignoni für die zeitgerechte Vorlage des Haushaltsvoranschlages für das Jahr 1983, der ja ein Sparhaushalt sein soll und sparen ist doch das oberste Gebot der Stunde, zu danken. Daß das nicht leicht war, beweist die Tatsache, daß die Verhandlungen über die Geldzuweisungen laut Art.78 des Autonomiestatutes erst am 21. Oktober stattgefunden haben, aber leider nicht den erwarteten Erfolg betreffs der Anwendung des Art. 78 auch auf dem Gebiet der Gesundheitsfürsorge gebracht haben, worauf wir aber keinesfalls verzichten werden. Auch heuer wird uns eine ausgeglichene Bilanz vorgelegt, die Einnahmen und Ausgaben von 1.152,4 Milliarden aufweist und damit die vom Vorjahr um 196 Millionen übersteigt. Während im Vorjahr die laufenden Ausgaben und die Investitionen sich die Waage hielten, und zwar 48,7 und 48,3% der Gesamtausgaben und -einnahmen bildeten, hat sich heuer der Prozentsatz verändert, und zwar sind die laufenden Ausgaben auf 21,2% emporgeschneit und die Investitionsausgaben auf 45,5% abgesunken. Die allgemein eingetretene wirtschaftliche Rezession hat hier bereits ihren Niederschlag gefunden.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann. Am Beginn Ihres Berichtes haben Sie auf die sinkenden Realeinnahmen hingewiesen, die sich auf alle Investitionen, sei es wirtschaftlicher, kultureller oder sozialer Natur auswirken werden. Sie haben richtigerweise einmal von den sieben fetten und den sieben mageren Jahren gesprochen, damals als man noch nicht glauben wollte, daß die so schnell ansteigende Kurve plötzlich einen Knick erfahren und eine ebenso schnelle Talfahrt antreten würde. Die wirtschaftliche Rezession, die sich zunehmend auf alle Gebiete des menschlichen Raumes auswirken wird, zieht sich wie ein roter Faden durch den gesamten Bericht unseres Landeshauptmannes. Er ist sich bewußt, wie er selbst ausführt, daß die Lan-



desregierung selbst die Notwendigkeit von konjunkturbelebenden Maßnahmen und sozialen Hilfen in unserem Lande sieht, denn man könne ja nicht Politik betreiben, ohne sich um die tatsächlichen Verhältnisse und Situationen, Notsituationen zu kümmern. Eine der schlimmsten Notsituationen ist wohl die der zunehmenden Arbeitslosigkeit. Wenn wir in unserer Heimat noch nicht mit Zahlen aufwarten können, die unter dem europäischen Durchschnitt liegen, so müssen wir doch alles Menschenmögliche unternehmen, um unseren Mitbürgern nicht nur das Recht auf Arbeit, sondern vielmehr einen Arbeitsplatz zu sichern. Hier muß vor allem das Land noch zielstrebig und bewußter seine Gelder einsetzen, um vor allem den noch heilen Betrieben aus Handel, Handwerk und Industrie den Weiterbestand und damit die bestehenden Arbeitsplätze zu sichern.

Ihren Aufruf, Herr Landeshauptmann, alles zu unternehmen, damit die Aufträge an einheimische Firmen gehen, sollte man beherzigen. Hätte man sich schon früher daran gehalten, so würden bestimmt einige Südtiroler Unternehmen besser dastehen. Aber große Schuld dieser heute so prekären Lage liegt wohl in der Hochzinspolitik, die mit anderen Faktoren nicht nur den Investitionswillen, sondern vor allem die Investitionsfähigkeit der Unternehmer lahmlegt. Hier muß der Staat eingreifen, aber was können wir uns von einem Staate erwarten, der bis über den Kopf hinaus verschuldet ist und trotzdem z.B. tonnenweise Fleisch einführt, das bestimmt größtenteils im eigenen Lande erzeugt werden könnte. Und was können wir von einem Staate erwarten, der seine Regierungen wechselt, wie sonst jemand das Hemd, aber lassen wir uns überraschen. Befürchten müssen wir allerdings, daß die wirtschaftliche Lage sich noch verschlechtern wird und so mancher Familienvater ums Auskommen bangen muß.

Gott sei Dank ist es nun gelungen, endlich die Ausschreibung von Staatsstellen zu erreichen. Somit haben viele Südtiroler die Möglichkeit, eine sichere Arbeitsstelle und zwar eine Lebensstelle zu erhalten. Nicht unerwähnt darf bleiben, daß die Zweisprachigkeit stark aufgewertet wurde und somit eine nicht unbedeutenden Reiz zur Besetzung einer Staatsstelle bildet. Erfreulich ist dieser Umstand vor allem für unsere arbeitsfähigen Jugendlichen, denen sich somit viele Möglichkeiten öffnen, denn daß auch in unserem Lande die Jugendarbeitslosigkeit ein ernsthaftes Problem darstellt ist mehr als wahr.

Schauen wir uns um in den Städten, aber auch in den Dörfern, wie es vor allem um diesen Teil unserer Jugend steht. Wir müssen immer wieder erleben, wie weit der Alkoholismus Eingang gefunden hat und wie stark schon die Drogenabhängigkeit verbreitet ist. Sogar vor Volks- und Mittelschülern macht die teuflische Plage nicht halt. Und Hand in Hand damit läuft die Jugendkriminalität. Zu diesem heiklen Thema, Herr Landeshauptmann, haben Sie meines Erachtens wenig ausgesagt. Wenn Sie ausführen, im Bereich der Drogenabhängigkeit, Sozialdevianz und Alkoholmißbrauch sind große finanzielle Schwierigkeiten zu überwinden, hauptsächlich, weil im Jahre 1983 der Landesverein "La strada - Der Weg" die seit vielen Jahren geplante Therapiegemeinschaft eröffnet wird. Für die Führung dieser Therapiegemeinschaft, sagen Sie, wird ein Beitrag notwendig sein. Damit allein werden wir leider die vielen Probleme nicht lösen können. Hier müssen wir alles unternehmen,

auch wenn es Geld kostet, um diesen teuflischen Plagen stärker an den Leib zu rücken. Die Jugendlichen, aber auch die Eltern und damit die Familien, alle würden dafür dankbar sein. Die unmöglichen und fast unmenschlichen Situationen in den betroffenen Familien können nur jene verstehen, die nächtelang, tagelang, ja monatelang auf ihren Sohn oder auf ihre Tochter warten, sie immer wieder aufnehmen, ihnen das letzte Geld geben und vieles andere mehr. Ich bin überzeugt, daß hier viel mehr Vorsorge getroffen werden muß als bisher. Das beste vorbeugende Mittel gegen diese unheimliche Geisel ist und bleibt ein guter Arbeitsplatz. Die Beschäftigungstherapie bringt immer gute Früchte. Bedingt jedoch durch die schon oft erwähnte wirtschaftliche Rezession in allen Wirtschaftszweigen, müssen wir einen zunehmenden Schwund an offenen Lehrstellen feststellen, der aber auch, wie man immer wieder hört, in den Nachbarländern zu verzeichnen ist. Ein zweiter Grund für das Fehlen von Lehrstellen bei uns ist unbedingt die Überzahlung des Lehrlings. Es ist einfach nicht tragbar, und das sehen Lehrlinge wie Eltern ein, daß ein Lehrling kaum weniger als ein Geselle ausbezahlt bekommt.

Zum ersten, weil er sich das viele Geld noch nicht verdient hat aber auch nicht verkraftet; und zum zweiten, weil der Lehrherr die große Belastung oft nicht verkraften kann, abgesehen von den sozialen und moralischen Auswirkungen dieser ungerechten Behandlung. Hier muß in Rom alles unternommen werden, um diesen vorhin erwähnten Zustand zu klären. Eine familiengerechte Wohnung ist und bleibt das Um und Auf für eine gesunde Familie, und die wollen wir ja alle. Gerade deshalb hat das Land größtes Gewicht auf die Linderung der auch heute noch leider bestehenden Wohnungsnot gelegt. Mit Stolz, Herr Stecher, können wir auf die vielen Eigenheime im ganzen Lande blicken, die mit Förderungsmitteln gebaut oder gekauft wurden. Daß Landeshauptmann Dr. Magnago das Wohnungsproblem sehr am Herzen liegt beweisen seine detaillierten Ausführungen in seinem Bericht. Auch ich bin der Meinung, daß man heute viel mehr Gewicht auf die Sanierung von Altbauten legen sollte und muß. Hier hinein fallen unter anderem auch die Sanierung der Altstadtzentren. Hier müssen nun endlich die Sanierungsprojekte verwirklicht werden. Ich weiß, mit welchen Schwierigkeiten diese Arbeiten verbunden sind. Ich nenne hier zuerst die schwierigen Bestandsaufnahmen, dann die nicht leichte Regelung der Besitzverhältnisse und zuletzt die Zurverfügungstellung von Parkwohnungen für die Bewohner solcher Stadteile. Die Wohnungen nämlich in den oberen Stockwerken wären auch im Zentrum der Städte schön und hell und nicht wenige Familien würden diese Wohnungen denen der Hochhäuser in der Peripherie bestimmt vorziehen.

Nicht unerwähnt lassen möchte ich hier in diesem Zusammenhang die Sanierungsarbeiten in unserer kleinsten Stadt, und zwar in Glurns, die uns vor Augen führen, was man aus dem alten Baubestand herausholen kann. Hier muß allen, von den Hauseigentümern über die Gemeindeverwaltung zu den Architekten und Ingenieuren bis zum Landesdenkmalamt, großes Lob gezollt werden. Durch diese Sanierung, die noch weitergeführt wird, ist es in der Stadt lebendiger geworden. Handel, Handwerk und Fremdenverkehr haben wieder ihren festen Platz im Wirtschaftsleben des alten Städtchens und bieten somit den jungen Menschen Arbeit, Brot und Heimat.

In großen Schwierigkeiten, und das wissen wir alle, befindet sich vor

allem das Baugewerbe, aufgrund der schwierigen Auftragslage. Dem kann man nur entgegenwirken, indem man, wie Sie gesagt haben, Herr Landeshauptmann, und ich bereits erwähnt habe, soviel wie möglich die einheimischen Betriebe zum Zuge kommen läßt. Trotzdem aber fürchte ich, daß es in diesem Wirtschaftszweig schon bald Arbeitsplatzsorgen geben wird. Dasselbe wiederholt sich aber auch im Straßenbau. Wenn Dr. Magnago in seinem Bericht ausführt, die übrigen Straßenbauten gehen rasch voran, ein Abschluß des Neubauprogrammes ist nunmehr abzusehen: So schön dieser Ausspruch klingen mag, ich denke dabei vor allem an die zum Großteil fertiggestellte Straße nach Jenesien und vieles mehr, so steht hinter dieser Aussage wohl auch ein bißchen das Gespenst der Arbeitslosigkeit.

Sehr schlecht steht es in unserer Heimat mit den Staatsstraßen, für die die Staatsstraßenverwaltung nur tröpfchenweise Geld zur Verfügung stellt. Neben der Pusterer- und Vinschgauer Straße, der Meraner Straße, der Zwölfer Straße durch Bozen gegen Süden, muß vor allem die Sarntaler Straße dringendst ausgebaut und abgesichert werden. Wir können es einfach nicht mehr hinnehmen, daß eine ganze Talschaft Tage, ja wochenlang von der Umwelt abgeschlossen bleibt und somit die Bevölkerung größten Schaden erleiden muß. An dieser Stelle aber möchte ich es nicht versäumen, dem Landesauschuß für seine überaus großen Bemühungen zu danken, die er für die Aufrechterhaltung der Straßenverbindung ins Sarntal geleistet hat. Zugleich aber möchte ich Sie, Herr Landeshauptmann, ersuchen, alles in Ihren Möglichkeiten Stehende zu tun, um das gravierendste Problem des Sarntales endlich einer Lösung zuzuführen. Der Bau der Meraner und der Zwölfer Straße ist meines Erachtens unbedingt vorrangig. Die beiden Straßen sind nämlich nicht nur äußerst wichtig als Zielstraßen, sondern wohl auch gleichzeitig zusammen mit der zu erstellenden Talferbrücke, und Gott sei Dank wird dies bald geschehen, zur Lösung des akuten Verkehrsproblems unserer Landeshauptstadt unbedingt notwendig.

Gerne lese ich, Herr Landeshauptmann, in Ihrem Bericht, daß der Baubeginn der Kläranlage südlich von Bozen im nächsten Jahr bereits geschehen soll und die Vergabe der Arbeiten zur Errichtung der Müllverwertungsanlage sogar noch heuer getätigt werden soll. Darüber werden sich vor allem auch die Mitbürger von Sigmundskron und Umgebung freuen, die in den vielen Jahren durch die Mülldeponie geschädigt worden sind. Vielleicht könnte somit bald das schon vor mehreren Jahren gemeinsam mit der Gemeinde Bozen ausgearbeitete Projekt für eine Freizeit und Sportzone für die Bevölkerung von Bozen realisiert werden.

Im Seilbahnwesen liegen keine Projekte für neue größere Anlagen vor, sagen Sie, Herr Landeshauptmann, auf Seite 13 Ihres Berichtes. Ich würde Ihnen gerne Glauben schenken, aber hier stellt sich die Frage, gibt es da nicht ein Projekt, das die Verdrahtung des CONFIN-Boden vorsieht? Sollen dort nicht zwei bis drei Lichtanlagen entstehen? Schützen wir bitte dieses Stückchen Landschaft, das wohl, ohne Übertreibung gesagt, eines der herrlichsten in unserer Heimat ist.

Da die Landesregierung den Natur- und Umweltschutz als vorrangig erachtet, ist neben den vielen urbanistischen Einschränkungen vor allem die Schaffung der Naturparke sehr lobenswert. Sie gewährleisten ja die Erhal-

tung unserer so schönen Landschaft. Für seinen Einsatz in dieser Sache gebührt dem zuständigen Landesrat ein großer Dank.

Erfreulich ist die Tatsache, daß der Fremdenverkehr in unserer Heimat in einer Zeit der Rezession sogar heuer höhere Ergebnisse zeitigt. Von einer Krise in diesem Bereich ist man gottlob noch etwas verschont geblieben. Deswegen bin ich auch mit Ihnen einverstanden, Herr Landeshauptmann, daß Investitionsbeträge für das Gastgewerbe weiterhin gesamtwirtschaftlich gesehen notwendig und sinnvoll sind. Das Gesetz aber über die Finanzierung von Krisenbetrieben, das wir wohl oder übel beschlossen haben, stößt in unserer Bevölkerung auf wenig Gegenliebe. Hier möchte ich Sie und den zuständigen Landesrat dringendst ersuchen, die Auszahlung dieser Beträge oder Hilfen strengsten Kontrollen zu unterziehen, ansonsten würden wir wahrlich an Glaubwürdigkeit verlieren.

Mit Ihren Aussagen über Schule und Kultur stimme ich vollkommen überein. Schule und die Erhaltung des angestammten Kulturgutes sind wohl die Eckpfeiler einer sprachlichen und völkischen Minderheit. Zur Erhaltung unserer Eigenständigkeit soll in den Schulen mehr als bisher ein heimatbezogenes Geschichtsbewußtsein geweckt werden und den Schülern die Tiroler Geschichte vor allem die der jüngsten Vergangenheit gemeinsam mit der unseres angestammten Vaterlandes vermittelt werden. Dazu allerdings braucht es die notwendigen Geschichtsbücher und Unterlagen, die zu beschaffen mit auch das Land bestimmt bereit sein wird. Wir wissen alle und sind davon überzeugt, daß die schulische Ausbildung immer wichtiger werden wird, denn vor allem in schweren Zeiten, und in solchen befinden wir uns heute, kann nur jener bestehen, der etwas kann und tüchtig ist.

Jetzt tritt wieder jenes Leistungsprinzip in Erscheinung, das in den Zeiten des Wohlstandes nur zu klein geschrieben worden ist. Hierzu könnten wir viele Beispiele aufzählen. Sehr positiv muß die Vorlage von zwei Gesetzentwürfen von seiten des Assessorates für öffentlichen Unterricht und Kultur für die deutsche und ladinische Volksgruppe gewertet werden. Die Regelung der Weiterbildung und des öffentlichen Bibliothekswesens ist gerade heute von äußerster Aktualität und Wichtigkeit. Da einerseits die berufliche Weiterbildung wie Umschulung und anders mehr lebensnotwendig geworden sind und andererseits die Bibliotheken in jeder Hinsicht äußerst wertvoll sind, weil sie, wie Art.1 des besagten Gesetzes aussagt, die Bibliographes und Informationsmaterial zur Verfügung stellen, Information war und ist immer von größter Wichtigkeit, die Kultur fördern und die heute so ausgedehnte Freizeit auf kreative und sinnvolle Weise gestalten helfen.

Bei dieser Gelegenheit muß ich unbedingt auf die so erspriessliche Arbeit unserer kulturellen Vereinigungen hinweisen, die wohl beispielgebend sind. Waren nicht auch Sie, Herr Landeshauptmann, begeistert von den Ausführungen der Musikkapelle Zwölfmalgreien am Sonntag im Waltherhaus? Es ist fast unglaublich, was hier geleistet wird. Und hier könnten wir neben dieser Gruppe noch viele andere Gruppen erwähnen, noch viele gleichliegende Beispiele und mit noch vielen gleichliegenden Beispielen aufwarten. Neben den kulturellen Auswirkungen darf man das soziale Moment dieser Vereinstätigkeit gerade in der heutigen Zeit nicht unerwähnt lassen. Deshalb bin ich überzeugt, daß die Beiträge auf diesem Sektor sich mehr als bezahlt machen.

Für die Vorlage des Jugendförderungsgesetzes oder wie Sie, Herr Assessor Zelger, es nennen, Förderungsgesetz für die Jugendarbeit in der autonomen Provinz Bozen-Südtirol, werden Ihnen nicht nur die Jugend, sondern nicht minder die Eltern dankbar sein. Dieses Gesetz wird unter anderem bestimmt mithelfen, die Jugendlichen zu motivieren und diese von der Straße wegholen. Wenn es stimmt, daß heute nur 30% der Jugendlichen in Jugendorganisationen und Gruppen erfaßt sind, dann gibt es auf diesem Gebiete sehr viel zu tun.

Das Problem der geistig und körperlich Behinderten muß weiterhin ein besonderes Anliegen der Landesregierung sein. Ich ersuche diese eindringlich, das zurückgewiesene Behindertengesetz baldigst der vierten Kommission weiterzuleiten, damit dieses mit so viel Mühe von seiten aller erstellte Behindertengesetz endlich zum Tragen kommen kann.

Den Landesrat Pasqualin möchte ich ersuchen, daß er vielleicht das Problem der Invaliden lösen möchte, die das 65. Jahr überschritten haben und heute noch keine Pension erhalten. Ich weiß, es sind bereits Zusammenkünfte mit dem Regierungskommissär geschehen, aber hier handelt es sich nur um die Kompetenzfrage, ob diese Pension von seiten des Landes oder von seiten des Staates, d.h. von seiten der INPS ausgezahlt werden kann.

Unverständlich ist für die meisten von uns, die sich mit Sport abgeben, die Tatsache, daß das in März des Jahres 1978 vom Landtag verabschiedete neue Landessportgesetz im Sinne des Autonomiestatutes nicht wieder vorgelegt werden konnte. Ich glaube, es wäre bald an der Zeit, in Rom zu einer Einigung zu kommen. Ich weiß, Herr Landeshauptmann und Herr Landesrat, daß es schwierig ist, aber es ist wohl nicht mehr tragbar, daß wir uns das gefallen lassen müssen.

Danken muß ich dem Landesrat Spögler für seinen besonderen Einsatz für die Entwicklung des Südtiroler Sportes, die nur durch die vielen gut ausgestatteten Sportanlagen zustande kommen konnte. Nicht so rosig in dieser Hinsicht sieht es allerdings in der Landeshauptstadt aus, wo noch so manche Anlagen fehlen. Ein kleiner Lichtblick aber ist die zu erbauende Sporthalle, deren Projekt bereits, wie wir wissen, die ersten Hürden gemeistert hat. Es ist erfreulich, wie viele Südtiroler vom Kinde bis zu den Senioren sich dem Sport widmen und somit einer Freizeitbeschäftigung nachgehen, die den sozialen, kulturellen und erzieherischen Bereich umfassen. Damit aber der Sport sich auf dieser Basis in unserem Lande weiterentwickeln kann, braucht es auch jene idealgesinnten Sportfunktionäre, die sich tagtäglich in den über 400 Sportvereinen des Landes unentgeltlich für den Sport einsetzen. Ihnen sei an dieser Stelle aufrichtigst gedankt.

Nun zum Schluß. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ein schön bestückter Haushaltsvoranschlag nützt nichts, wenn hierfür das nötige Geld fehlt. Wir wissen alle, daß die Dekrete für die Geldzuweisungen, ich meine die veränderlichen Anteile, noch nicht ausgestellt sind und die Zuwendung des veränderlichen Anteils für den Gesundheitsdienst noch nicht unter Dach und Fach gebracht werden konnte und das "ewige Rom" uns noch viele Milliarden schuldet und daß wir schließlich viele Millionen an Zinsen bezahlen müssen, die uns in der Kasse dann fehlen. Diese Tatsachen und die unabdingbare Forderung nach schnellster Ver-

wirklichung der noch ausstehenden Durchführungsbestimmungen werden Sie, Herr Landeshauptmann, und unsere Mitglieder in der Sechser- und Zwölferkommission und unsere Abgeordneten und Senatoren mit allem Nachdruck zu vertreten wissen. Erfreulich wäre, wenn die Aussage Senator Bruggers nach einer Aussprache mit dem designierten Ministerpräsidenten Fanfani sich bewahrheiten würde. Brugger erklärt: Fanfani hat sich sehr interessiert gezeigt. Es besteht jetzt eine gewisse Aussicht, die Dinge, die noch offenstehen, weiterzubetreiben, so wie sie von der vorigen Regierung hinterlassen worden sind.

Möge der Haushaltsvoranschlag für das Jahr 1983 gemeinsam mit dem Mehrjahreshaushalt Hilfe und Stütze sein, daß in unserer Heimat Krisen und Rezession nicht zu sehr anwachsen mögen und die Liebe zu unserer angestammten Heimat und der Einsatz für dieselbe immer größer werde. Damit würden wir die von Ihnen, Herr Landeshauptmann, angeführten Spannungen bestimmt abgebaut werden.

**FRANZELIN-WERTH (Sekretär - SVP):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Der Landeshaushalt sollte ein Reflex der wirtschaftlichen Lage und ein wesentlicher Schritt zu ihrer positiven Gestaltung sein. In einer Demokratie hat die Politik die Zukunft zu gestalten statt die Vergangenheit fortzuschreiben.

Der vorliegende Haushaltsplan ist aber eine Kopie der Ausgaben des Jahres 1982, was die einzelnen Ressorts betrifft, die nicht Fixausgaben, sondern Investitionen sind. Ausgehend von der Feststellung, daß im Jahre 1983 die Fixausgaben sich wesentlich erhöhen werden, mußte ursprünglich bei gleichbleibenden Einnahmen ein Fehlbetrag von 180 Milliarden festgestellt werden. Das Besinnen auf die uns zustehenden Gelder im Rahmen des Autonomiestatutes, Schlüssel, "Bevölkerung Fläche" auch im Gesundheitswesen, welche uns zwei Jahre nicht gegeben wurden, auf die wir aber offiziell nie verzichtet haben, welcher einen Differenzbetrag von 230 Milliarden ausmacht, hat unseren Haushalt Null nun dem Papier ausgeglichen. Die allseitige Angst, der Staat könnte uns diesen Haushalt nicht genehmigen, liegt wie ein Damoklesschwert über uns und hat dazu geführt sich nicht weiß Gott wie anzustrengen die Ausgaben der öffentlichen Hand neu zu überdenken und den neuen Erfordernissen einer veränderten Wirtschaftslage anzupassen. Es ist somit der Weg des geringsten Widerstandes gegangen worden und man hofft im Stillen auf die Genehmigung dieses Haushaltes, dann ist es noch einmal scheinbar gutgegangen.

Ich stelle aber die Frage, ist man trotzdem bereit im Falle, daß der vorliegende Haushalt genehmigt wird, im Nachhinein beim sicheren Vorhandensein dieser Einnahmen umzuschichten, um den Aussagen Hilfen einer Konjunkturbelebung zu bieten, um der sich immer stärker um sich greifenden Arbeitslosigkeit auch in Südtirol Einhalt zu gebieten. In letzter Zeit ist in vielen Dokumenten, sei es von seiten der Wirtschaft, aber auch von seiten der Arbeitnehmer auch von unserer Partei und nicht zuletzt im vorliegenden Bericht des Landeshauptmannes zum Ausdruck gekommen, was zu tun ist, was zu fördern ist, allerdings nicht konkret, wo es wegzunehmen ist. Es scheint fast so zu sein, wie wenn bei schlechten Zeiten ein Kochbuch zur Hand ge-

nommen wird und dort steht man, aber es steht nirgends woher.

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich kann einfach nicht glauben, daß die Zentralregierung ihre eigene Gesetze so mißachten kann, daß sie uns diese uns zustehenden Gelder nicht gibt. Ich werde schon ein Optimist sein, aber eines geht mir nicht ein; wenschon die Absicht zwei Jahre bestand im Gegensatz zum Inhalt des Art.80 des staatlichen Gesundheitsreformgesetzes 833 uns die Gelder nicht zu geben, warum hat man ausdrücklich am 7.8.1982 mit Gesetz Nr. 526 im Art. 5 auf diese uns zustehenden Gelder hingewiesen. Würden wir nun nicht fest auf diese Gelder, die uns zustehen pochen, würde es wirklich einem nicht Ausnutzen des Autonomiestatutes gleichkommen.

Sehr geehrter Herr Präsident! Wir sind alle gut beraten uns auf eine längerdauernde Krisensituation umzustellen. Das muß als Signal verstanden werden, rechtzeitig und vorbeugend auf die veränderte wirtschaftliche Situation und auf die erkennbaren Herausforderungen der Zukunft zu reagieren. Das bedeutet eine Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die den Fleiß, die Tüchtigkeit und vielleicht auch den Einfallsreichtum aller Südtiroler unterstützt und anerkennt. Gleichzeitig aber muß ganz ernstlich und dies auch im Wahljahr der Bevölkerung klargemacht werden, daß nicht alles und jedes vom Land gemacht werden kann, daß nicht für alles Subventionen da sein können, sondern daß zuerst der Bürger selbst all das leisten soll, was er kann und das Land nur korrigierend einwirken kann. Ich gebe zu, daß in den letzten Jahren die Bürger verwöhnt worden sind und sie auch so erzogen worden sind, nicht zuerst mit etwas zu beginnen bevor nicht nachgefragt wurde, ob es für diese oder die andere Arbeit nicht doch einen Beitrag des Landes gibt. Wenn es der eine bekommen hat, dann wäre es wohl blöd, wenn es nicht auch der andere ausnützen würde, so hat sehr oft die Devise geheißen. Ich glaube, daß es in diesem Zusammenhang vielleicht doch nicht so schlecht ist, in Zeiten der angehenden Krise auch darauf hinzuweisen, daß es eben nicht immer so weitergeht und daß der einzelne die Verantwortung dafür hat, wie das Südtirol von morgen aussieht, ob eingesehen wird für etwas Größerem zu sparen, d.h. für alle Arbeit und Brot zu sichern.

Gerade weil Südtirol keine Insel der Seligen mehr ist, einmal hat man es fast so zum Ausdruck gebracht, kann Südtirol nicht von der weltweiten Rezession ausgespart bleiben. Die Devise also, sparen und dort die Mittel einsetzen, wo sie auch einen Multiplikatoreneffekt erzielt. Es klingt fast unglaublich, daß wir noch vor zwei Jahren, als wir das Landesentwicklungsprogramm beschlossen haben, festgeschrieben haben alles zu unternehmen, um der Überhitzung der Konjunktur Einhalt zu gebieten, wenngleich damals es auch Ansätze gegeben hat, die als Ventil gedacht waren bei einer Umkehrung der Vorzeichen. Allerdings lassen jetzt die im LEP vorgesehenen beschäftigungsstabilisierenden Maßnahmen, die für den Fall von Rezessionseinbrüchen festgeschrieben waren, länger auf sich warten, als man es verantworten kann. Die hohe Geburtenrate der 60er Jahre hat heute zu einem Anstieg der Altersgruppen der 15 bis 25jährigen geführt, d.h. der Jugendlichen, die entweder einen Arbeitsplatz oder einen Ausbildungsplatz suchen. Diese Tendenz wird sich ab 1983, da seit einigen Jahren die Geburtenrate spürbar zurückgeht, umkehren. Aber hinzu kommt, daß immer mehr Mädchen auf den Arbeitsmarkt drängen. Aufgrund höherer Bildung ist die Erwerbsfreudigkeit ge-

stiegen, es wird Teilzeitbeschäftigung in verstärktem Maße gesucht, teils sind es wirtschaftliche Erfordernisse, teils Notwendigkeiten. Das Recht der Chancengleichheit gegeben sein muß, daß auch Mädchen einen Arbeitsplatz haben. Dazu kommt aber auch, daß Betriebe zusätzlich rationalisieren und auch, daß die Landwirtschaft noch weitere Arbeitskräfte freimacht.

Ich gehe nicht mit jenen konform, welche heute sagen, das LEP wäre schuld an der derzeitigen Wirtschaftslage. Nein, denn ein geschriebenes Wort kann überhaupt nicht beeinflussen, wenn der eigene Wille nicht da ist. Die LEP-Folgegesetze wenschon hätten die Steuerung gebracht, es ist aber nur das Raumordnungsgesetz verabschiedet worden. Es könnte heute natürlich eine flexiblere Handhabung in bestimmten Bereichen von Nutzen sein, weil die Gefahr der Spekulation in einer Krisensituation nicht mehr gegeben ist. Was aber zu ändern ist, sind die Strukturdaten, die 1980 für 80 bis 82 als Ausgangsbasis gedient haben. Diese Daten wurden aber bereits damals 1980 von den Innsbrucker Professoren heftig kritisiert. Heute müssen ihnen alle recht geben. Wenn man sich vorstellt, daß aufgrund der Strukturdaten für das Jahr 1981 ein Wachstum von 2913 Arbeitsplätze prognostiziert waren, daß beispielsweise festgeschrieben war, daß der Nachwuchs 7144 betragen hätte, Ersatzbedarf 5.025. Man hat einen Expansionsbedarf, wie gesagt, einmal aufgrund der öffentlichen Stellen von 343 und aufgrund der im Energiebereich und der Ökologie zu schaffenden Arbeitsplätze 167 ein Wachstum von 2.913 Stellen vorgesehen und somit einen Fehlbetrag an Arbeitskräften von 1.295 prognostiziert. Für 1982 ein Wachstum von 2.971 Arbeitsplätze, und einen Fehlbedarf von 1302 Arbeitskräften, wengleich man mindestens noch 5.500 provinzfremde Arbeitskräfte vorgesehen hat, dem gegenüber wir heute im Bericht des Landeshauptmannes die Ziffer herauslesen müssen, sie ist ja allen bekannt, daß derzeit 4.617 Arbeitslose eingeschrieben sind, davon 2.763 eine Arbeit suchen, und dazu noch zu sagen ist, daß nicht alle sich beim Arbeitsamt melden, weil viele glauben selbst eine Stelle zu finden. In einem Bericht der Wirtschaft war neulich aus Zahlen der Erhebung der Handelskammer für das Jahr 1981 zu entnehmen, daß allein im Industriebereich im Jahre 1981 zirka 1000 Arbeitsplätze weniger geworden sind, dazu noch im Baugewerbe weitere 1.150 Einheiten, so glaube ich, war die Prognose weit gefehlt. Nachdem das aber als Grundlage für weitere Aussagen gedient hat, ist es notwendig diese Strukturdaten zu ändern und daraufhin die einzelnen Korrekturen vorzunehmen, die im gesamten eigentlich nicht sehr zu verändern sind, wohl aber einiges durchzuführen, was hier aufgezeichnet ist, aber in keiner Weise noch begonnen wurde durchzuführen, obwohl es bereits für das Jahr 1980 bis 1982 vorgesehen war. Ich glaube also, daß mit einer kleinen Anstrengung diese Korrektur gemacht werden kann, aber dann konkret auch darauf hingewiesen werden muß, daß die hier aufgezeigten Maßnahmen durchzuführen sind. Denn die Zielsetzungen mit dem vorhandenen Raum sparsam umzugehen bleibt weiterhin, die vorhandenen Mittel so einzusetzen in Bereichen, die wir brauchen haben Gültigkeit, nur müssen wir konkret schauen, wo die besten Auswirkungen sind.

Nachdem vom Phänomen Arbeitslosigkeit ja auch alle meine Vorredner gesprochen haben und auch auf die Gott sei dank derzeitigen Möglichkeit der aufgesparten Staatsstellen gesprochen haben, möchte ich dies nur unter-



streichen. Im Nachhinein müssen wir froh sein, daß vor zwei Jahren, als unsere überhitzte Konjunktur noch bestanden hat, der Aufnahmestopp bei den Staatsstellen war, damit sie uns für diesen Moment geblieben sind, wo wir sie am notwendigsten brauchen. Nachdem die Staatsstellen nicht unbedingt für die Jugend gedacht sind, welche derzeit eine Arbeit als erst Arbeit suchen, weil jemand ja 18 Jahre alt sein muß um in den Staatsdienst zu gehen, so glaube ich aber doch, daß durch die Inanspruchnahme der Staatsstellen im Wirtschaftsbereich Arbeitsplätze frei werden können. Wenn ausgebildete Arbeitskräfte in den Staatsdienst gehen, und in den verschiedensten Bereichen braucht es auch Handwerker, beispielsweise bei der Eisenbahn und auch bei anderen Staatsstellen gibt es Stellen für qualifizierte Arbeiter, so kann es sein, daß in der Privatwirtschaft in Industrie und Handwerk vielleicht Lehrlinge aufgenommen werden.

In diesem Zusammenhang ist es deshalb auch gerechtfertigt, den Unternehmern im Handwerk und Industriebereich Ausbildungsbeihilfen zu geben, sofern sie Lehrlinge ausbilden, weil sie, wie wir hier auch sehen können, unter Umständen auch für andere die Ausbildung übernommen haben und diese Ausbildung, die sie den Lehrlingen angedeihen haben lassen, nicht unbedingt ihrer Branche später zugute kommt. Und somit glaube ich, ist diese Ausgabe gerechtfertigt.

Wenn wir aber von Staatsstellen oder von der Besetzung von Staatsstellen reden, so glaube ich, ist es auch notwendig den Südtirolern, die immer noch die Angst vor den Wettbewerben haben, Hilfen anzubieten und ich meine ganz einfach die Vorbereitungskurse auf die Wettbewerbe müssen intensiviert werden. Diese Wettbewerbsvorbereitungen müssen dezentralisiert aufgrund eines konkreten Programmes abgehalten werden, damit unsere Leute auch den Wettbewerb bestehen um dann die Stelle zu besetzen. Ferner wird es notwendig sein, daß bei den zuständigen Stellen interveniert wird, daß so schnell als möglich die Wettbewerbssieger auch ihre Stellen antreten können. Es ist viel leichter gesagt, man solle sich für eine Staatsstelle bewerben, wenn die Leute dann kommen und sagen, wann kann ich diese Stelle antreten. Wenn es oft ein Jahr dauert bis sie eingestellt werden verlieren sie sehr oft auch die Freude an dieser Stelle, wenngleich heute jeder weiß, daß es sich lohnt auf eine Staatsstelle, auf eine öffentliche Stelle zu warten, weil sie vor allem die Sicherheit des Arbeitsplatzes bietet, welche heute mehr wiegt als vor einigen Jahren. Und weil es notwendig ist im Zusammenhang mit der Arbeitsplatzsicherung auch von Bildung zu reden, ist es notwendig hier eine Aussage zu treffen und ich meine, daß in Südtirol auch das gesamte Bildungssystem speziell im Bereich der oberen Sekundarstufe stark reformbedürftig ist. Es fehlt sehr oft die Koordination der einzelnen Schultypen und die Abstimmung mit dem gesamten Berufsschulssystem. Besonders schwerwiegend wirkt sich die Lücke nach Beendigung der Mittelschule aus. Darüberhinaus greifen die flankierenden Maßnahmen über die Arbeitsvermittlung, Bildungsplanung, Berufsberatung und Arbeitsmarktforschung nicht immer. Ein Teil dieser Ämter ist unterbesetzt oder hat eine zu bürokratische Arbeitsstruktur oder arbeitet sehr oft arbeitsweltfern.

Schade daß Landesrat Zelger nicht da ist, denn ich hätte ihm gerne die Frage gestellt, ob er, was die Bildungsplanung betrifft, glaubt diese

Stelle wieder zu besetzen, denn ich glaube, es kommt der Bildungsplanung schon eine bestimmte Bedeutung zu, wenn eine konzertierte Aktion im Gesamtbereich zu machen ist. Ich war eigentlich schockiert, als bei der Haushaltsänderung die letzte, die wir gemacht haben, für das Jahr 1982 der gesamte Betrag der Bildungsplanung, d.h. acht Millionen von den bereits knappen 10 Millionen, umgeschichtet wurden. D.h. mit anderen Worten, daß man vorhatte oder vorhat nichts in der Bildungsplanung zu tun. Vielleicht kann ich nachher diese Frage noch einmal aufwerfen. Heuer finden wir wieder die gleichen 10 Millionen Lire im Haushalt ausgewiesen, die Frage bleibt, wird man oder will man heute etwas tun. Im Bildungsbereich, glaube ich, ferner, haben wir uns, gerade wenn wir von Jugendkriminalität und Drogensucht, usw. reden, oft wenig praktische Gedanken gemacht haben, wo man auch intervenieren könnte. Wir haben vor kurzem im Bezirksausschuß der SVP-Frauen von Meran die Diskussion abgeführt, ob es nicht sinnvoll sein könnte den Rekruten ein Weiterbildungsangebot zu unterbreiten um ihnen die viele Freizeit, die sie haben helfen etwas sinnvoller zu gestalten. Vielleicht wüßte der eine und der andere somit, was mit seiner Freizeit anzufangen und wäre nicht so anfällig den verschiedensten Verlockungen, die da sind. Das viele Ausgehen bedingt dann auch das Hineinkommen in bestimmte Kreise, das Anbieten von Drogen, usw. Ich glaube, daß es notwendig sein wird ein verstärktes Programm anzubieten, was natürlich auch etwas kostet, ich bin der Meinung, daß es gut eingesetzt ist, wenn wir hier versuchen solche Hilfen anzubieten. Allerdings braucht es hier auch die Hilfe vorort, auch der verschiedensten Vereine, die sich in diese Richtung engagieren um die jungen Leute, diese Rekruten, anzusprechen, speziell dort wo Kasernen sind.

Weiters haben wir vergeblich voriges Jahr in der Finanzkommission die Milliarde Lire umgeschichtet, um das Weiterbildungsgesetz in den Landtag zu bringen, ich meine im Jahre 1982. Es ist nicht gelungen, hoffentlich gelingt es im kommenden Jahr, daß es zumindest innerhalb dieser Legislatur noch über die Bühne geht. Das Jugendförderungsgesetz ist schon angekündigt, daß es demnächst zur Verabschiedung kommt d.h. vorgelegt wird. In diesem Zusammenhang aber, glaube ich, ist es notwendig, daß wir versuchen eine Koordinierung vorzunehmen, daß man die Förderungsmittel konzentriert. Wenn wir aufgrund des ersten Amtsblattes das herausgekommen ist, welches die Beiträge dargelegt hat welche in den verschiedensten Bereichen ausgegeben werden, so konnte man feststellen, daß sich die Bereiche sehr oft überschneiden. Ich meine, daß Jugendförderung teils Bildung, teils Freizeit sein wird und daß es hier sicher so sein muß, daß die Gelder konzentriert werden müssen, was Jugendförderung betrifft. Man muß auch hier einmal durchsehen; wer bekommt wo was und nicht, daß jeder überall die Anträge stellen kann. Ich habe vor kurzem einen Satz gelesen, von dem ich glaube, daß er auch hier eine Berechtigung hat: "Entscheidungen einer Regierung werden auch danach zu beurteilen sein, ob sie für die Jugend das Beste tut, vor allem danach ob sie ihr eine gute Bildung mitgibt." Ich glaube das ist sicher auch ein Satz für uns und etwas was wir zu beherzigen haben.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sie haben, nach den Überlegungen der Wirtschafts- und Beschäftigungslage, Aussagen zu den einzelnen Bereichen der Tätigkeit der Landesregierung angestellt und sie haben mit dem so-

zialen Wohnungsbau begonnen und Sie haben ihm damit eine Priorität gegeben. Auch vor kurzem haben wir in einer Pressemitteilung gelesen, daß Landeshauptmann Wallnöfer die Erklärung abgegeben hat, daß für ihn nach dem Arbeitsplatz die Wohnung und dann das Schulwesen kommt. Auch in unserem benachbarten Nordtirol setzt man diese Prioritäten. 130 Milliarden frische Mittel sind für den sozialen Wohnungsbau für das kommende Jahr indiesem Haushalt ausgewiesen und sehr geehrter Herr Landeshauptmann, die Darlegung wie das Einsatzprogramm auszusehen hat oder aussieht, so wie es hier dargelegt ist, ist etwas zu wenig koordiniert. Ich habe mir vorgestellt, daß es zumindest bei der Diskussion um den Haushalt gelingen müßte, ein klares Bild zu bekommen, wie die Wohnbauförderung, ich meine im Bereich der Kleinsparerförderung, für das Jahr 1983 aussieht. Denn ein ganzes Jahr Stillstand bedeutet Unsicherheit für diejenigen, die eine Wohnung brauchen. Das bedeutet, daß sie dauernd nachfragen, wie es im kommenden Jahr aussehen wird und wenn man ihnen immer nur die Antwort geben muß, fragen Sie in einem Monat nach, fragen Sie in zwei Monaten nach, dann werden sie nervös, denn gerade jetzt gibt es sehr oft günstige Gelegenheiten, die es eigentlich im Rahmen unserer Sparmaßnahmen, die wir zur Zeit predigen, gelten würde, ausnützen zu können. Das kann man nicht, denn ich persönlich getraue mich niemandem zu sagen, schließen Sie nur einen Vorvertrag ab, im nächsten Jahr werden sicher die Möglichkeiten da sein. Denn ich kann die Verantwortung nicht übernehmen, wenn jemand gezwungen ist, vielleicht noch ein ganzes Jahr die Zinsen selbst zu übernehmen. Deshalb glaube ich, daß es notwendig ist, daß man wirklich jetzt die Aussage trifft, wie es im kommenden Jahr aussieht, denn laut geltendem Gesetz Nr.16 vom 5.Mai 1982 heißt es: mit 1.1.1983 beschließt der Landesausschuß, daß man mit der laufenden Wohnbauförderung weiterfährt. Es gilt aber gleichzeitig zu sagen, wieviel Beiträge zur Verfügung gestellt werden, damit wir nicht in denselben Engpaß gelangen, wie es uns im Jahre 1981 passierte. Deshalb glaube ich, daß es schon möglich sein müßte, klar zu sagen, ob die Prognose, die man hier im zweiten Abschnitt angestellt hat, auch Gültigkeit hat, bzw., daß heute der Wille bekundet wird, ich meine in der Replik zu diesem Haushalt, daß auf jeden Fall ein Termin eröffnet wird. Ich kann einfach nicht glauben, daß es jemanden hier in diesem hohen Hause geben wird, der nicht einsieht, daß nach einem Jahr Ansuchstopp auf jeden Fall die Möglichkeit im Jahr 1983 gegeben sein muß. Ich glaube auch nicht, daß im Falle einer Kürzung es unbedingt der soziale Wohnbau sein kann, der gekürzt werden muß, wenn alle Aussagen, die wir bisher in den verschiedensten Gremien gehört haben, sei es in der Presse, sei es von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, sei es im Dokument des Partelausschusses, Priorität der Wohnbauförderung gegeben haben, weil man erkannt hat, daß gerade Wohnbauförderung, ich meine Wohnungsbau, in erster Linie Ankurbelung der Wirtschaft bedeutet und wir darauf bedacht sind, Arbeitsplätze zu schaffen. Denn Bauen von Wohnungen bedeutet Ankurbelung der Bauwirtschaft, gleichzeitig aber Industrieförderung, Förderung von Handwerk und auch Handel, denn immer wird etwas Neues gekauft wenn eine neue Wohnung bezogen wird. Deshalb glaube ich, daß gerade im Wohnungsbau der größte Multiplikatoreffekt erzielt wird, und somit in diesem Bereich sicher die beste Einsetzung des Geldes gewährleistet ist. Denn

Wohnungsbau, wie schon gesagt, bringt diese Vorteile, Wohnungskauf bewirkt, daß vielleicht in Not Geratenen geholfen werden kann wenn sie ihre Wohnungen absetzen können; dem anderen ist geholfen, daß er die Wohnung bekommt, der andere ist froh, wenn er sie verkaufen kann. Wenn keine Fördermittel gegeben werden, kann sich der Kreis in dieser Richtung nicht schließen.

Weiters, was die Wohnbausanierung betrifft, bin ich sicher der Meinung, daß es, so wie die Aussage im Bericht des Landeshauptmannes lautet, Arbeitsplätze bringt, wenn im verstärkten Maße saniert wird. Nur gilt es hier, auch darauf zu achten, daß wirklich zusätzlicher Wohnraum geschaffen wird. Bisher bis 1980 hat ja nur das System gegolten, daß jemand die eigene Wohnung saniert hat, das hat bewirkt, daß eben die Wohnqualität verbessert wurde und derjenige, der eine schlechte Wohnung hatte eine bessere bekommen hat, das ist sicher eine gute Sache, nur kann in diesem Fall nicht von zusätzlichen Wohnungen geredet werden. Es wird immer wieder darauf hingewiesen, daß Zusatzausweichwohnungen geschaffen werden müssen, um die Sanierung durchzuführen. Ich möchte aber auch sagen, daß es notwendig sein wird, auch im Rahmen der Durchführungsbestimmungen, die zum Wohnbaugesetz bestehen, auch für diejenigen Punkte vorzusehen, die aufgrund der Tatsache, daß Wohnungen saniert werden auf die Straße gestellt werden. Ich war bis vor kurzem der Meinung, daß diejenigen, welche eine Wohnung verlassen müssen weil die Wohnung saniert wird, wieder in die Wohnungen zurückkommen können. Das stimmt nicht. Denn der Absatz 2 sieht vor, daß in diesem Fall jemand auch auf die Straße gestellt werden kann. Laut geltenden Wohnbaugesetz aber bekommen diese keine Punkte für Zwangsräumung. Die einzelne Familie ist gleich schwer getroffen, ob sie aufgrund dieses Artikels oder jenes Artikels auf die Straße kommt. Wenn sie auf der Straße ist, ist sie einfach gezwungenermaßen gleich zu behandeln. Wenn es uns also nicht gelingt, daß durch Privatverhandlungen diese Leute wieder in die Wohnungen hineinkommen, muß man auf der anderen Seite auf jeden Fall dem Rechnung tragen. Ansonsten hat sicher der Anreiz zur Sanierung seine Wirkung verfehlt. In der Zwischenzeit, also bis fertig saniert ist, braucht es, auch wenn jemand den Willen dann haben sollte, diese Leute wieder hineinzunehmen oder andere Leute hineinzunehmen, auch Möglichkeiten wohin sie ausweichen können und diese haben wir nicht. Wir haben wohl die diesbezügliche Gesetzgebung aber wie es dann konkret aussehen soll, wissen wir noch nicht. Wir haben beispielsweise in Amsterdam gesehen, daß sie Baracken dort haben und man hat uns gesagt, daß gerade ältere Leute nicht mehr von diesen Baracken herausgehen wollen, weil die kleine Wohnung für sie geeigneter wäre und sie wollen nicht mehr zurückgehen, weil sie nachher mehr zahlen müssen. Also hier muß wirklich etwas getan werden, wenn man ernstlich darangehen will, auch dies anzukurbeln. Ich glaube aber auch, daß nicht alles nur Schuld der Gesetze ist, wenn bisher die Sanierung von seiten der Bauwirtschaft nicht den Zuspruch bekommen hat, sondern man hat vielleicht die Rentabilität noch nicht erkannt.

Also ich möchte somit nocheinmal meinen Antrag wiederholen, der so aussieht, daß es unbedingt notwendig ist, jetzt zu sagen, wann der Termin im nächsten Jahr aufgeht, wieviel zugelassen werden können. Wenn auch eine kleinere Anzahl zuerst festgelegt wird, besteht immer noch die Möglichkeit,

daß vielleicht im Laufe des Jahres mehr Gelder zur Verfügung gestellt werden können, dann können noch weitere im Nachhinein zugelassen werden. Denn unser bereits geltendes Gesetz sieht ja vor, daß, wenn die laufende Zulassung gegeben ist, und die Haushaltsmittel nicht reichen, die in diesem Jahr nicht zugelassenen chronologisch die ersten im darauffolgenden Jahr sind. Sind weniger Ansuchen, dann kann im darauffolgenden Jahr eine Rangordnung gemacht werden. Von da her ist es wichtig, wenn man sagt, es kommen 400 oder es kommen 500 zum Zuge, wenn mehr Ansuchen kommen, kann man den anderen sagen, paßt auf, Ihr könnt erst das nächste Jahr zugelassen werden. In diesem Zusammenhang ersuche ich einmal nachzudenken, ob es nicht sinnvoll sein könnte, gleich wie bei den öffentlichen Arbeiten Landesrat Rubner die Möglichkeit hat, zumindest für einen bestimmten Betrag, den man sich vorstellt, der auf jeden Fall im Bereich des sozialen Wohnungsbaus ausgegeben wird, auch über 3 Jahre hinweg die Geldmittel zu verpflichten, weil sie ja ohnedies erst in den späteren Jahren ausgegeben werden, dann hätte man die Möglichkeit, besser zu planen, die Leute könnten schneller arbeiten und wüßten natürlich wann sie die Finanzierung bekommen. Könnten unter Umständen die Vorfinanzierung übernehmen oder auch im Rahmen der geltenden Gesetze, bis zu 2 Jahren die Vorfinanzierung vom Land übernommen werden, und man hätte die Möglichkeit schneller zum Ziele zu kommen. Das glaube ich wäre eine Überlegung wert.

Wir sprechen dauernd von zu wenig Geld und es ist in der Tat auch so, es scheint hier im Bericht genau auf, daß es noch Gelder braucht, um die alten Programme zu realisieren und in diesem Zusammenhang wissen wir, daß noch 30 Milliarden fehlen, welche die Banken aufbringen müssen, damit über die Bodenkreditanstalt die alten Verpflichtungen abgedeckt werden können. Es scheint so, als ob man nicht sehr gerne diese Obligationen abnehmen möchte, weil man sagt, daß zu wenig Gelder da wären und daß man im Bereich der Wirtschaft jetzt verstärkt Darlehen geben muß, was die nun in Fluß gekommene Industrieförderung betrifft und auch was die Umschichtung der Schulden der Krisenbetriebe im Gastgewerbe betrifft. Deshalb sollen angeblich die Gelder für den sozialen Wohnungsbau fehlen. Ich hoffe, daß es in den nächsten Tagen gelingen wird, diese Gelder doch für den sozialen Wohnungsbau aufzubringen, denn ich darf in Erinnerung rufen, daß wir derzeit eine Situation haben, die so aussieht, daß alle jene, welche ab 10. Juni die vollständigen Unterlagen beim Wohnbauamt eingebracht haben, und zwar aufgrund einer Verordnung, die besagt, daß innerhalb 30. Juni die technischen Unterlagen alle da sein mußten, mit ihrem Bau begonnen haben, in der Hoffnung nach Baufortschritt das Geld zu bekommen. Einige, die das Dach schon aufgesetzt haben, mußten teure Vorfinanzierungen aufnehmen und haben noch keine Aussicht, in absehbarer Zeit das Geld zu bekommen. Es ist für diese Leute eine Riesenbelastung wenn sie nicht planen können wie es aussieht, wann sie das Geld bekommen. In diesem Zusammenhang bitte ich zu überlegen, ob es nicht möglich sein könnte, im Rahmen der bestehenden Gesetze oder zumindest mit einer Änderung der Norm, die Möglichkeit zu geben, daß diese Leute, welche jetzt inzwischen begonnen haben, selbst die Finanzierung bei örtlichen Banken aufgesucht haben, die Vorfinanzierungszinsen im Nachhinein zu übernehmen, so wie das Land für die anderen, die ganz normal das Geld

termingerechtem bekommen haben, auch die Vorfinanzierung übernommen hat. Das schiene mir gerechtfertigt zu sein und gleichzeitig würde es dem Land auf der einen Seite nicht mehr kosten, zumindest nicht mehr als es als Verpflichtung übernommen hat, und zum anderen hätte man diesen Leuten wirklich geholfen, daß sie vielleicht doch wieder schlafen können. Denn ich glaube, daß viele, wenn sie diese Beträge der Zinsen sehen, es nicht mehr schaffen. Ich möchte aber auch sagen, daß die größte soziale Ungerechtigkeit jene ist, wenn die einen alles haben und die anderen nichts haben. Und wir haben derzeit eine Situation, daß aufgrund unserer Gesetzesmechanismen viele noch nicht zurückzahlen können, obwohl sie längst zurückzahlen hätten müssen. Wir warten auf der einen Seite auf die Rückflüsse damit wir sie auf der anderen Seite ausgeben können; wir wissen, daß zur Zeit, ich habe mich vor kurzem erkundigt, ungefähr 500 Anträge, die von Wohnbauhilfeempfängern, die bereits ihre Arbeit abgeschlossen haben, ihre Darlehen alle bekommen haben, eingereicht wurden, nun beim Raiffeisenverband des Abschlusses der Verträge harren. Sicher ist, daß diese heuer nicht mehr die Verträge abschließen und somit auch nicht heuer zurückzahlen. Nachdem wir aber in unserem Gesetz auch drinnen haben, daß die Vorfinanzierung und Vorammortisierung nur für zwei Jahre gewährt wird, würde das bedeuten, daß diese Leute eigentlich bereits schon die Zinsen zahlen müssen. Ich würde also vorschlagen, daß man diesen Leuten, weil sie selbst ja nichts dafür können, weil es früher nicht möglich war zurückzuzahlen, nicht die Zinsen aufrechnet, sondern ihnen mitteilt, daß sie auf jeden Fall das Geld bereithalten müssen, daß sie zu dem Zeitpunkt, also wenn zwei Jahre, was die Vorfinanzierung betrifft, vergangen sind, auf jeden Fall mit der Abzahlung beginnen müssen, denn auch wenn ein halbes Jahr später erst der endgültige Vertrag gemacht wird, sind diese Beträge geschuldet. Man muß es den Leuten nur jetzt sagen, daß sie das Geld auch aufbringen. Denn ich glaube nicht, daß es richtig ist, daß diese die Wohnungen haben, in der Wohnung drinnen bleiben können ohne sozusagen Miete zu bezahlen und die anderen überhaupt nichts mehr bekommen. Ich bin schon dafür, daß man die Dinge global sieht und daß man allen im Rahmen des Möglichen hilft. Von da her scheint es mir auch möglich zu sein, daß wenn dann diese Gelder die zurückkommen, für die Zusatzfinanzierungen der alten Gesuchsteller herzunehmen und wir auf jeden Fall mit den frischen Mitteln ein neues Programm für das kommende Jahr beschließen.

Ich bitte, auch die Durchführungsbestimmungen was den Austausch der Mitglieder in den Genossenschaften betrifft abzuändern und dies schnell zu machen, es ist bereits längst schon versprochen. Aufgrund der neuen gesetzlichen Bestimmungen verfällt praktisch der Beitrag mit dem Austritt eines Mitgliedes aus der Genossenschaft. Es ist einfach nicht tragbar, daß eine Genossenschaft, die restlichen Mitglieder, die Finanzierung weiter aufbringen müssen, weil der andere nicht eintreten kann, nur weil es keine neuen Ansuchen gibt und auf der anderen Seite keine Möglichkeit des Austausches da ist. Deshalb bitte ich, daß zumindest diese Durchführungsbestimmungen abgeändert werden. Gleich wie auch die Punkte für das Notstandsgesetz verringert werden müssen, um der veränderten Situation, die wir vorfinden auch Rechnung tragen zu können. Denn es geht nicht an, wenn man in anderen Sparten die Krisenbetriebe sieht, in diesem Falle, aber die Notstandsfälle,

aufgrund unserer Gesetzesbestimmungen nicht berücksichtigt werden können.

Im Fremdenverkehrsbereich habe ich festgestellt, daß für das heurige Jahr und hier bin ich eigentlich erst daraufgekommen, daß nicht dieselben Beträge wie im letzten Jahr für jedes Assessorat beschlossen wurden, sondern daß die Beträge des letzten Jahres erhöht um die Beträge der neuen Annualitäten vorgesehen sind. Somit sind auch im Bereich des Fremdenverkehrs 800 Millionen Lire für neue Förderungen vorgesehen. Hier stellt sich die Frage wie diese Gelder in Zukunft eingesetzt werden, laut nun in Kraft getrettem Gesetz, und da, glaube ich, haben wir beschlossen im Rahmen des L.P. müssen diese Gelder eingesetzt werden. Heißt das, daß - und wenn ich wörtlich die Aussagen hier zitier - "Förderung von qualitativen Verbesserungen und in einigen wenigen noch unterentwickelten Gebieten noch Quantitätsverbesserung?" Dies ist eine Frage die ich stellen möchte. Im übrigen muß ich unterstreichen, daß es Gott sei Dank im Bereich des Fremdenverkehrs eine 10 prozentige Zunahme der Übernachtungen gegenüber dem vorigen Jahr gegeben hat, und somit auch die Arbeitslosigkeit, nicht so sehr spürbar gewesen ist und bisher nicht so zum Vorschein gekommen ist, wenngleich dies wahrscheinlich jetzt mehr zum Ausdruck kommt. Ich glaube also, daß es im Bereich des Fremdenverkehrs unbedingt darauf ankommt, im Bereich der Werbung öffentliche Gelder einzusetzen, um eine koordinierte Werbung durchzuführen die effizient ist, damit die Übernachtungen die derzeit zu verzeichnen sind nicht zurückgehen. Vor einigen Tagen war ich in Vorarlberg und da hat man mich gefragt ob es wirklich möglich ist, daß Südtirol noch die Übernachtungen der vorigen Jahre steigern konnte. Ich habe bejaht und sie sind vom Staunen nicht herausgekommen, denn sie haben gesagt, was habt ihr da getan. Also es ist schon eine Leistung und ich muß sagen, Südtirol hat nun immer noch seinen Reiz Gott sei Dank. Es gilt also nicht so sehr die Individualförderung zu unterstützen, denn ich glaube wenn die Saison gut geht, hat der Einzelne auch das Geld, im Falle wo noch Qualitätsverbesserungen notwendig sind auch selbst die Gelder aufzubringen. Wichtig ist, daß die Arbeit kommt, d.h. daß der Gast kommt und die Häuser sich füllen. Infolgedessen scheint mir, wäre es sinnvoller dort die Geldmittel mehr einzusetzen, wo sie auch neue Arbeitsplätze beudeuten könnten. Nachdem das abgeänderte Gesetz Nr. 23 nun in Kraft ist und die sogenannte Krisenbestimmung in Kraft ist, stelle ich die Frage ob bereits die Kommission ernannt ist und ob bereits die Arbeiten aufgenommen sind bzw. ob man weiß wieviele Krisenbetriebe ihre Ansprüche gestellt haben und wie es generell aussieht, ob aufgrund der guten Fremdenverkehrssaison doch nicht alles so schwarz zu sehen war wie es ursprünglich der Fall war.

Was die Landwirtschaft betrifft nur einen Satz. Ich möchte im Bereich der Landwirtschaft ersuchen am Beispiel der öffentlichen Arbeiten oder ich meine am Beispiel des Assessorates Rubner doch zu versuchen einmal ein erweitertes Grundgesetz zu machen, um die Förderungsmittel, die im Bereich der Landwirtschaft ausgegeben werden übersichtlich in einigen Gesetzen zusammenzufassen und nicht daß 27 Gesetze im Umlauf sind und jeder versucht überall etwas herauszuholen. Ich glaube, wenn man die Mittel konzentrierter einsetzt, die für die Landwirtschaft vorgesehen sind, dann könnte man auch effizienter etwas tun, denn wenn es immer wieder heißt für die Sanierung

der Bergbauernhöfe ist nur ganz wenig Geld da; insgesamt ist das Geld vorhanden, so muß eben umgeschichtet werden. Ich glaube, daß es auch hier notwendig ist zu überlegen ob es unbedingt heute gerechtfertigt ist Genossenschaften weiter zu fördern oder diesen und auch Einzelnen kurzfristige Darlehen zu geben für Ankäufe, usw. oder ob es bei gutem Willen möglich wäre, daß sie diese Gelder selber aufzubringen könnten.

Zum Sozialbereich noch einige Sätze. Ich möchte sagen, daß gerade in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit es zu keinem Stillstand auf dem sozialpolitischen Gebiet kommen darf, denn auch Sozialpolitik ist Gesellschaftspolitik und hat daher auf Veränderungen in den Bedürfnissen der Gesellschaft, auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu reagieren. In diesem Zusammenhang, glaube ich, daß die Geldmittel, die heuer für die Grundfürsorge ausgewiesen sind, sicher dringend notwendig sein werden, wenngleich ich weiß, daß nicht alle die unter dem Lebensminimum sind, sich zur Grundfürsorge begeben, denn sonst würde wahrscheinlich das Doppelte nicht ausreichen. Die vom Landesausschuß festgelegten Beträge des Lebensminimums erreichen wenige Familien im Arbeiterbereich. Ein normaler Arbeitslohn eines Familienvaters mit drei und vier Kindern kommt sicher nicht auf das vom Land festgelegte Lebensminimum, und trotzdem versuchen diese Familien noch in Eigenverantwortung mit diesem wenigen Geld über die Runden zu kommen. Dafür muß der Bevölkerung auch einmal in diesem Zusammenhang das Lob ausgesprochen werden. Für die Zivilinvaliden haben wir gesehen, daß heuer ein Drittel mehr Geld notwendig ist um der gesetzlichen Bestimmungen, Rechnung zu tragen. Der Betrag wurde von 10 Milliarden auf 15 Milliarden erhöht. Es wird sicher notwendig sein so schnell als möglich das Behindertengesetz über die Bühne zu bringen. Das ist auch schon in diesem hohen Hause heute angekungen, denn ich glaube, daß es notwendig ist, daß wir dieses Instrument für die Zukunft haben, wenngleich es nicht so ist, daß derzeit für die Behinderten nichts getan werden kann. Ich bitte aber im Zusammenhang mit den Hinweisen auf die Situation der Behinderten nicht zu vergessen, daß in Meran das Antonianum, welches in der Zwischenzeit bis in Meran ein Behindertenzentrum errichtet ist, als Behindertenzentrum verwendet werden soll, aber derzeit nicht behindertengerecht gebaut ist umzubauen ist. Es ist einfach notwendig, daß der Aufzug eingebaut wird und einige WC-s in Ordnung gebracht werden. Dafür ist ein Kostenvoranschlag für 180 Millionen da und ich bitte Sie, daß dieser Betrag im Rahmen der vorgesehenen Geldmittel von 6 Milliarden Lire für die Instandhaltung als vorrangig ausgesehen wird, um zumindest mit Inkrafttreten der Bilanz diese notwendige Sanierung durchführen zu können. Als Vertreter des Bezirkes Meran komme ich nicht umhin, wirklich diese Bitte auszusprechen, denn es ist ein Hohn, wenn man von sehr vielen Beträgen und Investitionen in den verschiedensten Bereichen spricht und über 180 Millionen stolpert, die diese Sanierung ausmacht. In Zukunft will man uns das einfach nicht mehr glauben.

Über die Gesundheitspolitik in unserem Lande wird sehr viel geredet und ich glaube sehr oft auch deswegen, weil die Bevölkerung Angst hat. Sie kennt sich mit den neuen Gesetzen nicht mehr aus. Sie weiß einfach nicht, wohin sie sich zu wenden hat wenn das oder jenes fehlt. Deshalb, glaube ich, jetzt zwei Jahre nach Inkrafttreten der Gesundheitsreform sind die



Dinge eigentlich schon so weit gediehen, daß es möglich sein müßte überschaubar in einem kleinem Handbuch oder einem Wegweiser zusammenzufassen wohin sich der Bürger wenden muß, wenn er ins Spital eingewiesen werden will, wenn er eine ärztliche Betreuung haben will, wenn er diese oder jene Leistung in Anspruch nehmen muß, wohin er sich zu wenden hat, damit nicht so viel Lehrlauf ist. Ich glaube, wenn die Bevölkerung es einmal übersichtlich vor sich hat, dann sind auch einige Kritiken weg die heute sehr oft zu Recht bestehen, aber oft nur aufgrund von nichtbetehender Koordinierung da sind. Ich glaube aber auch, daß wir unser Gesundheitspolitik nicht nur das Kurieren von Krankheiten meinen, das Wiedergesundwerden, sondern das physische und psychische soziale Wohlbefinden des Menschen miteinschließen muß. Gesundheitsstörungen haben oft ihre Wurzel nicht zuletzt in Arbeitssituationen, in der Umwelt, in persönlichen und gesellschaftlichen Konfliktsituationen und auch in falschen Lebensgewohnheiten. Es gilt also vor allem vorzubeugen. Es muß die Bekämpfung des Alkoholismus und der Drogensucht das Wort geredet werden und hier ist ja auch ein Ansatz im Haushaltsvoranschlag drinnen und im Bericht des Landeshaushaltes. Ich glaube, daß bei der Vorsorge die Gelder besser eingesetzt sind, daß es nicht zur Bekämpfung der Sucht kommen muß, sondern daß man zuerst versucht alles zu tun damit die Leute davon abgehalten werden. In diesem Zusammenhang, was das Drogenproblem betrifft, glaube ich auch, daß es notwendig sein müßte oder muß, daß mit den Sicherheitsbehörden mehr zusammengearbeitet wird, daß diese in verstärktem Maße sich dieser Sache annehmen. Immer wieder wird von der Bevölkerung beklagt, daß man genau weiß wo die Stellen sind wo Drogen behandelt werden und daß niemand eingreift. Eltern verzweifeln sehr oft, weil sie sagen, warum tut man nichts? Die großen Fische läßt man laufen und die kleinen sperrt man ein. Also mehr Gesundheitsberatung und Gesundheitserziehung.

Vor kurzem haben wir die Möglichkeit gehabt mit Zahnärzten zu reden, ich meine die Frauen in der Südtiroler Volkspartei, weil wir der Meinung waren, daß man gerade der Bereich der Zahnheilkunde in Südtirol noch einen weißen Fleck hat, daß die Versorgung nicht gewährleistet ist und daß hier einfach die indirekte Betreuung mehr greifen müßte, wenn die direkte nicht gegeben ist, d.h. daß die Rückzahlungen einfach im verstärkten Maße gegeben sein müßte, damit es den Leuten möglich ist, auch ihre Zähne zu kurieren. Da hat man uns gesagt, die Leute sollten mehr Vorsorge treffen; den Kindern beibringen dreimal am Tag die Zähne zu putzen, dann bräuchte nicht so viel Geld für die Reparatur der Zähne ausgegeben werden und der der das nicht tut der soll das auch bezahlen. Ich glaube also, und es wurde gesagt, daß aufgrund der fahrbaren Zahnklinik es schon wesentlich besser geworden ist, weil man die Leute mehr darauf aufmerksam macht, daß eben vorbeugen billiger ist als heilen. Also auch hier darauf im verstärkten Maße achten und das Gewicht auf mehr Information legen. Es ist notwendig, ehestens den Landesgesundheitsplan zu verabschieden, der das Instrument sein müßte auch hier integrierend einzugreifen und der Bevölkerung zu helfen damit für diese notwendigen Behandlungen auch gezahlt werden kann. Auch auf die Schädlichkeit des Rauchens soll hingewiesen werden, wenngleich dadurch dem Staat einige Geldmittel entgehen, glaube ich, kommen sie in der Einsparung im Gesundheitsbereich sicher wieder herein.

Abschließend möchte ich noch folgendes sagen: Mein Vorredner hat auf die Notwendigkeit der Schnellstraße Bozen - Meran hingewiesen; wir wissen alle wie die Finanzierung dieser Straße aussieht, daß man aufgrund des langen Hinausziehens mit den vorhandenen Mitteln kaum mehr die Immissionsstrecke Meran-Sinich machen kann. Früher war es das Projekt für die ganze Straße. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß es notwendig ist auch die Methangasleitung, von der man so lange schon gesprochen hat, endlich zu realisieren. Wir haben vor kurzem aus der Zeitung entnommen, daß sich die Stadträte von Meran beklagt haben, daß es hinausgeworfenes Geld ist soviel für die fehlende Gasleitung als Ersatz zu bezahlen, weil sie das Gas hertransportieren müssen um es der Bevölkerung zur Verfügung zustellen. Hier sieht man, wenn in einem Punkt es nicht funktioniert wo man glaubt auch etwas zu sparen, weil es nicht gemacht wird, auf der anderen Seite aber doppelt ausgegeben wird. Ich glaube, daß es nicht angeht, daß wir noch länger in der Planungsphase bleiben und daß wir uns nicht endlich auf einen Standort fixieren können, wo nun einmal die Schnellstraße kommen soll und wo somit auch die Gasleitung gemacht werden kann.

Ich komme zum Schluß und möchte noch einmal bekräftigen, daß eine aufgabenorientierte Haushaltspolitik, ein Umdenken und Prüfen der Rechtfertigung von Budgetansätzen, ausgehend von einer Nullposition, erfordert. Es wird uns nichts nützen jedes Jahr darauf hinzuweisen, daß es ein momentaner Haushalt ist, darauf hinweisen wo die Gelder einzusetzen sind, aber nicht den Mut haben, ganz konkret einmal alles auf Null zu bringen und von dort aufzubauen was notwendig ist. Der faktischen Verpflichtung der öffentlichen Hand zur Hilfestellung muß eine moralische Verpflichtung der Empfänger gegenüberstehen, weil die öffentliche Hand nicht automatisch als unerschöpfliche Quelle zu betrachten ist. Es ist aber auch ein Fehler den Haushaltsplan nur in einem zeitlichen Rahmen von einem Jahr zu sehen. Weil der Dreijahresplan und der Landesentwicklungsplan für drei Jahre, nicht überarbeitet wurde, bzw. nicht neu vorgelegt wurde, so gilt dieser Haushalt als provisorischer Haushalt, wo nicht einmal, wie bisher, die Fortschreibung auf drei Jahre erfolgt ist; so glaube ich, ist es einfach nicht möglich wirklich Haushaltspolitik zu betreiben. Also die Haushaltspolitik müßte unbedingt auf längerfristige Zielsetzungen und Erfordernisse ausgerichtet sein, gerade in einer Zeit der Rezession. Sie muß versuchen das wirtschaftliche und soziale Umfeld zu überschauen und demgemäß den Haushalt auszurichten. Mit diesem heurigen Haushalt leben wir nur in den Tag hinein, obwohl 1.150 Milliarden bei gezielten Einsätzen noch wesentlich bessere Früchte tragen könnten.

**MÜLLER (SVP):** Sehr geehrter Herr Präsident, verehrter Herr Landeshauptmann! Ihr Bericht ist eine Art Weißbuch über die gesamte Lage unseres Landes mit den Sorgen, Nöten, aber auch eine Erfolgsbilanz, wenn nicht so sehr finanzieller Art, sondern substanzieller Art. Ich werde versuchen, kurz zu sein und nur zu einigen Punkten Ihres Berichtes Stellung nehmen. Sie haben eigentlich, Herr Landeshauptmann, das erste Mal der Wirtschaftslage in unserem Lande so breiten Raum in ihrem Bericht eingeräumt. Und Ihre Überlegungen sind grundrichtig. Ich möchte zur Wirtschaftslage als solcher

und zu Ihrem Bericht folgende Stellungnahme abgeben.

Unsere Investitionsbank hat Gott sei Dank derzeit keine Liquiditätsschwierigkeiten, aber der Zinssatz, von dem Sie auch sprechen, ist leider noch immer zu hoch. Es ist das keine Schuld der Landesregierung, sondern des Staates. Vielleicht gelingt es der neuen Regierung, hier ein Umdenken herbeizuführen. Wobei ich aber den Eindruck habe, daß die staatliche Finanzpolitik nur daran denkt, die eigenen Löcher zu stopfen und Wirtschaft Wirtschaft sein läßt, in der Hoffnung, daß das freie Unternehmertum auch dies meistern wird. Ich möchte die Gelegenheit hier benützen, einen Dank an unsere heimischen Kreditanstalten zu sagen, ob der Unterstützung der Investitionsbank und der Bodenkreditanstalt durch den fleißigen Ankauf von Obligationen. Ich möchte aber auch die Hoffnung ausdrücken, daß das Problem der Schatzamtdienste baldigst zur Zufriedenheit aller gelöst wird.

Wenn Sie in Ihrem Bericht von der Instandhaltung von kulturell erhaltenswerten Bauten sprechen, ich glaube, so ist das wohl vor allem Aufgabe unserer Gemeinden, denn kein Privater kann sich heute mehr dies leisten, bei den Baukosten! Wenn Sie von der Neubaukonjunktur und von der qualitativen Verbesserung im Wachstum sprechen, so möchte ich hier besonders den Fremdenverkehr erwähnen. Ich glaube, die letzten Landesgesetze haben einen Schritt nach vorne getan. Ich kann nicht verstehen, daß man immer noch Kritik übt an letzthin verabschiedeten Landesgesetze, besonders wenn man das Gesetz zur Unterstützung der Krisenbetriebe im Fremdenverkehr immer wieder hervorzieht, denn ich glaube, wenn man sich dieses Gesetz mit allem Drum und Dran richtig ansieht, dann weiß man, daß hier derart viel Sicherheitsklauseln eingebaut worden sind, daß wirklich nichts passieren kann. Ich glaube, daß gerade in den entlegenen Gebieten, wo sich gerade Betriebe, die auch diese Unterstützung brauchen, daß es hier notwendig ist.

Es freut mich sehr, daß Sie, Herr Landeshauptmann, diesmal auch sagen, beim Detailhandel werden wir weiterhin darauf achten, daß möglichst keine neuen Geschäfte entstehen, sondern die vorhandenen verbessert werden. D.h., daß man mit der Lizenzvergabe ein wenig vorsichtiger wird. Sehen Sie, unser Einzelhandel in Südtirol ist heute noch immer einer der größten Arbeitgeber im Lande, dies wird einfach zu wenig berücksichtigt. Man spricht immer von den Arbeitgebern im industriellen Sektor, im Bausektor, im Fremdenverkehrssektor, aber wenn wir heute die gesamten Angestellten im Handel zusammenzählen würden, dann glaube ich, würde mit dem Großhandel diese Sparte an erster Stelle rangieren. Die geographische Lage in Südtirol braucht eine andere Verteilerstruktur als in Großstädten und auch im Flachland. Deshalb ist unser Einzelhandel, wie er bei uns praktiziert wird, eine ideale Form und ich möchte auch sagen, eine soziale Form.

Dann möchte ich auch sagen, daß die ANAS in Südtirol arg in Verzug ist und daß wir weiterhin drängen müssen, daß die ausgearbeiteten Projekte schneller genehmigt und die genehmigten schneller finanziert werden. Ich möchte hier eine Überlegung anstellen. Wären unsere Talgemeinschaften nicht, die mit Landesgeldern die Projektierungen vorgenommen hätten, dann hätten wir nicht einmal Projekte. Aber ich glaube, die ANAS hat eine rüstige Sparmaßnahme erfunden, Gott sei Dank wird sie von der Landesregierung auf dem Sektor der Landesstraßen nicht angewandt, denn der Ausschreibungs-

modus, der ist so kompliziert gehalten und er denkt, daß keine Firma, besonders unsere einheimischen Firmen dort mittun können. Das Geld bleibt beim Staat, die Bevölkerung wartet vergeblich auf den Beginn der Arbeiten und die Schuld sind wir Politiker. Das ist das Endergebnis. Ich komme hier auf eine Forderung zurück, die ich vor 10 Jahren hier im Landtag anlässlich einer Bilanzdebatte Ihnen, Herr Landeshauptmann, als Bitte vorgetragen habe und sie ist heuer bei der Landesversammlung der SVP-Jugend interessanterweise wieder ans Tageslicht gekommen. Man sollte doch versuchen, die ANAS zu ersetzen und schauen, daß wir, daß das Land die ANAS ersetzen kann; die Staatsmittel, die dann der Landesregierung zur Verfügung stehen würden, würden garantiert das erreichen, daß wir in 10 Jahren in Südtirol keine Straßenprobleme mehr hätten.

Nun ein Problem, schade, daß der Landesrat Durnwalder nicht anwesend ist, aber ich bin sicher, daß der Herr Landeshauptmann es ihm übermittelt. Sie geben auch einen Beitrag für die Bergwirtschaft. Das Landesgesetz Nr.53, verwaltet von den Talgemeinschaften, hat bis jetzt gute Arbeit geleistet, denn ohne das Landesgesetz Nr.53, ohne die Arbeit der Talgemeinschaften auf dem Sektor Bergbonifizierung, würden wir heute so manche Bergfraktion ohne Verbindungsweg haben. Ich möchte hier nur appellieren, gerade dieses Gesetz weiterhin mit genügend Geldmitteln zu dotieren. Ich habe überhaupt den Eindruck, daß man die Talgemeinschaften langsam zu vergessen beginnt. Es ist still geworden um die Talgemeinschaften. Und ich bin froh, daß bei der Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei die Resolution des Bezirks Vinschgau und Burggrafenamt diesbezüglich einstimmig Gehör gefunden hat, daß man eben doch darangehen sollte, wie verschiedene Ansätze schon vorhanden waren, daß man mittels Dezentralisierung diesen Talgemeinschaften doch mehr Aufgaben übergeben sollte.

Man hat mir als Altpräsident meiner Talschaft von seiten Mitglieder der Landesregierung öfters gesagt, ja, das was die Talgemeinschaften machen, das könnte eigentlich die Landesregierung mit ihrem Beamtenstab genauso machen. Jawohl, aber ich kann euch von der Landesregierung genauso sagen, mit einem so geringen Personalaufwand, mit dem die Talgemeinschaften Milliarden verwalten, würde die Landesregierung mit ihrem Beamtenstab bestimmt nicht imstande sein. Das kann ich mit ruhigem Gewissen behaupten. Ich möchte aber an dieser Stelle auch an die Talgemeinschaften einen Appell richten. Sie sollten nicht unangenehme Entscheidungen der Landesregierung zuschieben, sondern sie sollten doch die Kraft aufbringen selbst zu entscheiden, wie es so manche Talgemeinschaft, wie es meine tut, auch immer getan hat.

Nun ein Wort zum Stilfserjoch-Nationalpark, das auch den Landesrat Dr.Pasquali interessieren wird. Sie schreiben, Herr Landeshauptmann, "Wir werden außerdem eine Lösung für die Abgrenzung des Stilfserjoch-Naturschutzparkes vorlegen." Jawohl, wenn wir nur einen Naturschutzpark daraus machen könnten, da wären wir alle froh. Aber ich möchte hier eine Bitte, auch im Namen der Bevölkerung Vinschgaus, an Sie richten: nicht über die Köpfe der Bevölkerung hinweg zu entscheiden; wohl ein Konzept ausarbeiten, aber dann bitte auch die Meinungen der Gemeinden und der Talgemeinschaft anzuhören und zu respektieren.

Ein Wort noch zum Gesundheitsdienst, zum Landesgesundheitsplan. Ein soeben begonnenes mühevolleres Werk sollte erst die Kollaudierung bestätigen, bevor man schon wieder an Neuerungen denkt und im Klartext heißt das Erhöhung der Sanitätseinheiten. Wir wissen, daß die Finanzierung des Sanitätswesens einer der größten Posten in unserer Bilanz ist. Ich war selbst 10 Jahre Präsident des Krankenhauses von Schlanders, in einer Zeit, wo die Finanzen, wenn sie auch jetzt weniger werden, aber noch viel weniger waren und daß man damals noch viel mehr von Eigenleistung gesprochen hat, die wahrscheinlich wiederkommen wird, daß man wieder etwas bescheidener werden soll in den Anforderungen, beileibe nicht bei den medizinischen, aber es gibt im Sanitätsbereich noch sehr viele andere Anforderungen auch.

Ich komme langsam schon dem Ende zu. Herr Landeshauptmann, in Ihrem Bericht fehlt eigentlich komplet das Problem der Altenfürsorge. Gerade heuer im Jahr des alten Menschen. In Südtirol gibt es derzeit zirka 50.000 Leute, die das 65. Lebensjahr erreicht haben und wir zwei gehören auch dazu - ich muß auch die Landesräte Malignoni und Zelger mit einschließen, damit sie ja nicht beleidigt sind, daß man sie eben nicht zu dieser Kategorie der Über 65jährigen zählt. Nicht alle, Herr Landeshauptmann, haben das Glück, noch rüstig, aktiv, gesund und noch im Kreise der Familie, betreut von einer tüchtigen Frau, leben zu können. Unsere Altersheime, die all die anderen, teilweise aufnehmen müssen, die kämpfen fast schon Monate, daß der Tagessatz nicht übermäßig angehoben werden muß. Was geschieht, wenn der Zeitpunkt eintritt, daß viele den Tagessatz, die Monatspension mit ihrer eigenen Pension nicht mehr zahlen können? Ich glaube, es ist das ein Problem, das rascher auf uns zukommt, als wir es erahnen. Das Regionalgesetz über die Auflösung der ECA, wird da ebenfalls mit Schwierigkeiten verbunden sein und ich möchte an die Landesregierung wirklich das Ersuchen richten, so bald wie möglich gesetzgeberisch tätig zu werden, damit auf Landesebene, weil es Landeskompetenz ist, hier dann auch nach dem Rechten gesehen wird. Die Region ist derzeit dabei, ein Inventar aufzustellen, wobei es um die Frage geht, ob man Wohlfahrtseinrichtungen und Fürsorgestellen trennen kann, denn wir wissen, daß die Wohlfahrtseinrichtungen weiterhin bestehen bleiben, währenddem die Fürsorgeeinrichtungen an die Gemeinden übergehen müssen.

Und zu diesem Problem noch, Herr Landeshauptmann, ich glaube, noch tragischer sind die Pflegefälle, die heute vom Krankenhaus ins Altersheim und von dort wieder ins Krankenhaus zurückgeschickt werden. Ich möchte an Sie persönlich die Bitte richten, gemeinsam mit der Frau Landesrat Gebert und dem zuständigen Landesrat Pasqualin sich dieser Sache ganz energisch anzunehmen. Ich glaube, es ist unbedingt notwendig, daß wir hier eine Lösung finden. Aber keine provisorische, nur mit Verordnungen, daß unsere Altersheime nicht wissen, sollen sie investieren, können sie investieren, dürfen sie Personal anstellen, qualifiziertes, sondern es muß hier endlich eine definitive Lösung gefunden werden, eine tragbare Dauerregelung. Das Argument, das vielfach herumschwirrt, die Familienangehörigen sollten dafür sorgen, für diese Ärmsten, glaube ich, das trifft gerade hier nicht zu, sondern das könnte oftmals berechtigt sein für andere Fürsorgebereiche, aber nicht für unsere Pflegefälle.

Nun ein Problem, das eigentlich uns Vinschgauer, Dr. Benedikter, Kaserer fehlt, angeht. Sie haben die 380er kV-Leitung nicht erwähnt. Ich verstehe es auch, es wurde erst im Landtag vor 14 Tagen diesbezüglich ein Beschlußantrag von Dr. Lunger behandelt, es wurde dort dann auch alles gesagt was zu sagen war, aber ich glaube, es ist richtig, daß die Bevölkerung des Vinschgaues doch immerhin in dieser Bilanzdebatte irgend etwas erfährt, wenigstens das, daß es angeklungen ist. Ich möchte hier einen Vergleich anstellen. Derzeit haben wir ein ganz gleiches Problem, allerdings unter einem anderen Vorzeichen, in Nordtirol, und zwar beabsichtigt die österreichische Bundesbahn, im Stubeital ein großes Kraftwerk zu errichten für die zukünftigen Erfordernisse auf dem Sektor der Energieversorgung von seiten der Bundesbahnen. Und wir wissen, daß die Kompetenz beim Land Tirol liegt. In Südtirol haben wir die 380 kV-Leitung oder beim Bund, genau wie bei uns beim Staat, wobei die Bundesregierung in Tirol ein gewichtiges Mitspracherecht hat. Und ich laß mir das nicht nehmen, ich bin sicher, daß auch die Landesregierung Südtirols ein gewichtiges Wort hier mitsprechen kann.

Ich möchte zu diesem Problem einen Ausspruch tun und damit werden die zuständigen Herren, glaube ich, mich auch verstehen, was ein Altbürgermeister einer Stubeeier Gemeinde vor einigen Tagen gesagt hat: Rasch entscheiden, solange die gesamte Bevölkerung dagegen ist. Mehr sage ich dazu nicht. Aber ich glaube, der Landesrat Mayr und der Dr. Benedikter haben mich verstanden.

Nun komme ich zum Schluß! Herr Landeshauptmann, ich wünsche und hoffe, daß die noch ausstehenden Durchführungsbestimmungen im Jahre dieser Bilanz zufriedenstellend verabschiedet werden können. Daß ebenso eine verbesserte Ertragskraft unserer gesamten Wirtschaft eintreten möge, damit sie die Kraft gewinnt für neue Investitionen, für die Erhaltung der Arbeitsplätze und die Schaffung neuer Arbeitsplätze für unsere nachrückende Jugend.

**PETERLINI (Sekretär - SVP):** Danke Herr Präsident; es steht mir noch eine halbe Stunde zur Verfügung, vielleicht gelingt es mir hinzukommen.

Der Landeshauptmann hat in seinem Bericht im wesentlichen zwei Schwerpunkte gesetzt, die also die Probleme, vor denen wir in Südtirol stehen, auch in ihrem Kern treffen. Einmal hat er sehr breiten Raum den wirtschaftlichen Problemen und der großen Sorge um den Arbeitsplatz gewidmet; und zum zweiten, den politischen Schwerpunkt auf die Autonomiedurchführung und auf die offenen Fragen gesetzt, die ja gerade in den letzten Tagen auch in der Landesversammlung der Südtiroler Volkspartei erneut einen politischen Höhepunkt erfahren haben.

Zu diesen beiden Schwerpunkten, selbstverständlich, wird auch meine Stellungnahme ausfallen; und ich erlaube mir, noch einen dritten hinzuzufügen, der ein bißchen zu kurz gekommen ist, aber ich habe Verständnis dafür, Herr Landeshauptmann, und zwar, daß der Bereich der Kultur und Jugendarbeit, der normalerweise immer sehr gut weggekommen ist bei den Haushaltsvoranschlägen, bei den politischen Berichten, auch bei der Regierungserklärung, aber diesmal vermutlich in den großen wirtschaftlichen Problemen, bei

den politischen Schwerpunkten, die gesetzt werden mußten, ein bißchen zu kurz gekommen ist, vielleicht nicht zuletzt deswegen, weil wir ja vor der Verabschiedung des Jugendförderungsgesetzes stehen und der Landeshauptmann somit kein Versprechen mehr abgeben mußte, weil wir uns erwarten und hoffen, daß dieses Gesetz sowieso in den nächsten Tagen im Landtag eingereicht wird.

Zu Punkt eins der drei Themenschwerpunkte. Die wirtschaftliche Lage und Arbeitsplatz. Es ist dazu viel gesagt worden, viel im Bericht gesagt worden, sehr ausführliches Zahlenmaterial geliefert worden, und auch der Schwerpunkt der bisherigen Stellungnahmen hat auf diesen Punkt gesetzt und es wäre müßig jetzt noch einmal diese schwierige Situation als solche ganz zu analysieren. Interessant ist eigentlich, folgendes festzustellen, und das ist für die Landesregierung vielleicht zum Überlegen für das nächste Mal mitzugeben: wenn wirtschaftlich gute Zeiten sind, wenn die Wirtschaft blüht, wenn alles gut funktioniert, wenn Arbeitsplätze genug vorhanden sind, dann ist es eigentlich leicht, Wirtschaftspolitik zu machen. Aber es wäre die Aufgabe der Wirtschaftspolitik, in guten und blühenden Zeiten, nachdem man ja aus der Geschichte der Wirtschaft weiß, daß die in Phasen vor sich geht, es wäre die Aufgabe der Wirtschaft und der Politik, in wirtschaftlich guten Zeiten im Auge zu behalten, daß es nicht immer nach oben gehen kann, daß die Kurven bisher meistens sinusartig gegangen sind und daß man sich eben auch auf die mageren Jahre während der fetten Jahre schon einstellen muß. Das ist leider nicht geschehen und somit haben wir auch ein bißchen Debakel. Die Blüte war so blühend, daß man ganz andere Ziele setzen mußte, wirtschaftspolitische Ziele setzen mußte. Die Hochkonjunktur war so überhitzt, daß sie zu Fehlinvestitionen geführt hat, die Bauwirtschaft zu einer Bautollwut, könnte man sagen, die Zinsen, die so billig waren, billiger als die Inflation, zum Schuldenmachen und zur Anstauung eines Schuldenberges, gleichzeitig ein Überschuß an Arbeitsplätzen. Das war unsere große Sorge noch vor zwei drei Jahren, die uns die Gefahr vor Augen geführt hat, Arbeitskräfte aus dem Süden heraufholen zu müssen und die auch tatsächlich aufgrund von Zahlen des Arbeitsamtes nachgewiesen werden mußte, da von Jahr zu Jahr steigend bis zu 10.000 provinzfremde Arbeitskräfte im Jahre 1980 aus dem Süden heraufgeholt werden mußten. Damit die Gefahr des Identitätsverlustes, die Gefahr, die im LEP aufgezeigt worden ist immer mehr Arbeitsplätze auf der einen Seite zu schaffen, eine Kurve, die unaufhaltsam nach oben geht und eine abgeflachte Kurve der Arbeitskräfte, eine Schere, die aufklafft und damit eben ein großes wirtschaftspolitisches Problem geschaffen hätte, nämlich einen Mangel an Arbeitsplätzen.

Grund und Boden, der damals eben schonlos geopfert worden ist und wo man die Gefahr sah, daß dieser Grund und Boden in wenigen Jahren verbaut, verzehrt und zugemauert würde. Nun hat dann die LEP-Diskussion eingesetzt, höchst notwendig und eh schon sehr spät, ausgehend von verschiedenen Kräften, auch ausgehend von Jugendorganisationen, von Kräften auch im Bauernbund, von Umweltorganisationen und dergleichen mehr und ich habe heute in den Akten nachgeschaut, hat bereits im Winter 1978 und 1979 angefangen, wo die ersten Ansätze zu dieser Diskussion da waren und die große allgemeine Forderung war, nach einem Programm, um diese Schwierigkeiten zu lösen bzw.

um den Auswüchsen dieser Hochkonjunktur, dieser überhitzten Konjunktur Grenzen zu setzen. 1978/79 im Winter. Man hat dann angefangen zu diskutieren und 1979 hätte es, bei wirtschaftspolitischen Maßnahmen muß man oft schnell handeln, Maßnahmen gebraucht. Ich habe damals auch, ich sage das eigens, um mir keine Widersprüche vorwerfen zu lassen, auch eine Aktion mitgetragen, eine Bürgeraktion, wo eben gedrängt worden ist, schnell Maßnahmen zu erlassen. Die Parteien haben sich damit befaßt und dergleichen mehr und aus verständlichen Gründen, auch Notwendigkeiten des Parlamentarismus, aus Notwendigkeiten, alles mit den Sozialpartnern durchzukauen, durchzubesprechen, ist folgendes geschehen. Wann kommt das erste Gesetz, das abgesehen vom großen Programm erstmals Maßnahmen in diese Richtung absteckt? Erster großer Gesetzesentwurf, das erste LEP-Nachfolgegesetz im November 1980. Was ist in den Jahren zwischen 1978 und 1980 passiert? Genau das Gegenteil dessen, was man eigentlich erreichen wollte. Alle sahen sich vor dem Torschluß, alle haben versucht, noch schnell das Schäfchen ins Trockene zu bringen und das Gegenteil wurde erreicht. Zwei Jahre ist noch wütiger gebaut worden als vorher, zwei Jahre sind Investitionen gefördert worden oder angeheizt worden von Hotels, aber auch sonstigen Betrieben, die heute nicht mehr die notwendige Auslastung finden, und zwei Jahre lang ist eine Verschuldung angestarrt worden, die heute bei hohen Zinsen abzuzahlen ist.

Kurz und abschließend zum LEP. Er war höchst notwendig, ist leider, das trifft nicht nur in Südtirol zu, sondern in vielen Ländern, in den meisten Ländern, wie alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu spät gekommen und drittens sollte man jetzt nicht den Fehler machen, das Kind mit dem Bade auszuschütten. D.h. die grundsätzlichen Ziele des Landesentwicklungsprogrammes waren einmal Umwelt und Boden zu schonen, zum zweiten, ein Gleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt zu haben, es sollte weder so noch anders auspendeln; und zum dritten eine gesunde Zahlungsbilanz in unserem Lande zu haben. Ich glaube, daß diese grundsätzlichen Ziele weiterhin aufrechterhalten werden sollen, daß aber jene Korrekturen, die notwendig sind, eben durchzuführen sind.

Es ist ein bißchen so, um einen Vergleich zur Auflockerung hineinzubringen, wie mit einem Nervenkranken, der Beruhigungspillen braucht und der aber, bis man ihm diese Medikamente verschreibt, sich von selber beruhigt hat und man ihm die Beruhigungspillen gibt, wenn sein Status genau gegenteilig ist, also vielleicht irgendwelche Aufbaumittel braucht, um wieder kräftig dazustehen. Und in dieser Phase, wo er Aufbaumittel braucht, um kräftig dazustehen, haben wir immer noch die Medizinen, in diesem Falle die Medizin LEP, die zur Beruhigung dienen sollte. Die wirtschaftliche Lage hat sich radikal verändert und leider sind wir in einer sehr schwierigen Lage. Ich habe es vermieden von Krise zu sprechen, weil das ein sehr gefährliches Wort darstellt. Wenn man von Krise redet, dann hat das seine Auswirkungen und ich würde sagen, es wäre genug, wenn man eben von schwieriger Lage spricht, und zwar hat das seine Auswirkungen auf den Optimismus, den der Unternehmer, der Wirtschaftstreibende allgemein, aber auch der Arbeiter, vor allem aber derjenige braucht, der ein potenzieller Selbständiger werden könnte. Wenn dieser Optimismus in die Zukunft nicht gegeben ist, und das



ist das Gefährliche im jetzigen Moment, dann wird sich der Unternehmer wirklich drei Mal Überlegen, eine Erweiterung seines Betriebes vorzunehmen, dann wird er sich Überlegen, eher bei dem Status zu bleiben, bei dem er ist oder möglicherweise sogar Kapazitäten abzubauen. Es wird sich jeder Wirtschaftstreibende Überlegen, zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen und Arbeitsplätze zu schaffen. Aber, vor allem der gelernte Handwerksangestellte oder Handwerksarbeiter, oder der Geselle, der eben seine Berufsausbildung fertig hat und Meister wird, wird es sich Überlegen, selbständig zu werden, und es werden sich auch andere unternehmungslustige Leute, die im Abhängigkeitsverhältnis stehen, Überlegen, diese Selbständigkeit auszuüben, man wird vorziehen, im Abhängigkeitsverhältnis zu bleiben. Und wenn jeder einzelne für sich es vorzieht, im Abhängigkeitsverhältnis zu bleiben, und nicht zuletzt sehen wir, daß es jetzt einen großen Andrang bei den Staatsstellen, die wir haben, gibt; und wenn der Unternehmer eben keine zusätzliche Investition vornimmt, weil ihm die Zeiten schlecht scheinen, dann ist das eben genau das Gegenteil dessen, was wir brauchen würden. Leider hat sich das in einigen Bereichen schon in dieser Richtung bemerkbar gemacht - ich brauche da nicht die dramatischen Zahlen des Landeshauptmannes zu wiederholen, sondern vielleicht ein kurzes Streiflicht auf die Wirtschaftssektoren selbst zu werfen, Bausektor, da ist praktisch momentan überhaupt nichts los. Man wartet auf die Öffnung der Termine für den geförderten Wohnbau, der auch aus anderer Sicht zur Genüge dargelegt worden ist von der Kollegin Franzelin, auch aus sozialer Sicht notwendig ist, aber auch als wirtschaftlicher Anreiz, weil damit ein Sektor, der tragend ist, von dem viele andere Wirtschaftsbereiche, Zulieferbetriebe abhängen, leben. Also, der Bausektor ist momentan, wie gesagt, sehr gefährdet, zweitens, und das hängt damit zusammen, die Zulieferanten, vor allem die Handwerker, aber auch die Zulieferanten des Handels, alle diejenigen, die Fensterstöcke, Bodenbeläge für die Hotels gebracht haben, die Stühle, Einrichtungen und Gitter gemacht haben, alle diese Bereiche, die am Bauhandwerk als Zulieferanten fungiert haben.

Der Fremdenverkehr selber. Landesrat Spögler hat glücklicherweise von 1982 als einem Boomjahr sprechen können. Nach etwas schwierigen Zeiten, aber es bleibt aufrecht, daß die Kapazitäten im Fremdenverkehr sehr groß sind, daß die Konkurrenz immer größer wird, auch auf internationaler Ebene, und daß auch die Preiskonkurrenz immer härter wird, die großen Bauschalangebote der großen Reisebüros, beispielsweise eben um den nächsten Bereich zu nennen in Frankfurt, die nicht nur mehr Südtirol im Angebot haben, sondern genauso eben Teneriffa oder die Seychellen und wir in diesem Preis Konkurrenz sehen; und gleichzeitig der wirtschaftliche Rückgang, der ja auch in den Herkunftsländern der Gäste eintritt, so daß also wir den Boom nur erleben konnten, weil man imstande war, den Radius größer zu ziehen, den Kreis auszuweiten, nicht nur, um Deutschland anzusprechen, sondern eben auch die inländischen Gäste und eben die Beneluxstaaten, ein bißchen Frankreich, um also den Gästebereich auszuweiten. Trotzdem hat man festgestellt, die Gäste bleiben kürzer und geben weniger Geld aus. Das ist eine Feststellung, die gemacht werden muß, die eine gewisse Besorgnis aufkommen läßt.

Industrie ist eine ganz besondere Lage. Ich bin dem Landeshauptmann

sehr dankbar für den politischen Akzent, den er gesetzt hat, der kurz folgendes besagt: Große Sorge machen uns im wesentlichen nicht jene Unternehmen, die in Südtirol gewachsen sind, aus dem Handwerk heraus gewachsen sind und die auch in unserem Einflußbereich gestanden sind über diese Förderung des Handwerks und über unsere Autonomie, sondern große Sorgen machen uns jene Betriebe - Kollege Mitolo hat uns gerade verlassen -, die im Faschismus heraufgesetzt worden sind, um die Bevölkerung zu italienisieren und um Arbeitsplätze für die zuziehenden Italiener zu bieten. Das sind die Betriebe, die uns Sorgen machen, und der Landeshauptmann sagt, trotzdem, aus sozialen Überlegungen heraus, heißt es im Bericht dazu, werden wir alles tun, um diese Arbeitsplätze zu erhalten. Das ist eine sehr großzügige Haltung. Ich möchte nur eines dazu sagen. Die knappen Geldmittel, die es gibt, und das Lied kennen wir alle, das brauchen wir nicht zu wiederholen, müssen wirklich jedesmal jetzt zweimal umgedreht werden, bevor sie eingesetzt werden. Es wäre schade, wenn man sie dort einsetzt, wo sie möglicherweise nur zum Löcherstopfen dienen, von Löchern, die dann daneben wieder aufreißen.

Es ist notwendig und richtig, daß man beim Staat interveniert hat und beim Staat interveniert, daß alle Anstrengungen unternommen werden, vom Staate, der uns die Industriezone in Bozen beschert hat, um diese Arbeitsplätze zu retten. Aber der Staat hat die Wirtschaftlichkeitsrechnung gemacht und aufgrund dieser Wirtschaftlichkeitsrechnung sagt der Staat: nein, ich tue da nichts. Warum? Weil das Aluminium, das da in Bozen produziert wird, so teuer produziert wird, daß es billiger ist, das Aluminium einzukaufen. Und wenn wir als Südtiroler Landesregierung jetzt da einspringen müssen, um nur Löcher zu stopfen und dann das Geld von jenen Bereichen wegnehmen müssen, die gesunde und wirtschaftlich arbeitsplatzbringende Betriebe wären, dann wäre das schon sehr schade. Ich bitte schon, daß man über diesen Punkt noch ausführlich politisch reden kann.

"Im Vergleich zu anderen Ländern", so der Landeshauptmann in seinem Bericht, "haben wir glücklicherweise aufgrund der Autonomie, die wir genießen, und aufgrund der guten wirtschaftlichen Arbeit, die geleistet worden ist, eine sehr niedrige Arbeitslosenrate." Da bin ich nicht ganz einverstanden, Herr Landeshauptmann, und zwar aus verschiedenen Überlegungen. Es stimmt, wir haben in anderen Ländern eine wesentlich höhere Quote, wir haben beispielsweise in Belgien fast 14% Arbeitslose, in Großbritannien knapp 11%, in Dänemark 9,4%, in den Niederlanden 8,4%, in Italien 8% und da sind wir mit etwa 3%, haben Sie ausgeführt, schon sehr niedrig. Ich bin sehr viel in Kontakt mit der Bevölkerung und auch sehr viel in Kontakt mit jungen Leuten, die Arbeit suchen, und auf diesen Punkt möchte ich dann in Bezug auf den Kollegen D'Ambrosio und seine Anfrage noch zurückkommen. Aber es ist unglaublich, wie groß die Unwissenheit in diesem Punkt ist. Ich bin überzeugt, daß sich nur die Hälfte derjenigen, die effektiv Arbeit suchen, in die Arbeitslosenlisten eintragen lassen. Also, von denjenigen, die bisher zu unseren Sprechstunden, ich meine in die Sprechstunden der jungen Generation gekommen sind, haben bisher sich alle sagen lassen müssen, auf die Frage: Haben Sie sich beim Arbeitsamt gemeldet? Da haben sie alle mit Nein geantwortet und dann haben sie von uns sogar die Adresse angeben lassen müssen. D.h. mit anderen Worten, die offiziellen Zahlen des staatlichen Ar-

beitsantes können zwar eine Aussagekraft haben im Vergleich zu den Vorjahren, aber nicht unbedingt absolut genommen. Ich möchte zu diesen Zahlen noch kurz kommen: Wenn mich nicht alles täuscht, Herr Landeshauptmann, dann haben Sie die Zahlen vom September und Oktober und haben etwa 4.000 Arbeitslose, davon ein Teil auf der Suche nach Arbeitsplatz. So haben Sie differenziert. Ich habe da die Zahlen vom Oktober, die ungefähr gleich sind, aktueller. Da möchte ich jetzt diesen zeitlichen Vergleich auch ziehen. 1980 3.280 Eingetragene, 1981 3.700, 1982 4.586, das ist der 31. Oktober 1982. Was sagt uns das? Da hat es die Aussagekraft dann drinnen. Auch wenn sich jeweils nur ein Teil meldet, aber diese enorme Zunahme, die in den zeitlichen Etappen zum Ausdruck kommt, zeigt uns eben diese besorgniserregende Zunahme. Aber ich muß auf etwas anderes aufmerksam machen. Weder der September noch der Oktober sind statistisch gut gewählte Monate, um Arbeitsplatzschwierigkeiten zu beleuchten. Wir haben im September und Oktober Ernte in Südtirol, und auch wenn nur ein Teil angemeldet wird, sind das die Monate mit den niedrigsten Quoten. Wir haben Ernte und Hochkonjunktur im Fremdenverkehr, also Vollsaison, und somit sind es also die Monate, die am besten ausgelastet sind, arbeitskräftemäßig. Ich habe deswegen auch die Rechnung für den Dezember gemacht, der ist schlecht, 1980 5.197, 1981 6.048 und 1982 errechnet man allein den Unterschied, der in den anderen Jahren war, zwischen Oktober und Dezember, da werden im Dezember 6.800, knapp 7.000 Arbeitslose eingetragen sein. D.h. mit anderen Worten, daß also schon diese reellen Zahlen im Dezember sehr besorgniserregend sind. Sie haben zu Recht, Herr Landeshauptmann, darauf hingewiesen, daß leider Gottes ein großer Teil dieser Arbeitslosen eben Jugendliche sind, unter 21 Jahren, bezogen auf den Dezember. Wenn die Prognose einigermaßen hält, und jetzt fehlt wirklich nur mehr ganz wenig, dürften wir etwa 2.000 Jugendliche haben unter 21 Jahren, die ihren ersten Arbeitsplatz suchen oder eine Lehrstelle suchen. Die Zahlen der Lohnausgleichskasse, die Sie richtigerweise im Vergleich gebracht haben, Herr Landeshauptmann, zeigen auch dasselbe Phänomen.

Jetzt komme ich zu einem Problem, das Kollege Ferretti gestern in seiner Stellungnahme gebracht hat. Wie schaut es aus mit dem öffentlichen Dienst und ist es richtig - das ist die Frage, die ich mir selber auch gestellt habe -, jetzt von den etwa 7.000 Stellen, die insgesamt in den Stellenplänen sind, also 7.400 Stellen, von denen 3.000 unbesetzt sind, ziehen wir jetzt die ausgeschriebenen Wettbewerbe ab, 2.800 unbesetzt sind, ist es richtig, diesen großen Block in einem Mal zur Ausschreibung zu bringen? Die Frage ist deswegen berechtigt, weil tatsächlich damit innerhalb von einem Jahr oder von zwei Jahren der ganze Staatsdienst einmal gesättigt ist, und zwar mit jungen Kräften gesättigt ist, und dann sich die Frage stellt, was passiert spätestens in zwei Jahren, wenn es bei diesen jungen Kräften 30 Jahre, sagen wir 20, 25 Jahre dauert, bis sie wieder in Pension gehen und bis der normale Austausch durch die Pensionierung erfolgt. Trotz dieser zwei Argumente müssen wir, glaube ich, versuchen, jetzt das einzusetzen was möglich ist, mit einer gewissen Einschränkung, zu der ich noch komme. Und zwar erstens einmal, weil wir jetzt die großen Schwierigkeiten und Probleme haben und vielleicht mit ein bißchen Optimismus in die Zukunft hoffen kön-

nen, daß sich vielleicht auch die Privatwirtschaft einigermaßen erholen könnte. Der "Club of Rom" schiebt zwar auf weltwirtschaftlicher Ebene das Datum, bei dem diese berühmte Sinuskurve wieder nach oben gehen wird, von Jahr zu Jahr ein bißchen hinaus, aber wir können hoffen, daß es trotzdem vielleicht eine Erholung geben wird.

Das zweite, jetzt kommen die geburtenstarken Jahrgänge, 1963 bis 1966, also diese Mitte der 70er Jahre mit den geburtenstarken Jahrgängen, die eben auf den Arbeitsplatz drängen.

Jetzt wieder zurück zu dieser wirtschaftlichen Lage, die wir alle kennen und die uns eigentlich folgende Frage auferlegt. Welche Möglichkeiten ergeben sich denn überhaupt für die Südtiroler Landesregierung und dem Südtiroler Landtag, hier helfend einzugreifen? Weil mit einem hat Landeshauptmann Magnago sicherlich recht - ich glaube, das steht auch im Bericht oder er hat es auf der Landesversammlung der SVP gesagt -, geben wir uns keinen Illusionen hin, nur mit der Korrektur und der Anpassung des LEP allein wird man noch keine Arbeitsplätze schaffen und die Wirtschaft noch nicht in diesem Sinne ankurbeln können. Es stimmt, daß die großen wirtschaftspolitischen Instrumente nicht in unserer Hand sind, sondern in der Hand des Staates sind. Denken wir kurz, Diskontsatz, der die Zinspolitik beeinflussen kann, die Geldumlaufpolitik als solches, die der Staat allein machen kann mit der Menge des Geldumlaufes, mit der Geschwindigkeit, die Steuerabschöpfung, wie von der Gemeinde (Hundesteuer) und ganz wenige regionale Einnahmen, also auch exklusiv Staatssache ist bis zur Bankpolitik, die ebenfalls vom Staat gestartet wird. Alle diese Instrumente stehen uns nicht zur Verfügung. Deswegen müssen wir uns wirklich fragen, welche Instrumente haben wir denn überhaupt, um die Wirtschaft beeinflussen zu können, um helfend eingreifen zu können. Da kann man nur eines, beistimmen, dem was der Landeshauptmann Magnago gesagt hat: Erwarten wir uns von den Möglichkeiten der Landesbilanz, erwarten wir uns von einer Revision des LEP keine Wunder. Wohl aber erwarten wir uns jetzt, in diesem Falle die Südtiroler Bevölkerung und auch wir Abgeordnete im Südtiroler Landtag, daß die wenigen Möglichkeiten, die zur Verfügung stehen, eingesetzt werden und einige sind es doch.

Dazu komme ich jetzt: Bereits am 19. Mai 1982 hat der Landtag einen Beschlusantrag genehmigt, eingebracht von Achmüller, Franzelin für die Arbeitnehmer und von meiner Wenigkeit mit dem Kollegen Messner für die Junge Generation, der genehmigt worden ist im beschließenden Teil...

**FERRETTI (DC):** (Interrompe)

**PETERLINI (Sekretär - SVP):** Viele viele Meinungen und viele Richtungen und der Ausdruck aller verschiedenen Bevölkerungsteile der Südtiroler in einer großen Sammelpartei, Herr Kollege Ferretti.

**MITOLO (MSI-DN):** (Interrompe)

**PETERLINI (Sekretär - SVP):** Das erinnert an bestimmte Passagen im Bürgerlichen Gesetzbuch, Kollege Mitolo, die heute nicht mehr zur Anwendung

kommen dürfen, Sie wissen das genau.

Zurück zum Beschlußantrag, den der Landtag am 19. Mai genehmigt. Da heißt es: "Der Südtiroler Landtag verpflichtet die Landesregierung, ein Konzept von Maßnahmen zu erarbeiten, daß man die Jugendarbeitslosigkeit kurzfristig in Grenzen hält - und da kommen einige kurzfristige Maßnahmen - und der wirtschaftlichen Rezession langfristig entgegenwirkt." Unter diesen langfristigen Maßnahmen wird gefordert: den Landesentwicklungsplan, unter Beibehaltung der grundsätzlichen Ziele, den veränderten wirtschaftlichen Gegebenheiten anzupassen und ein organisches Wirtschaftsförderungsprogramm für alle Wirtschaftsbereiche zu erarbeiten.

Der LEP ist noch nicht überarbeitet worden, aber meine Frage wäre eigentlich die, Herr Landeshauptmann: Die Handelskammer, der Südtiroler Wirtschaftsring hat sich durch die Universität Innsbruck, durch das wirtschaftspolitische Institut der Universität Innsbruck Gutachten ausarbeiten lassen, auch Maßnahmenbündel ausarbeiten lassen zum Einsatz und zur Korrektur in der Wirtschaft, zur Verbesserung.

Denkt die Südtiroler Landesregierung - jetzt bitte ich den Landeshauptmann, nur zur Beantwortung der Frage zuzuhören, damit ich darauf eine Antwort bekommen kann; ich habe gesagt, der Wirtschaftsring beispielsweise, aber auch die Handelskammer hat sich an die Universität Innsbruck gewandt, Gutachten angefordert, Maßnahmen, Vorschläge ausarbeiten lassen, um wirtschaftlich operativ werden zu können, immer unter dem Gesichtspunkt der Grenzen und Möglichkeiten, die die Südtiroler Landesregierung hat, Grenzen, die aufgezeigt sind durch die staatliche Gesetzgebung und deren Instrumente und Möglichkeiten, die halt wir im bescheidenen Rahmen aber doch auch haben, von der Landesbilanz bis zur Subventionspolitik innerhalb dieser Bilanz, bis zur Arbeitsmarktpolitik als solcher - nicht auch daran, sich so ein wirtschaftspolitisches Instrumentarium von einer wissenschaftlichen Stelle ausarbeiten zu lassen? Denn es stimmt, wie Sie gesagt haben, erwarten wir uns keine Wunder, wenn wir nur den LEP korrigieren oder wenn wir die Landesbilanz ein bißchen ändern, es sind keine Wunder zu erwarten, es stimmt aber auch, daß etliche wirtschaftspolitische Instrumente zur Verfügung stehen und daß man diese Instrumente einsetzen müßte und daß hier wissenschaftliche Beratung sicherlich nicht fehl am Platz wäre.

MITOLO (MSI-DN): (Interrompe)

PETERLINI (Sekretär - SVP): Ich habe die Vergleiche von der Handelskammer und vom Wirtschaftsring deswegen gebracht, weil es Institutionen sind, die wesentlich weniger Geldmittel zur Verfügung haben und in ihrem Rahmen etwas anfordern können. Denn ich bin der Meinung, daß die Südtiroler Landesregierung mit ihrer Zuständigkeit der Wirtschaftsprogrammierung - da hat sie zwar eine Zuständigkeit, aber kein Amt, jedenfalls ein ganz kleines Amt. Kollege Benedikter, ich weiß nicht, wie das Amt für Wirtschaftsprogrammierung funktioniert...

MITOLO (MSI-DN): (Interrompe)

**PETERLINI (Sekretär - SVP):** Trotzdem komme ich noch einmal darauf zurück und ich muß jetzt soundso zum Schluß kommen.

Ich habe nicht das vortragen können, was ich vorhabe und muß den Präsidenten dann ersuchen, zu Beginn der Dienstagsitzung den zweiten Teil mich fortsetzen zu lassen. Der zweite Teil meiner Ausführungen, der sich eben mit dem politischen Bericht des Landeshauptmannes befaßt und den dritten Teil, der dann kürzer ist, zur Jugendarbeit und kulturellen Lage, den ich jetzt nicht untergebracht habe. Ich habe jetzt eine halbe Stunde ein bißchen aufgelockert gesprochen...

**MITOLO (MSI-DN):** (Interrompe)

**PETERLINI (Sekretär - SVP):** Doch, Herr Kollege Mitolo, der letzte Teil des Berichtes des Landeshauptmannes befaßt sich mit der Autonomie-durchführung...

**MITOLO (MSI-DN):** (Interrompe)

**PETERLINI (Sekretär - SVP):** Der Vorwurf würde wensschon nicht an meine Adresse gehen.

Es ist soweit so sehr ermüdend für alle, wenn den ganzen Nachmittag nur geredet wird. Deswegen, wenn ein bißchen Zwischendebatten sind, auch wenn sie, Herr Präsident, unsere Geschäftsordnung nicht vorsieht, in vielen Parlamenten sind Zwischenrufe vorgesehen und gestattet, so glaube ich, dienen sie doch ein bißchen zur Auflockerung.

Ich fahre jetzt nicht mehr weiter, weil ich jetzt gern zu den wirtschaftspolitischen Instrumenten gekommen wäre, die eben Inhalt eines solchen Gutachtens seitens einer Universität sein könnten und die uns zur Verfügung stehen, die keine Wunder wirken würden, genauso wie bei den Kranken, auch wenn einer krank ist, kann man nicht meinen, daß wenn man ein Medikament nimmt, daß Wunder geschehen, aber es gibt Medikamente, die eben diese Krankheit erleichtern und manchmal auch langsam langsam zur Genesung führen. Aber dazu das nächste Mal.

**PRESIDENTE:** Va bene, allora Lei riprende il Suo intervento martedì.

Faccio presente che qui ho in nota una serie di interventi e stranamente sono concentrati gli interventi dei consiglieri di lingua tedesca e poi quelli di lingua italiana. Questo sottopone la traduttrice ad uno sforzo incredibile, come ha fatto oggi, di cui la ringrazio, perché è tutto il giorno che traduce senza interruzione. Mi permetterò, quindi, nell'ambito degli interventi già prenotati, di intercalarli secondo la lingua.

La seduta é tolta.

ORE 18 UHR